

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: für den Monat 1,10 Mk., für den Vierteljahr 3,30 Mk., für den halben Jahr 6,60 Mk., für den ganzen Jahr 13,20 Mk. (Einschl. Postgebühren).  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postgebühren: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die festgesetzte Anzeigensätze oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenangelegenheiten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 3. Mai 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Reichsverband.

1.

Seit einer Reihe von Jahren macht sich im Leben der bürgerlichen Parteien Deutschlands eine eigentümliche Erscheinung bemerkbar. Sie besteht darin, daß die eigentliche politische Arbeit im Lande draußen, besonders die finanzielle Vorbereitung und die Durchführung der Wahlkämpfe, immer weniger von den eigentlichen politischen Parteiorganisationen selbst geleistet wird, sondern von Sonderorganisationen, von einer Art Propagandagesellschaften, die nur zum Teil offen den Charakter ausgesprochener wirtschaftlicher Interessenvertretungen zur Schau tragen. Die Anfänge dieser Entwicklung gehen schon auf den Beginn der neunziger Jahre zurück: unmittelbar nach dem Fall des Sozialistengesetzes, bereits im November 1890, gründete das Zentrum seinen „Volkverein für das katholische Deutschland“, dem von vornherein zur Aufgabe gestellt wurde, die Zerstreuten und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiete zu befeuern und die christliche Gesellschaftsordnung zu verteidigen. Jedermann, der in Zentrumsgebieten tätig gewesen ist, weiß, daß dieser Volkverein, dessen Mitgliederzahl heute in die Hunderttausende geht, der Jahr für Jahr annähernd 3000 Volksversammlungen veranstaltet und Millionen von Flugblättern verbreitet — jedermann weiß, daß dieser Volkverein, ganz besonders in Westdeutschland, die eigentliche Stütze der ganzen Zentrumsparlei bildet. Seine Zentrale in München-Gladbach, in der Jahr für Jahr Scharen von Zentrumsagitatoren ausgebildet werden, die vorzüglich ausgerüstete literarische, Press- und sonstige Bureaus enthält und in ihren zahlreichen Unterabteilungen ein ganzes Heer geschulter Beamter beschäftigt, ist die eigentliche Seele des Zentrums, das, wie in manchen anderen Dingen so auch hierin für die bürgerlichen Parteien vorbildlich gewesen ist.

Satte der „Volkverein für das katholische Deutschland“ von vornherein den ausgesprochenen Zweck, dem nach dem Falle des Sozialistengesetzes mit Sicherheit zu erwartenden Ansturm der Sozialdemokratie auf bisheriges Zentrumsgebiet eine Gegenaktion großen Maßstabes entgegenzusetzen, so liegen die Wurzeln der zweiten großen bürgerlichen Propagandagesellschaft auf wesentlich anderem Gebiete; der am 18. Februar 1893 zu Berlin gegründete **Bund der Landwirte** ging hervor aus dem Kampfe der Agrarier gegen die Caprivische Handelsvertragspolitik. Sein eigentlicher Vater, der in jenen Tagen vielgenannte Herr Ruprecht-Kanfern, hatte gesagt, er schlage „nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Sozialdemokraten gehen“, und er hatte hinzugefügt, die Landwirte müßten „aufhören, liberal, ultramontan oder konservativ zu sein“, statt dessen sich aber „zu einer großen agrarischen Partei zusammenzuschließen.“ In der Praxis jedoch ist die Sache befanntlich so gekommen, daß der Bund der Landwirte, der sich heute so gerne „unparteiisch“ nennt, in der Hauptsache zu der eigentlichen politischen Organisationsgrundlage der Rechten draußen im Lande geworden ist; wenn auch in anderer Weise, so leistet er im Grunde doch für die Konservativen das gleiche, was der Volkverein für das katholische Deutschland dem Zentrum leistet.

Erheblich später, als die jetzt im Schnapsbrot brüderlich vereinigten Schwarz-Blauen, standen, wie gewöhnlich, die Liberalen auf. Erst im Frühjahr 1909, während der Kämpfe um den vorläufig letzten Steuerrückzug, wurde von den nicht direkt am Sochschützoll interessierten Kreisen des Handels und der Industrie der **Sa n a b u n d** gegründet, der seine Spitze zwar zunächst gegen rechts richtete und der in der Tat auch bei mehr als einer Nachwahl der letzten Jahre in Ostelbiens gesegneten Gefilden besonders mit seinen gewaltigen finanziellen Hilfsmitteln den Junkern schwer zu schaffen gemacht hat, der aber als politische Propagandaorganisation der „Gemäßig-Liberalen“ — mögen sie auf dem linken Flügel der Nationalliberalen oder auf dem rechten Flügel der Fortschrittspartei sitzen — bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen seine Hauptstosskraft gegen links, gegen die Sozialdemokratie, richten wird.

In noch weit höherem Maße gilt das von der besonderen Wahlorganisation der schützollnerischen Schwereindustrie, die bei einem Teile der nationalliberalen Partei, besonders des Westens, und einem Teile der freikonservativen ihre politische Vertretung findet. Wir sprechen hier von dem im Herbst 1909 geschaffenen **Wahlfonds der Industrie**, der Organisation der sogenannten „Julius-Türmer“, der — gelegentlich mit dem Hanfabunde in lustige finanzielle Grenzstreitigkeiten geratend — gleich diesem über sehr bedeutende Geldquellen verfügt und schon jetzt durch Massenverbreitung sozialistischer Verleumdungsbroschüren und ähnliches aufs eifrigste in die Wahlbewegung eingetreten ist.

Der Volkverein für das katholische Deutschland, der Bund der Landwirte, der Hanfabund, der Julius-Türmer: das sind schon nicht weniger als vier außerhalb der eigentlichen bürgerlichen Parteiorganisationen stehende politische Propagandagesellschaften, mit denen im bevorstehenden Wahlkampf die Sozialdemokratie in der ernsthaftesten Weise zu rechnen haben wird.

Zu diesen vier Gegnern kommt dann noch ein fünfter, der in dieser Reihe eine besondere Stellung einnimmt. Die allerdings alles andere eher ist als glänzend: der

Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Während allen den anderen Organisationen wenigstens die Vertretung bestimmter wirtschaftlicher Interessengruppen zugrunde liegt, gegen die an sich — mögen diese Interessen dem Proletariat auch noch so scharf gegenüberstehen — vom sozialistischen Standpunkt aus natürlich nichts eingewendet werden kann, während alle jene anderen obengenannten Organisationen daneben auch bestimmte politische Grundansfassungen und unserthalben auch — man gestatte das Wort in diesem Zusammenhange — so etwas wie „Weltanschauungen“ vertreten, handelt es sich bei dem Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie um eine politische Prätorianergarde, die sich heute dieser, morgen jener und nach zwei Wochen einer dritten bürgerlichen Partei zur Verfügung stellt, die gelegentlich schon in einem Wahlkreise zu gleicher Zeit mehreren bürgerlichen Kandidaten ihre unfauberen Dienste angeboten hat und die, ohne in positiver Hinsicht, sei es nun auf dem Gebiete wirtschaftlicher, politischer oder religiöser Anschauungen, die geringste innere Gemeinschaft zu besitzen, durch nichts anderes zusammengehalten wird als durch das negative Moment des gemeinsamen Hasses gegen die Sozialdemokratie. Und wäre es nur noch immer aufrichtiger, ehrlicher Haß! Aber leider gewinnt man bei der sorgfältigen Beobachtung des Reichsverbandes und seiner Tätigkeit nur allzu oft den Eindruck, daß manchem seiner Leute der ganze Kampf gegen die Sozialdemokratie viel weniger Sorges- und Verstandesache, als vielmehr Geschäfts-sache, Sache des bloßen Proterverbs ist. Man mißverstehe uns nicht: nicht, daß die Leute sich für ihre politische Arbeit überhaupt bezahlen lassen, ist an dieser Reichsverbandsercheinung das so stark Deprimierende; Anstellung fest besoldeter Kräfte ist bei der Entwicklung, die das politische Leben heute in Deutschland genommen hat, schließlich unvermeidlich. Aber der Eindruck, den man immer wieder gewinnt, daß manche dieser Leute die Bezahlung nicht nehmen, um ihre (sozialen) politische Arbeit leisten zu können, sondern daß sie umgekehrt diese politische Arbeit nur leisten, um sie bezahlt zu bekommen, daß es sich um gut gedruckte Rede- und Schreibautomaten handelt, daß diese Leute aber mit ihrem Gefühl keineswegs bei der Sache sind, die sie vertreten: das ist das Beschämende an der Sache, das ist das, was für den Tiefstand der politischen Sitten in dieser Phase des Kapitalismus so überaus charakteristisch ist.

Aber über die moralische Verwerflichkeit dieses ganzen Reichsverbandstreibens, über die sittlichen Qualitäten der vom Reichsverbande, wenn auch nicht erkundeten, so doch von ihm zu höchster Vollendung gebrachten Agitationsmethoden braucht ja eigentlich kein Wort mehr verloren zu werden. Selbstständige Gegner der Sozialdemokratie haben sich darüber oft genug in der unzweideutigsten Weise ausgesprochen. Bestehen bleibt trotz alledem die Tatsache, daß der Reichsverband ungeachtet der Erbärmlichkeit seiner Methoden nicht nur bei vielen Einzelwahlen in der Legislaturperiode des Reichstages von 1903 bis 1908 gewisse Erfolge aufzuweisen gehabt hat. Und da der Reichsverband neuerdings wieder in eine ganz besonders eifrige Werbearbeit eingetreten ist, so tut die Sozialdemokratie gut daran, will sie sich vor unangenehmen Uebererraschungen schützen, dieser Arbeit fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Durch den üblen Duft, den die (seien wir höflich!) „Kanäle“ des Reichsverbandes ausströmen, darf sich die Sozialdemokratie von der Erfüllung dieser Pflicht nicht abhalten lassen. Im folgenden Artikel wollen wir deshalb die Entwicklung und Tätigkeit des Reichsverbandes näher ins Auge fassen.

## Die „neue Taktik“ der Klerikalen.

Das Blatt der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, der in München erscheinende „Arbeiter“, bringt in seiner letzten Nummer (27. April) einen Artikel „Wir und die Sozialdemokraten“. Darin wird angesichts der Tatsache, daß „alljährlich neue Rehtausende dem göhen Sozialdemokratie zulaufen“, zur „Gewissensforschung“ aufgefordert, was demgegenüber getan werden könne. Das Ergebnis ist: noch größerer Eifer in der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Dazu sei aber, so wird weiter ausgeführt, nötig, daß sich die katholischen Arbeiter die Formen ihrer Agitation gegen die Sozialdemokratie ansähen und prüften, ob diese bisher gebrauchten Formen auch immer der prinzipiellen Gegnerschaft zur Sozialdemokratie entprochen hätten:

„Man wird hier zu unterscheiden haben zwischen den veralteten Formen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie und zwischen den jetzt notwendig gewordenen. Unter veraltete Formen des Kampfes zählen wir jene, die das Ziel in der Bekämpfung der Personen in der Sozialdemokratie sahen. Sie gellen uns noch in die Ohren, diese Versammlungsreden und Presseblüten über die „gemäßigten Führer“, die von den Arbeitergroßen ein schönes Leben sich aufstun“. (Die „Villa des Obergewonnen Vebel“ haben wir so ungefähr fünf-hundertmal zu lesen bekommen.) Und die „hohen Beiträge“, die den „armen sozialdemokratischen Arbeitern“ abgeknüpft werden, spielen in Blättern, die der Arbeiterbewegung an sich nicht abgeneigt sind, auch heute noch öfter eine Rolle, als man glauben möchte. Sogar das Abtreiben von Versammlungsloteren kann man da und dort lesen; eine „Tätigkeit“ zur Bekämpfung des Sozialismus, die eigentlich schon längst nur mehr geschichtlich, und zwar als eine ganz verkehrte, überlebte

Taktik, geartet werden sollte. Denn im letzten Grunde schlagen all diese Kampfmethoden, insbesondere die persönliche Verunglimpfung der Führer und die Jeremiaden über die „hohen Beiträge“ zum Schaden unserer eigenen Bewegung aus, der diese Blätter sogar damit zu dienen glauben. Von diesem Gesichtspunkte aus sollten schon derartige Anrempelungen weggelassen werden, denn Tatsache ist doch, daß man damit auch noch nicht einen einzigen einzigen Anhänger der Sozialdemokratie abwendig gemacht hat.“

Also die bisherige Methode des Kampfes gegen die Sozialdemokratie: die Verunglimpfung der Personen, das Abtreiben von Versammlungsloteren usw., schlagen zum Schaden des Zentrums aus und deshalb sollen sie nicht mehr angewendet werden. Wenn derartige Kampfsmittel Erfolg verträgen, würde man sich ihrer, und wären sie noch so schätzig und gemein, ruhig weiter bedienen. Die Unanständigkeit würden die frommen Leute, bei denen der Zweck das Mittel heiligt, gern in Kauf nehmen! Aber weil sie nicht mehr ziehen, die Gewaltmittel und Schimpfereien, deshalb werden sie als „veraltet“ beiseite gestellt. Und jetzt sollen „neue Methoden“ gegen die Sozialdemokratie angewendet werden:

„Wir müssen unseren Kampf auf das grundsätzliche Gebiet lenken... Diese grundsätzliche Bekämpfung ist die Kampfsmethode der Zukunft. Wir müssen sie schon deshalb anwenden, weil gerade die Sozialdemokratie in diesem Punkte am meisten „sterblich“ ist, weil hier die meisten Forderungen des sozialdemokratischen Programms, mit der Praxis verglichen und in Parallele mit unseren aufbauenden Zielen gestellt, als etwas in sich Unwahres, Unmögliches erscheinen müssen... An unsere Freunde im Verbände, an die Referenten in den Vereinen, an die Präsidien und Ausschüsse richten wir die Bitte, bei allen Besprechungen über sozialistische Einrichtungen und Ziele stets den grundsätzlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie über die persönlichen Methoden zu stellen. Grundsätzlich denken und grundsätzlich kämpfen, das ist heute unsere Mahnung! Besolgen wir sie, dann werden wir auch Erfolge erzielen.“

An die Stelle der persönlichen und gewaltmäßigen Bekämpfung der Sozialdemokratie soll also jetzt die „grundsätzliche Bekämpfung“ treten. Wir sind es zufrieden! Nur glauben wir nicht daran, daß das Zentrum seine bisherige Methode fahren lassen wird, die „veralteten Formen“ werden noch wie vor beim Zentrum in Flor stehen und die Gewohnheit des Lokalabtreibens und der Rundstimmung des politischen Gegners wird sobald nicht aus dem Waffenschatz der Partei von Wahrheit, Freiheit und Recht verschwinden.

## Ein neuer Schurkenstreich der russischen Regierung.

### Verhaftung der Arbeiterdelegierten auf dem Kongreß der Fabrikärzte in Moskau.

Der Kampf der russischen Regierung gegen die legalen Formen der Arbeiterbewegung ist in ein neues, höchst ernstes Stadium eingetreten. Die Regierung des Zaren begnügt sich nicht mehr damit, daß sie die Vereine und Verbände der Arbeiter zerstört, ihre Presse unterdrückt, ihren Kampf gegen das profitgierige Unternehmertum unmöglich macht, ihre tüchtigsten Kräfte heimtückisch aus ihren Reihen reißt. Sie hat offenbar beschlossen, der Arbeiterklasse endgültig die Möglichkeit zu rauben, durch die Teilnahme an öffentlichen Kongressen das Elend der Arbeiter vor aller Welt aufzudecken und die Öffentlichkeit von ihren Forderungen zu unterrichten. Während sie sich bei den bisherigen Kongressen: dem Antialkoholkongreß, dem Handwerkerkongreß usw., damit begnugte, die Redefreiheit der Arbeiterdelegierten einzuschränken, und an den unbedeutenen Kritikern nachträglich ihr Mißfallen zu fühlen, ließ sie jetzt, am Tage vor der Eröffnung des „Zweiten allrussischen Kongresses der Fabrikärzte und Vertreter der Fabrikindustrie“ in Moskau fast die gesamte Delegation der Arbeiterverbände — von insgesamt 27 Delegierten 20 — durch die Polizei verhaften! Bereits früher war es zwischen dem Organisationskomitee des Kongresses und der Administration zu Reibungen gekommen, da diese die Mandate von 12 Gewerkschaften kurzerhand für ungültig erklärte. Auf die Vorstellungen des Organisationskomitees hielt sie dieses Verbot nur für 5 Gewerkschaften aufrecht, während sie die übrigen Mandate der Arbeiterverbände anerkennen mußte. Um so heimtückischer war der Schlag, den sie ausführte, indem sie in der Nacht vor der Eröffnung des Kongresses 20 Arbeiterdelegierte verhaftete. In derselben Nacht erfolgte in Petersburg die Verhaftung der Arbeiterdelegierten auf dem vor 2 Jahren stattgefundenen ersten Kongreß der Fabrikärzte. In welchem Zusammenhange diese Verhaftungen mit dem jetzt tagenden Kongreß stehen, ist vollkommen rätselhaft.

Vorläufig sucht nun die Administration die Moskauer Verhaftungen zu rechtfertigen, indem sie der Öffentlichkeit einen Bericht aufstischt, dessen handgreiflich lügenerischer Charakter nur von seinen schamlosen Insinuationen gegen die Sozialdemokratie übertrumpft wird. In diesem offiziellen Bericht wird erzählt, daß zirla 10 Tage vor dem Kongreß auf einem Moskauer Boulevard 4 Arbeiter wegen „Ausbreitungen“ verhaftet wurden, darunter ein gewisser Pletnow, bei welchem verschiedene Briefe gefunden wurden. Aus diesen Briefen sei hervorgegangen, daß in den Arbeiterkreisen dafür agitiert wurde, aus den Reihen der Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei „fiktive Arbeitervertreter“ auf den Kongreß zu entsenden! Die politische Schutzabteilung sei außerdem unterrichtet worden, daß eine bestimmte Gruppe

den Kongress zu Parteizwecken ausnützen und seine sachliche Seite ignorieren wollte." Bei den auf Grund der gefundenen Briefe erfolgten Hausdurchsuchungen und Verhaftungen bei den „sozialdemokratischen Agitatoren“ seien „wichtige Dokumente“ gefunden worden, die den Charakter der „geplanten Propaganda“ aufdeckten. So sei die Annahme von „konspirativen Resolutionen“ empfohlen worden, außerdem seien „Parolen und Adressen“ gefunden worden. Diese gruselige Geschichte, an der natürlich kein Wort wahr ist, wird dem Spießer aufgetischt, um die Verhaftung der Arbeiterdelegierten zu rechtfertigen.

Bei der Eröffnung des Kongresses nahm der Redner der Arbeiterdelegierten die Gelegenheit wahr, um gegen den Schurkenstreich der Regierung zu protestieren, aber der Vertreter der Polizei schnitt ihm das Wort ab. Unter den stürmischen Ovationen der ganzen Versammlung verließ er die Rednertribüne, um am Schluss der Sitzung zu erklären, daß die Arbeiterdelegierten es ablehnen, an dem Kongress weiter teilzunehmen, da nicht aus der größte Teil der Delegation verhaftet sondern auch sämtliche Berichte der Arbeiterorganisationen von der Polizei beschlagnahmt worden seien.

Das Vorgehen der Regierung wird nicht verfehlt, bei den Klassenbewußten Arbeitern im ganzen Reich flammende Entrüstung zu wecken. Die Regierung rechnet offenbar darauf, durch ihren Terror die Arbeiter einzuschüchtern und ihnen den Wunsch auszutreiben, sich fernerhin öffentlich zu betätigen. Wie sie durch die Verhaftung des sozialdemokratischen Kandidaten bei den letzten Dumawahlen in Moskau die politische Betätigung der Arbeiterklasse unmöglich zu machen suchte, so sucht sie sie jetzt von den öffentlichen Kongressen fernzuhalten, um die Erörterung der Arbeiterfrage und der sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter aus der Welt zu schaffen. Ihre Erwartungen werden aber getäuscht werden. Keine Macht der Welt vermag die aufsteigende Bewegung der Arbeiterklasse niederzuhalten. Keine Infamie ist imstande, ihr das öffentliche Tätigkeitsfeld zu rauben, das sie nach so vielen Kämpfen, wenn auch in verklärter Form erobert hat.

### Verhaftungen in Kiew.

Kiew, 2. Mai. Achtzehn Personen, meist Mitglieder von Gewerkschaften, sind hier verhaftet worden. Bei ihnen wurden verbotene Schriften und zur Verbreitung am 1. Mai vorbereitete Aufzüge beschlagnahmt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Mai 1911.

### Kasseneraktion.

Aus dem Reichstag, 2. Mai. Die beginnenden Reichstagsarbeiten nach den Osterferien wurden entsprechend den Plänen der Regierung und der herrschenden Parteien würdig eingeleitet mit einem neuen reaktionären Aktentat auf die Arbeiterfrage. Als Versuchsobjekt waren dazu die Klassenverwaltungen auserkoren. Zur Einführung der Versicherungsgesetzordnung, wie sie demnächst im Reichstag zur zweiten Lesung kommen wird, ist ein besonderes Gesetz erforderlich, das heute in erster Lesung zur Verhandlung stand, aber natürlich vor Erledigung der Reichsversicherungsordnung nicht endgültig fertiggestellt werden kann. Im Sinne der reaktionären Beschlüsse der Versicherungskommission hat die Regierung nun auch in dem Einführungsgegesetz Bestimmungen untergebracht, die tief in die Rechte der Krankenkassenmitglieder eingreifen und sogar wohlverordnete Rechte der Kassenbeamten antasten. Unter dem Vorwand nämlich, daß unbillige Verträge zwischen den Kassenverwaltungen und den Kassenbeamten abgeschlossen werden, sollen die Verträge ganz allgemein neugeordnet und event. „ungeeignete“ Kassenbeamte durch neue ersetzt werden.

An diesen veratorischen Bestimmungen übte in der Diskussion Genosse Hoch eine ebenso scharfe wie zutreffende Kritik, indem er der Regierung und den maßgebenden Parteien auf den Kopf zusagte, daß sie mit diesem Ausnahmengesetz sich eine Waffe gegen den Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiter auf die Krankenkassen schaffen wolle. Bei dieser Gelegenheit rechnete Hoch auch mit den heilig-sozialen Arbeiterabgeordneten, dem Stöckerling Behrens und dem Zentrumsmanne Becker-Arnberg ab, die ihre arbeiterfreundliche Waise in der Kommission gelüftet und ihre Arbeiterfeindschaft durch Unterstützung der reaktionären Pläne gezeigt hätten.

Mit der harmlosesten Miene von der Welt suchte der Staatssekretär Delbrück die Regierungsabsichten auf Verjüngung sozialdemokratischer Kassenbeamter aus der Welt zu deuten: es steht ja nichts im Gesetz, folglich bestche eine solche Absicht nicht.

Als ob es nicht aller Welt bekannt wäre, daß schon die Rahmregelungsmöglichkeit, die man einer reaktionären Regierung in die Hand gibt, von ihr auch im reaktionären Sinne ausgenutzt werden wird.

Dem christlichen Gemüt des Herrn Behrens ist eine solche Regierungsvollmacht natürlich nur willkommen. Er schämte sich nicht zu sagen, die Kassenbeamten, die ein „reines Gewissen“ haben, brauchen nichts zu fürchten. Genosse Schmidt-Berlin wies diese christlich-sozialen Spiegelfechtereien gebührend zurück und erklärte, daß die Sozialdemokraten jedenfalls mit aller Kraft dahin wirken würden, auch das Einführungsgegesetz von solchen gefährlichen Raufhühnerbestimmungen zu säubern.

Das Gesetz wurde dann der Versicherungskommission überwiesen und das Haus trat noch in die erste Lesung des Hilfskassengesetzes ein. Nachdem der Staatssekretär Delbrück gesprochen, wurde indes die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Bei Festsetzung der Tagesordnung kam es dann zu einem Erklärungsanstand zwischen dem Genossen Severing und dem Vizepräsidenten Schulz. Letzterer hatte am Tage vor den Ferien Severing einen Ordnungsruf erteilt, weil er Bemerkungen des Marinesekretärs als erlogen hingestellt hatte. Gegen diesen Ordnungsruf hatte Severing Widerspruch erhoben, der auf die morgige Tagesordnung gesetzt wurde. Durch Vermittelung von Abgeordneten anderer Parteien war es nun zwischen Severing und Schulz zu einer Vereinbarung gekommen. Severing erklärte, daß er den Vorwurf der Lüge nicht gegen das Marineamt erhoben hätte und Schulz erklärte, wenn das aus Severings damaligen Worten klar hervorgegangen wäre, so hätte er den Ordnungsruf nicht erteilt. Darauf zog Severing seinen Widerspruch zurück.

### Flüchtlinge.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag seine Arbeiten wieder aufgenommen, und zwar trat es, nachdem Präsident v. Kroger

bei in den Ferien verstorbenen Mitglieder Bergmann, v. Kegelstein und Reinecke gedacht hatte, in die Beratung des Gesetzentwurfs betr. Abänderung der rheinischen Gemeindeordnung. Die Vorlage hatte bereits das Herrenhaus beschäftigt. Im wesentlichen handelt es sich bei dieser „Reform“ um eine Abänderung, nicht etwa eine Beseitigung des Rechts der Meistbegüterten, eine Vorfrist, die den plutokratischen Charakter der rheinischen Landgemeindeordnung noch verschärft und zur Folge hat, daß in einer Reihe von Gemeinden die Meistbegüterten, die ohne Wahl dem Gemeindevorstand angehören, die absolute Mehrheit haben. Außerdem hat die Regierung die Einführung einer Bestimmung beantragt, die die beschränkte Öffentlichkeit der Sitzungen vorseht, während heute die Sitzungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nicht öffentlich sind. Das Herrenhaus hat aus Furcht vor dem Einbringen der Sozialdemokraten in die Gemeindevertretungen diese Bestimmung wieder gestrichen und damit die einzig nennenswerte Reform beseitigt.

Abgesehen vom Zentrum, das aus Parteinteresse weitergehende Reformen verlangt, erklärten sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien mit dem Grundgedanken des Entwurfs einverstanden. Im Gegensatz dazu verurteilte unser Redner, Genosse Dirsch, die Vorlage auf das allerhöchste. In kurzen Worten brandmarkte er diese Karikatur eines Gemeindeverfassungsgesetzes, zeigte, wie die Regierung und die Parteien aus Furcht vor der Sozialdemokratie jedem Fortschritt abhold sind, und verlangte das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen, ohne welches für die Sozialdemokraten der Entwurf unannehmbar sei.

Der Entwurf wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Am Mittwoch steht das Ausführungsgesetz zum Viehseuchengesetz auf der Tagesordnung.

### Ein gescheiterter Plan.

Der schöne Plan, den die konservativen und Zentrumsmanager mit Hilfe gewisser Regierungskreise ausgebreitet hatten, noch von dem gegenwärtigen Reichstag den Etat für 1912 beraten zu lassen, scheint als gescheitert betrachtet werden zu können. Die Regierung will sich allem Anschein nach nicht zu der ihr zugemuteten schönen Rolle verstehen. Die „Rundschau“ berichtet, die zuerst den sauberen Plan an die Öffentlichkeit brachten, wissen über die Unwilligkeit der Regierung zu berichten:

„Wir rechnen es uns als Verdienst an, zu seiner Fortführung dadurch beigetragen zu haben, daß wir ihn schon im Stadium des Berdens der Öffentlichkeit präsentierte, deren scharfes Licht er nicht vertragen hat. Und wir vermuten auch, daß von der entscheidenden Stelle recht kräftig abgewinkt worden ist; wenigstens hören wir, daß in amtlichen Kreisen, wo man früher die Möglichkeit erörterte, jetzt die Unzulässigkeit anerkannt wird.“

Auch in der Presse des Zentrums und der Konservativen ist es still von dem Projekt geworden; nur als Nützlichkeitsbedingung erscheint es, wenn nach der schüchternen Wunsch gedankelt wird, dem Reichstag möge doch wenigstens noch am Schlusse seines Lebenslaufes eine Denkschrift über die Reichsfinanzreform vorgelegt werden, wie man schon längst aber irreführend die neuen Steuern zu nennen liebt.

Als ob es damit allein getan wäre, daß Hunderte von Millionen Mark neu aufgebracht würden! Dazwischen hat aber doch kein Mensch gewacht, und wir möchten andererseits uns dagegen verwahren, daß auf diesen Haufen Geld einfach das non olet angewendet wird. Auch die schönste Denkschrift, die liebeseu im Reichstag für die schwarzblauen Mehrheit gebaut wird, kann nicht die politischen, wirtschaftlichen, finanztechnischen Schäden dieser Art von Finanzreform verhüllen.“

### Das Marokkoabenteuer.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der vergangenen Woche hat sich mehr und mehr herausgestellt, wie sehr sich die französische Regierung besorgt zeigt für die als Instrukturen in und bei bez wehenden französischen Offiziere Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Eine Gefährdung der europäischen Kolonien ist nach den in Berlin eingelaufenen Nachrichten glücklicherweise vorläufig nicht zu befürchten. Frankreich ist es nicht zu bedenken, daß es auf alle Mittel samt die geeignete erweisen, daß Leben seiner Offiziere zu sichern. Es bleibt natürlich dem Ermessen Frankreichs überlassen, welche Mittel ihm geeignet erscheinen, da es auch die Verantwortung für die Folgen der angewandten Mittel trägt. Nach bündigen Versicherungen der französischen Regierung hat sie lediglich die Absicht, die zur Sicherung ihrer Staatsangehörigen nötigen Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere beschäftigt sie nicht, die Integrität Marokkos und die Souveränität des Sultans anzutasten. Auch liegt eine Besetzung von Fez nicht in ihren Absichten. Es ist zu hoffen, daß die Ereignisse der französischen Regierung die Juchhaltung ihres Programms gestatten werden. Ein Hinwegsehen über das selbe würde deshalb mit der Algeriasache nicht in Einklang stehen, weil ein wesentlicher Bestandteil der alte ein unabhängiger marokkanischer Herrscher ist. Ein Durchbrechen wesentlicher Bestimmungen der Algeriasache, selbst wenn es durch zwingende äußere Umstände und gegen den Willen der handelnden Macht herbeigeführt würde, würde sämtlichen Mächten ihre volle Aktionsfreiheit wiedergeben und könnte damit zu Konsequenzen führen, die sich jetzt nicht absehen lassen. Wir können aber nur wiederholen, daß vorläufig kein Kulak vorliegt, bei der bisherigen vorsichtigen Haltung der französischen Regierung eine so weitgehende Entwicklung der derzeitigen Verhältnisse voranzuführen.“

Diese offiziöse Auslassung ist für Deutschland nicht gerade beruhigend. Denn es den französischen Kolonialabenteurern gelangen sollte, ihre Absichten bis zum schlechten Ende zu führen, so fühlt sich die deutsche Regierung — dies kimdigt das offiziöse Organ mit aller Deutlichkeit an — verpflichtet, sich ihrerseits an diesem, dann um so gefährlicherem Abenteuer zu beteiligen. Um so dringender wird es sein, daß solchen Absichten gegenüber der unerschütterliche Friedenswille der Völker den Herrschenden zum Bewußtsein gebracht wird.

Die französische Regierung betont im übrigen eifrig ihren Vorbehalt, die Algeriasache zu respektieren. So schreibt heute die „Petite Republique“ offiziös:

Die stehende Kolonne wird ihr ursprüngliches Ziel verfolgen. Sie entfalten und die Autorität des Sultans befestigen. Die Frage ist nur die, wie weit die Kolonne gehen wird; wird sie in Fez einmarschieren oder wird sie etwa 30 Kilometer vor der Stadt stehen bleiben? Bis hier ist noch keinerlei Entscheidung getroffen. Alles wird von den Ereignissen abhängen. Entsprechend den eingegangenen Verpflichtungen bezweckt die französische Regierung nur die Befestigung der Autorität des Sultans. Es wird ihre Haltung gemäß den Erfordernissen der Lage einrichten, welche in ihren Einzelheiten niemand vorantreiben kann. Deshalb wäre es auch verfrüht, eine Antwort auf die Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schon jetzt zu erteilen.

Die einschneidende Frage ist nun, ob die Regierung gegenüber dem Drängen der Kolonialtreiber auch fest bleiben wird, wenn unübersehbar Ereignisse eintreten. Aber auf keinen Fall ist der verbrecherische Reichsfin des französischen Imperialismus ein Grund, dem deutschen ein gleiches frivoles Spiel zu gestatten.

### Es lohnt sich.

Dieser Tage wurde berichtet, daß der Kardinal-Fürstbischof Kopp in Breslau bei dem Konkurs des Bankhauses Bittorius in Hildesheim zugunsten der übrigen Gläubiger auf seine Forderung im Betrage von 400 000 M. verzichtet habe. Dieser Verzicht wird verständlich, wenn man hört, daß der Inhaber des Bankhauses eine der eifrigsten Stützen des Hildesheimer Meritismus ist, und daß der Fürstbischof Kopp, der ehemalige arme Tischfelder Webersohn, heute ein Jahreseinkommen von etwa 1 400 000 M. verdienen soll. Angesichts des Verzichts des Fürstbischofs Kopp wird von seinen Jugendfreunden daran erinnert, wie er den ersten Schritt ins Erwerbleben tat. Kopp hat bekanntlich das katholische Gymnasium zu Duderstadt (Eichsfeld) besucht. Er verließ es nach der Erlangung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst, um die subalterne Eisenbahnkarriere einzuschlagen. So kam er als Hilfs Telegraphist nach Hannover. Dort galt er bei der Verwaltung als ein sehr mäßiger Beamter, der den Anforderungen einer höheren Station nicht gemachsen sei. Aus diesem Grunde wurde er eines Tages nach Neustadt am Rübenberge, einem kleinen hannoverschen Orte, versetzt, wo er dem Vorsteher der kleinen Station zugleich beim Zugabfertigen usw. beistehen mußte. Da wendete sich plötzlich sein Geschick! Eine reiche Duderstädter Dame, die sich schon früher für ihn interessiert hatte, ermöglichte es ihm, das Duderstädter Gymnasium weiter zu besuchen und sorgte dann für seine Ausbildung zum katholischen Priester. Daß Kopp sich für das priesterliche Handwerk besser eignete als für die Bahnverwaltung, haben seine Erfolge bewiesen. Der arme königlich hannoversche Eisenbahnhilfs Telegraphist, der sich mit einem Tagegelde von einem halben Taler kümmerlich durch die Welt schlug, kann heute großmächtig auf nahezu eine halbe Million verzichten.

### Deutsch-schwedischer Handelsvertrag.

Heute ist in Berlin der neue deutsch-schwedische Handelsvertrag vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Alderlen-Bachter und dem schwedischen Gesandten v. Trolle unterzeichnet worden. Der Vorlaut soll morgen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht werden.

### Neue Eisenbahnbauten in Württemberg.

Der württembergischen Zweiten Kammer ist ein Gesetzentwurf betreffend Beschaffung von Geldmitteln für Eisenbahnbau und für außerordentliche Bedürfnisse der Verkehrsanstalten und Verwaltungen in der Finanzperiode 1911/12 zugegangen. Angefordert werden insgesamt 40 781 000 M.; davon sind für Nebenbahnen 6 488 000 M., für den Bau von zweiten Gleisen 5 000 000 M., für den Umbau des Nordbahnhofes in Stuttgart 14 000 000 M., für notwendige Erweiterungen und Verbesserungen 7 564 500 M., für die Erbauung von Wohngebäuden 861 000 M., für Vermehrung der Fahrzeugzucht 8 770 000 M., für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung 168 000 M. bestimmt.

### Die Veruntreuungen bei den landwirtschaftlichen Kreisvereinen in Elsaß-Lothringen.

Der dritte Standfall binnen wenigen Monaten!... Am 17. November 1910 „berunglückte“ tödlich — unter Umständen, die einen Selbstmord annehmen ließen — der Kasseninspektor Gierke in Molsheim. Nach seinem Tode ergab sich, daß dieser kaiserliche Kasseninspektor als Kassierer des landwirtschaftlichen Kreisvereins Molsheim seit Jahren umfangreiche Unterschlagungen begangen hatte, derart, daß die Verluste infolge seiner unredlichen Manipulationen in der 4. Kommission des Landesausschusses auf nicht weniger als 74 300 M. bemessen wurden. Einige Zeit darauf stand in Colmar, ebenfalls wegen nicht unbedeutender Unterschlagungen, der Kassierer Machwitz vom dortigen landwirtschaftlichen Kreisverein vor der Strafkammer und wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Beide Fälle kamen im Landesausschuß zur Sprache und führten zu langwierigen heftigen Debatten, in deren Verlauf die Regierung geeignete „Vorsichtsmassregeln“ versprach, um die Wiederkehr solcher Fälle zu verhindern. Den ungeheuerlichen Umfang der Gierkeschen Veruntreuungen suchte der Regierungsvizepräsident damit zu erklären, daß Gierke ein besonders gearteter Mensch, ein „Reißerlieb“ gewesen sei, dem es gelang, alle Welt zu täuschen. (Der „Reißerlieb“ hatte u. a. sogar einen Gemeindevorsteher angepöppelt, dessen Geschäftsführung er als Kasseninspektor zu prüfen hatte!) Es scheint nun aber, daß die agrarische Regierung in Elsaß-Lothringen und die landwirtschaftlichen Kreisvereine ein besonderes Faible für solche „Reißerliebe“ haben, denn schon wieder hat sich gezeigt, daß ein solcher Verein im Elsaß den Votum Wärriner gemacht hat. Am Mittwoch letzter Woche hat sich nämlich der Kreissekretär Pfefferkorn, im Nebenamt Kassierer des landwirtschaftlichen Kreisvereins Zabern I, in seinem Jagdrevier im Ramme von Steinburg bei Zabern auf freiem Felde durch einen Schuß in die Schläfe getötet; und jetzt wird bekannt, daß dem Selbstmord eine Revision der Kasse des landwirtschaftlichen Kreisvereins vorausging, die auch hier umfangreiche Veruntreuungen feststellen ließ. Es wird die Summe von 15 000 Mark genannt. Der Selbstmörder war 40 Jahre alt, verheiratet und hat zwei noch unermögelt Kinder. Er besaß die Stellung als Kassierer seit ungefahr acht Jahren und lebte über seine Verhältnisse hinaus.

Welches Norddörscherei würde die „Kassierhaltende“ Presse erheben, wenn in einem Teile Deutschlands Schlag auf Schlag solche umfangreiche Veruntreuungen bei sozialdemokratisch verwalteten Kassen festgestellt würden! Die Vorgänge würden mit Eifer gesammelt werden als „Material“ für den Raub der Selbstverwaltung in den Krankenkassen der Arbeiter. So, wie die Dinge nun aber liegen, darf ohne Ueberhebung gesagt werden, daß in Kassen, wo die Arbeiterschaft die Selbstverwaltung ausübt, eine solche Häufung großer Unterschlagungsstaudale ganz ausgeschlossen ist. Die sich jagenden Skandale der landwirtschaftlichen Kreisvereine in Elsaß-Lothringen sind ebensoviel sprechende Zeugen gegen den Anschlag auf die Selbstverwaltung der Arbeiter bei der Reichsversicherungsordnung.

### Die Stichwahlparole der Potsdamer Konservativen.

Vor einigen Tagen verhandelte der Potsdamer Neue Wahlverein, die politische Organisation der konservativen Wählerchaft, über die Stellungnahme bei einer eventuellen Stichwahl in der Reichstagswahlkampagne. Der Vorsitzende dieses Vereins, Major a. D. v. Stöckel, vertrat in seinen Darlegungen den Standpunkt, daß man im Falle einer Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten und einem bürgerlichen Kandidaten vom Potsdamer Liberalen Wahlverein nach den bisherigen Verlautbarungen des Liberalen Kandidaten, Justizrat Renner, ein Eintreten für den konservativen Kandidaten nicht erwarten dürfe. Zum mindesten würde die liberale Verteilung Wahlenthaltung proklamieren, wenn sie nicht direkt eine Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten empfehle. Diese Stellungnahme der Liberalen fordere eigentlich zu einer gleichen Maßnahme — nämlich Wahlenthaltung — dem liberalen Kandidaten gegenüber heraus. Aus nationalen Rücksichten habe sich aber die konservative Parteileitung, so schwer es ihr auch angeht, der extremen Haltung des Antiliberalismus faße, entschlossen, in der Stichwahl den

freisinnigen Kandidaten gegen den Sozialdemokraten zu unterstützen.

Die gleiche Parole wurde vom Vorstand der Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie für die Stichwahl ausgegeben. Damit ist über die Haltung der Konservativen in der Stichwahl Klarheit geschaffen.

### Die Polizei gegen das Reichsvereinsgesetz.

Am Sonnabendabend bewies die hannoversche Polizei wieder einmal die „loyale Handhabung“ des Reichsvereinsgesetzes, indem sie in einer geschlossenen Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins erschien, und als der Vorsitzende dagegen Einspruch erhob, die Versammlung auflöste.

Die hannoverschen Genossen haben seit der Einführung des Reichsvereinsgesetzes einen erbitterten Kampf mit der Polizei geführt, die trotz des neuen Gesetzes und seiner von der Regierung versprochenen „loyalen Handhabung“ nach wie vor die Versammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins polizeilich überwachen will und das Ueberwachungsrecht selbst für die Versammlungen der einzelnen Bezirke beansprucht. Da sie ein solches Recht nicht hat und die Partei sich gegen die Polizei wehrt, war die Folge, daß zahlreiche Versammlungen aufgelöst wurden. Eine Frau von Anklagen, die sich durch alle Instanzen über zwei Jahre hinwegzog, folgte.

Während nun Schöffengericht und Berufungslammer sich zunächst auf den Standpunkt stellten, daß der sozialdemokratische Wahlverein ein Verein im Sinne des Reichsvereinsgesetzes und die polizeiliche Ueberwachung deshalb ungesetzlich sei, entschied das Oberlandesgericht Celle, daß der sozialdemokratische Wahlverein kein Verein sei, weil er „kein in sich abgeschlossener Kreis innerlich mit einander verbundener Personen“ sei. Die polizeiliche Ueberwachung sei also gerechtfertigt.

Nach dieser Entscheidung waren Schöffengericht und Strafkammer gezwungen, ihre weiteren Entscheidungen wider ihre eigene bisherige Ueberzeugung zu fällen.

### Schweiz.

#### Das Wahlergebnis.

Bärn, 20. April. (Fig. Ber.) Die heutigen Wahlen im Kanton Bärn haben unserer Partei leider die erhofften Erfolge nicht gebracht. In den Regierungsrat ist unser Genosse Ernst mit der höchsten Stimmenzahl von 53 561 wiedergewählt worden, während der beanstandete Demokrat Dr. Stöckli nur mit 55 918 Stimmen wiedergewählt wurde. Für den Kantonsrat hatte unsere Partei in 28 von 53 Kreisen insgesamt 182 Kandidaten aufgestellt, von denen aber nur 49 gewählt wurden. Insgesamt sind gewählt 98 Liberale, 78 Demokraten, 42 (gegen 43) Sozialdemokraten und 2 Wilde. An zwei Stichwahlen ist unsere Partei nicht beteiligt.

### England.

#### Eine neue Auslegung des Obsceneurteils.

London, 28. April. (Fig. Ber.)

Die englischen Richter übertreffen einander in Spitzfindigkeiten, um die politische Bewegung der englischen Arbeiter lahmzulegen. In dem Kanzleigerichtshof gab der Richter Parker gestern dem Obsceneurteil eine Auslegung, die jede politische Regung der britischen Gewerkschaften zu ersticken droht.

Folgendes war der zu entscheidende Fall: Märsche der mit Inhibitionsbefehlen bedachten Gewerkschaften haben in der letzten Zeit versucht, ihre politische Tätigkeit fortzusetzen, indem sie freiwillige Beiträge zu diesem Zwecke erhoben. Diese Gelder wurden auf dem gewöhnlichen Wege durch die Organe der Gewerkschaft eingesammelt; Mitglieder, die gegen die Zahlung dieser Beiträge Einspruch erhoben, brauchten sie nicht zu zahlen. In dieser Gewerkschaften gehört auch die Trade Union der Maschinenbauer, die in diesem Falle als Beklagte erschien. Ein Glasgower Mitglied erfuhr den Gerichtshof, der Gewerkschaft zu unterliegen, bezorgte freiwillige Beiträge zu erheben und die Organisation als Mittel zur Verteilung dieser Gelder zu benutzen. In seinem Urteil drohte der Richter die Ansicht aus, daß die in Frage kommenden Beiträge in Wirklichkeit nicht freiwillige, sondern obligatorische Kontributionen darstellen, und erließ den verlangten Inhibitionsbefehl. Er unterlagte ferner der Gewerkschaft nicht allein die Beteiligung an Parlamentswahlen, sondern auch an Gemeindevahlen. Nur die Einkinnahme an den Wahlen zur Armenverwaltung ließ er ausdrücklich frei. — Diese Ausnahmerebestimmung klingt fast wie ein Hohn. Sie abgenutzt aber auch zu gleicher Zeit den wahren Zweck des Obsceneurteils, nämlich die englische Arbeiterklasse von jeder wirksamen selbständigen Beteiligung an dem politischen Leben des Landes auszuschließen.

### Eine Marokkodebatte.

London, 2. Mai. Unterhaus. Dillon fragte, ob die britische Regierung von der französischen bezüglich der beabsichtigten militärischen Operationen gegen Fez um Rat gefragt worden sei und ob die britische Regierung in irgendeiner Weise diesen Angriff auf die Unabhängigkeit des marokkanischen Reiches gebilligt oder die Verantwortung für ihn übernommen habe. Sir Edward Grey erwiderte, die britische Regierung sei durch die französische von den Maßnahmen in Kenntnis gesetzt worden, die jetzt für den Entsch der Europäer in Fez ergriffen würden. Die britische Regierung habe vernommen, daß auch anderen Regierungen diese Mitteilung gemacht worden sei. Die von Frankreich unternommene Aktion ziele nicht darauf ab, den politischen Status von Marokko zu ändern. Die britische Regierung könne daher nicht sehen, warum irgendein Einwand gegen sie erhoben werden sollte.

### Schaffung eines Reichsrats.

Eine aus Vertretern beider großen Parteien bestehende Deputation von Unterhausmitgliedern überreichte dem Ministerpräsidenten eine von 202 konservativen und liberalen Abgeordneten unterschriebene Erklärung, die ihre lebhafteste Zustimmung von der von der Regierung von Newzealand für die bevorstehende Reichskonferenz gegebene Artung der Schaffung eines aus Vertretern des Mutterlandes und der Kolonien bestehenden Rates für Reichsangelegenheiten ausdrückt. Als u. i. h. erklärte auf die Ansprachen der Parteiführer, daß er noch in keinem Falle einer solchen Uebereinstimmung der verschiedenen politischen Richtungen sich erinnere. Er werde die Erklärung, wenn der Antrag Newzealands zur Beratung stehe, der Konferenz mit Vergnügen vorlegen. Natürlich könne ein Beschluß nur mit voller Zustimmung der überseeischen Reichsteile gefaßt werden.

### Marokko.

#### Raisuli.

Tanger, 2. Mai. Aus Elissa wird gemeldet: Die Loyalität Raisulis ist mehr als zweifelhaft. Nachdem der ehemalige Räuberhauptmann, der jetzt die Stellung eines Kaisers einnimmt, eine merkwürdige Nachlässigkeit in der Unterstützung der Sache des Scherifens gezeigt hatte, soll er jetzt sogar die Chefs der Rajahs von Elfar zur Revolte aufreizen.

### Soziales.

Reichsversicherungsordnung und Versicherungsordnung. Der Ausschuss des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen nahm am letzten Sonnabend zu der

Reichsversicherungsordnung in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse Stellung. In einer Resolution wird gegen die Beschränkung der Betriebskrankenkassen und gegen die erschwerten Voraussetzungen für ihre Zulassung „entschiedener Widerspruch“ erhoben. Die Betriebskrankenkassen hätten sich „aus bester bewährt“, seien „besonders leistungsfähig“ und hätten große Vorzüge. Das gelte besonders auch von den kleinen Betriebskrankenkassen, „die häufig mehr leisten wie große Ortskrankenkassen“. „Vollkommen unannehmbar“ sei die Festsetzung, daß Betriebskrankenkassen nur zugelassen werden sollen, wenn und solange sie die allgemeine Orts- und Krankenkasse nicht gefährden. Die Resolution versucht dann mit einem plumpen Ausfall die „geringere Leistungsfähigkeit einer Ortskrankenkasse“ zum guten Teil auf die Art zurückzuführen, wie sie verwaltet wird.

Auch die gegen das Versicherungsamt erhobenen Bedenken seien durch die Kommissionsberatung keineswegs erledigt. Es vermehre die Zahl der ehrenamtlich tätigen Personen und das Beamtenheer und leiste auch einer Verstaatlichung der Reichsversicherung Vorschub. Das Verfahren vor dem Versicherungsamt sei zu umständlich, es erschwere und verlangsame den Geschäftsgang.

Die Arztfrage sei ungelöst geblieben. „Trotz der anerkannt schlimmen Lage, in der sich die Krankenkassen der Ärzten gegenüber befinden, ist es unter dem Druck der Generalkreidrohungen des Leipziger Verbandes unterlassen worden, dem von diesem Verbande geübten Koalitionszwang und der mißbräuchlichen Ausnutzung der Standesorganisation und der Ehrengleichheit durch geeignete gesetzliche Vorschriften entgegenzutreten. Wenn auch zugegeben werden soll, daß die Ermächtigung, an Stelle der ärztlichen Behandlung einen Paratreter zu gewähren, den Krankenkassen in gewissen Fällen bei Kämpfen mit den isolierten Ärzten eine Erleichterung verschaffen kann, so bleibt doch im wesentlichen der gegenwärtige schlimme Zustand bestehen, bei welchem die Ärzte in der Lage sind, den Krankenkassen ihre Bedingungen aufzuzwingen.“

Den Krankenkassen müsse das Recht bleiben, nur bestimmte Apotheken zur Lieferung zuzulassen. Auch eine Reihe einzelner Bestimmungen rufe die größten Bedenken hervor, so namentlich die mangelnde Sicherung der Krankenkassen gegenüber der Ausnutzung bei Doppel- und Ueberversicherung (§ 206); die Einschränkung für die Festsetzung einer Barzeitszeit bei Kreislösungen (§ 221); die viel zu hohe Bemessung des Erlasses für Kranke- und Krankenhauspflüge (§§ 228a, 222, 148b); die Fortsetzung der Versicherung in der früheren Lohnhöhe bei Lohnminderung (§ 412a); die ungerechte Bestimmung im § 414, daß der Arbeitgeber allein zu höheren Beiträgen herangezogen werden soll, wenn in seinem Betriebe eine größere Krankheitsgefahr besteht; die Gewährung von Doppelleistungen an Unfallverletzte nach Ablauf der 13. Woche (§ 5. Buch).

Die Resolution schließt mit folgenden Sätzen:

„Insgesamt bietet die Reichsversicherungsordnung zwar manche Fortschritte in der sozialen Fürsorge. Demgegenüber legt sie aber den Erwerbstätigen, insbesondere der Industrie, neue große Lasten auf, enthält vielerlei Beschränkungen und Erschwerungen und in dem Versicherungsamt höchst bedenkliche Entwicklungsmöglichkeiten. Obendrein werden die Betriebskrankenkassen wesentlich beschränkt, fast gefährdet und in eine für alle Zukunft unheilbare Lage gebracht. Sollte in diesem Punkte nicht noch eine Änderung erzielt werden, die den ungeschwächteren Fortbestand der Betriebskrankenkassen sichert, so ist die gesamte Neuordnung der Versicherungsgegebung für den Verband unannehmbar.“

### Aus der Partei.

#### Von der Maifeier.

Die Maifeier in der jüngsten deutschen Stadt. An dem Umlage nach der Frühfeier durch die aus den Gemeinden Bant, Deppens und Neuenreue neugebildete Stadt Rüstingen beteiligten sich etwa 3000 Personen. Das Betreten des Wilhelmshabener Gebietes und die Ansprache auf dem Banter Marktplatz war verboten worden. Die Maifeier war überfüllt. Wie immer wurde das Militär wieder bereitgehalten.

In Vesehof beteiligten sich am Morgen Spaziergang 800 Personen.

In Wegebarj und Saube fand vormittags ein gemeinsamer Demonstrationzug statt, an dem sich über 2000 Personen beteiligten.

In Bonn fand in diesem Jahre zum ersten Male eine Maiverksammlung statt, die sehr gut besucht war. Die Abendveranstaltung war überfüllt.

Wiesbaden. Aus Verichten, die in den Morgenstunden abgefaßt sind, geht hervor, daß die Arbeiterviertel am 1. Mai mit Militär und Gendarmerie überfüllt waren. Einzelne Fabriken waren von der Polizei umzingelt. Trotzdem feierten fast alle großen Fabriken. Die Zahl der Feiern wird auf 20 000 bis 25 000 angegeben. Der Zugang von den Vorstädten zu den Hauptstraßen war abgesperrt.

#### Zusammenstoß zwischen Polizei und Maidemonstranten.

Man schreibt uns aus Rülhausen i. E.: Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Polizei und Maifeierdemonstranten kam es am Abend des 1. Mai in Rülhausen i. E. bei der Rückkehr der Maiausflügler nach der Stadt. Ein erster Zusammenstoß, der ohne ernste Folgen verlief, ereignete sich in der Altkirchenvorstadtstraße, wo ein Polizeikommissar mit zwei Schulheuten beim Vorbeimarsch der Manifestanten an einem kleinen roten Büchsen Anstoß nahm, das von einem Teilnehmer mitgeführt wurde. Ein Schulmann, der sich auf das ärgersüchtigerende Stück Zeug stürzte, verfehlte sein Ziel und kam zu Fall, woraus eine kleine Prügelei entstand, wobei die Schulheute nicht eben gut von der Parade kamen. Etwa 200 Meter tiefer in der Stadt, am Spiegelhof, entstand aus ebensoviel nichtigem Anlaß — wie man hört, wegen eines roten Zylinders, den ein jugendlicher Teilnehmer trug — ein ersterer Krach. Die hier etwas zahlreichere Polizei fuhr wiederum in herausfordernder Weise davon; es entstand ein unentwärtbarer Anlauf, vier oder fünf Uniformierte zogen blank und auf der anderen Seite wurde zum Teil mit Messerischen geantwortet; jedenfalls wurde ein Schulmann derart verletzt, daß er in einer benachbarten Apotheke verbunden werden mußte. Der Helm eines Schulmanns wurde unter den Tritten der gereizten Menge übel zugerichtet, anderen wurde der Säbel entwunden usw. Einem höheren Polizeibeamten gelang es endlich, die Schulheute aus dem Gewühl zurückzuführen, daß sie selbst durch ihr ganz unnötiges, unangebrachtes Eingreifen herbeigeführt hatten. Schwere Verletzungen scheinen weder auf der einen noch auf der anderen Seite vorgekommen zu sein. Verhaftungen erfolgten keine. Die beiden Abendveranstaltungen nahmen trotz starker Ueberfüllung ohne polizeiliche Störung den besten Verlauf.

#### Aus den Organisationen.

Eine Generalversammlung des Wahlkreises Rülhausen-Kroffen beschloß am Sonntag die Erhöhung des Beitrages. Vom 1. Juli ab beträgt der Wochenbeitrag 10 Pf. und 5 Pf. für Frauen. Die Schaffung möglichst kleiner Agitationsbezirke und eine intensive Agitation für die Presse und die Organisation wurde gleichfalls erörtert, nachdem der Kandidat des Kreises, Genosse Grauer, Vichtenberg über die politische Lage und die Reichstagswahlen gesprochen hatte. Auch in diesem überwiegend ländlichen Kreise macht die Parteidewegung erfreuliche Fortschritte.

#### Gemeindevahlen.

Der Gemeinderat in Voigtberg bei Quedlinburg behält seine sozialdemokratische Mehrheit. Am Sonntag fanden die Gemeindevahlen zum Gemeinderat statt, der länger als drei Monate beschlußunfähig war, nachdem die fünf sozialdemokratischen Gemeindevorstandsmitglieder, auf Beschluß einer Einwohnerversammlung,

ihre Ämter niedergelegt hatten. Die fünf Sozialdemokraten wurden wiedergewählt und damit ist die sozialdemokratische Mehrheit wieder hergestellt.

#### Folgen des Separatismus.

Die Verschlagung der internationalen Gewerkschaften Oesterreichs durch die ins nationalistische Fahrwasser geratenen Führer der tschechischen Sozialdemokratie hat zur Spaltung innerhalb der tschechischen Partei geführt. Die tschechischen Zentralisten, die auf dem Boden der vom Internationalen Kongress in Kopenhagen beschlossenen Resolution stehen, die die Einheit der Gewerkschaftsorganisation fordert, haben die Gründung einer eigenen Partei beschlossen, die sich in aller nächster Zeit als „Tschechische Sektion der internationalen Sozialdemokratie“ konstituieren will und in Wien als ihr Organ ein tschechisches Tagesblatt „Dolní Demid“ („Arbeiterzeitung“) erscheinen läßt. Gegen eine Reihe von Kandidaten der alten, will die neue Partei eigene Kandidaten aufstellen.

#### Brechverfolgungen in Finnland.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Vor einiger Zeit verlangte der finnländische Diktator v. Sehn, daß die Verlags-gesellschaft unseres Kammerforster Parteiblattes „Kansan Lehti“ an Stelle des angemeldeten Genossen Santeri Ruor-tewa eine „geeignete“ Person als verantwortlichen Redakteur nominieren. Dem kam die Genossenschaft natürlich nicht nach, da die Verfassung bloß die Anmeldepflicht vorsieht und dem General-gouverneur nicht die Befugnis einräumt, die Redakteure zu „genehmigen“. Nun ist der Brechgewaltige von Kammerfors in Auf-trage v. Sehns beim Reichsgericht klagbar geworden. Er verlangt die gerichtliche Suspendierung des Blattes, da es keinen „Verant-wortlichen“ habe. Die Genossenschaft wird es auf die Entscheidung des Gerichts ankommen lassen. Mögen die finnischen Richter den Beweis erbringen, daß sie die Landesverfassung auch dann zu ver-teidigen verstehen, wenn es sich um einen Rechtsbruch gegenüber einem Sozialdemokraten handelt.

Aus der italienischen Partei: Genosse Agnini legt sein Mandat nieder. Die der „Messaggero“ erfährt, hat Genosse Agnini sein Parlamentsmandat niedergelegt. Anlaß zu diesem Schritt war die Mißbilligung, die sein Austritt aus der sozial-istischen Parlamentsfraktion bei einem Teil seiner Wähler ge-funden hatte. An der Wiedertwahl unseres Genossen ist nicht zu zweifeln.

Aus der englischen S. D. P. ausgetreten sind, wie man uns mitteilt, die Genossen Herbert Burrows und der Kassierer D. J. Green, weil sie mit der Resolution, die vom letzten Parteei-tage in der Rüstungsfrage angenommen wurde, nicht einver-standen sind.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Was die Halle'sche Polizei nicht verantworten kann.

Nach wiederholter Aufforderung hat sich die Polizeibehörde in Halle nun doch noch nachträglich dazu bequemt, eine „Begründung“ für ihr Verbot des Raumzuges zu geben. In edelstem Polizeideutsch heißt es darin: „Bei dem Zuge, den der Aufzug nehmen sollte, ist eine Gefährdung des öffentlichen Verkehrs, die zugleich die öffentliche Sicherheit betroffen hätte, zu befürchten.“ Weiter heißt es: „Es muß auf den demonstrativen Charakter der geplanten Veranstaltung und darauf Rücksicht genommen werden, daß in einer Stadt von über 180 000 Einwohnern, wie in der Bevölkerung jeder Groß-stadt, notorisch zahlreiche Elemente vorhanden sind, die ausgeprobenen Neigung zu Skandalen und Widergesetzlichkeiten gegen die öffent-lichen Sicherheitsorgane haben und nur auf die Gelegenheit solcher Veranstaltungen warten, um ihrer Neigung zu trönen. Unter diesen Umständen kann die Verantwortung für die Aufrecht-erhaltung der öffentlichen Sicherheit und den Schutz des Rechtsfriedens der Allgemeinheit bei Zulassung des Raumzuges nicht übernommen werden.“

#### Abteilung II. J. S.: (gez.) v. Doffow.

Diese „Begründung“ reiht sich den früheren staatsretterischen Großtaten der Halle'schen Polizei würdig an.

Wegen Beleidigung eines vereidigten Bücherrevisors wurde der verantwortliche Redakteur der „Vielfelder Volkswacht“, Genosse Schälich, vom Landgericht Viefeld zu 300 M. Geld-strafe verurteilt. Die tatsächlichen Angaben des unter Anklage stehenden Artikels konnten nicht bestritten werden, die Beurteilung erfolgte aber wegen formeller Beleidigung. Ein in der Angelegen-heit wegen Staatsanwaltschaftsbeleidigung angeklagter Fabrikant erhielt 50 M. Geldstrafe.

#### Brechprozeß.

Wegen angeblicher Beleidigung des tschechischen Arbeiter-sekretärs Schmitz in Reife wurde der verantwortliche Redakteur der „Düsseldorfer Volkszeitung“, Genosse Müller, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

### Aus Industrie und Handel.

#### Pulver.

Die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken erzielten im letzten Geschäftsjahre einen Umsatz von 10 1/2 Millionen Mark. Das sind 6 Millionen Mark mehr, als das Vorjahr gebracht hatte. In der Hauptsache entfällt das Mehr auf die Ableserung von rauh-losem Militärpulver. Wenn auch für Kulturzwecke es an Geld-mangel, ein Trost bleibt uns: der Militarismus braucht keine Rot-zu leiden, er findet immer volle Kassen! Und wenn es zu einem Kriege kommt, auf den das wahnwitzige Betrüffen hindrängt, dann wird man ein entsetzliches Wortchen, ein grauenhaftes Herfürören erleben. Das ist die Quintessenz der kapitalistischen Gesellschafts-ordnung, für diese treten alle bürgerlichen Parteien ein, die Demok-raten eingeschlossen. Aus dem Geschäftsbereich der Pulvergesellschaft ist noch zu erwähnen, daß die Gesamtzeugung 6 1/2 Millionen Kilo-gramm Pulver betrug. Die Aktionäre, die für das vorausgegangene Jahr „nur“ 18 Proz. erhalten hatten, können für das letzte Jahr 18 Proz. einheimfen. Und wie wird die Dividende erst steigen, wenn im nächsten Volksmorden das Pulver tüchtig verpulvert wird!

Jetzt wird auch näheres über die Kartellverlängerungsbestrebungen des internationalen Pulvertrusts resp. seiner deutschen Gruppe be-kannt. Der Generalkartellanschlußvertrag, welcher die internationale Gemeinschaft der Explosivfabriken darstellt und 1894 gegründet worden ist, soll jetzt bis auf den 31. Dezember 1920 festgelegt und die Rheinisch-westfälische Spreng-stoff Aktiengesellschaft Köln im ganzen mit der Firma an die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken veräußert werden. Die Rheinisch-westfälische Spreng-stoff Aktiengesellschaft wird durch einen neuen Vertragsparagrafen an den Rücklagen der Nobel Dynamite Co. beteiligt. Es handelt sich hier in erster Linie um Fonds, welche den Aktionären eine gleichmäßig hohe Dividende und Kampfmittel gegen Außen-seiter sichern sollen. Die Nobel-Kompani hat zu diesem Zwecke seit 1905 Rücklagen aufgesammelt. In diesem Jahre überwies sie, bei Ausschüttung einer Dividende von 10 Prozent, 70 000 Pfund Sterling an diesen Fonds, der jetzt schon die nette Summe von 500 000 Pfund Sterling oder über 10 Millionen Mark erreicht hat, bei einem Kapital von jetzt 70 Millionen.

# Gewerkchaftliches.

## Mai-Ausperrungen.

Ueber den Umfang der diesjährigen Mai-Ausperrungen liegen bisher nur wenig Nachrichten vor. In Berlin sind die Ausperrungen — außer bei den Holzarbeitern — offenbar nirgends erheblich. Von den Berliner Holzarbeitern wurden in 320 Betrieben 6768 ausgeperrt. In 17 Betrieben der Berliner Metallindustrie wurden 501 Personen ausgeperrt. Der größte der ausperrnden Betriebe legte etwa 200 Personen auf die Straße. Die Berliner Zimmerer zählten 140 Mai-Ausgeperrte.

Bei den Steinarbeitern sind 234 Kollegen ausgeperrt in 10 Sandstein-, 3 Marmor- und 2 Grabsteingeschäften. Die ziemlich umfassende Ausperrung in den Sandsteinbetrieben ist zurückzuführen auf den Ausperrungsbeschluss des Verbandes der Baugeschäfte, dem der Verband der Steinmetzgeschäfte angeschlossen ist.

In Hamburg sind zusammen etwa zehntausend Arbeiter ausgeperrt, davon 2300 Bauarbeiter einen Tag, mehrere Tausend Metallarbeiter zehn Tage.

Eine größere Ausperrung von Holzarbeitern dürfte in Hannover erfolgen. Die Unternehmer hatten durch Anschlag die Ausperrung im Falle der Arbeitsruhe angedroht. Nach vorläufiger Schätzung werden 600 Holzarbeiter davon getroffen.

In Gera sperren die Bauunternehmer die Arbeiter eine Woche lang aus.

Neun Braunschweiger Maschinenfabriken haben, wie die dortige „Landeszeitung“ meldet, im ganzen dreitausend Arbeiter für die Dauer einer Woche ausgeperrt.

Weiter wird aus Bremen mitgeteilt, daß die Aktiengesellschaft „Weier“ ebenfalls dreitausend Arbeiter bis Donnerstag ausgeperrt habe. Auf der Werft in Flensburg sollen von circa 2200 Arbeitern die Hälfte bis zum 5. Mai ausgeperrt sein.

Alle diese Nachrichten sind für die Beurteilung der Gesamtsituation um so weniger als zureichend zu betrachten, als sie mit Ausnahme der Berliner und Hamburger Meldungen durch bürgerliche Depeschbüros übermittelt wurden. Die Listen stammen also offenbar aus dem Unternehmerlager und haben kaum eine Nachprüfung von gewerkchaftlicher Seite erfahren.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Lohnbewegung der Bauklemperer

Sollte am Dienstag vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts verhandelt werden. Anfangs schien es, es würden die Verhandlungen, obgleich die Parteien über die Forderungen der Arbeiter verschiedener Meinung waren, glatt konstatieren gehen. Aber da ein Jurist als Vertrauensmann der Arbeitgeber im Einigungsamt saß, war es nichts mit einer glatten Erledigung. Schon beim dritten Punkt der Forderungen machte der Syndikus der Klemperer, Justizrat Dr. Blaschlauer, derartige Schwierigkeiten, daß die Verhandlungen abgebrochen werden mußten. Und das kam so: Als Grundfrage der Verhandlungen diente eine von den Arbeitern eingereichte Vorlage, deren dritter Punkt lautet: „Die Arbeit wird nur in Teillosen ausgeführt.“ Die Cohen als Vertreter der Arbeiter bemerkte, besteht über diesen Punkt Einigkeit zwischen beiden Parteien schon seit der vorigen Lohnbewegung. Die Vertreter der Arbeitgeber sagten zu dieser Erklärung zunächst nichts. Dann aber wollte Justizrat Dr. Blaschlauer die auf diesen Punkt bezüglichen Bestimmungen eines vor zwei Jahren abgeleiteten Schiedsspruches den Verhandlungen zugrunde legen. Dem widersprach Cohen ganz entschieden. Dann machte Dr. Blaschlauer den Einwand, die Arbeitgeber hätten die jetzige Vorlage noch nicht studiert. Cohen verwies darauf, daß die Arbeitgeber Zeit genug zum Studium gehabt hätten. Aber die Arbeitgeber traten nun auf die Seite ihres Vertrauensmannes Blaschlauer. Die Folge davon war, daß die Verhandlungen verlegt werden mußten. Die Arbeiter wünschten, daß die Fortsetzung am Donnerstag stattfinden, weil für diesen Tag eine Versammlung angesetzt ist, die über die Lohnbewegung zu beschließen hat. Nach längeren Verhandlungen wurde auf Wunsch der Arbeitgeber die Verhandlung bis Montag verlegt, womit sich die Vertreter der Arbeiter einverstanden erklärten unter der Voraussetzung, daß die Versammlung am Donnerstag ebenfalls damit einberufen ist.

**Deutscher Bauarbeiterverband.** Durch ein Versehen sind die Kontrolllokale für Nord-Osten und Groß-Lichterfelde für mai-ausgeperrte und zurzeit arbeitslose Kollegen in der Anzeige nicht aufgeführt worden. Wir weisen darauf hin, daß sich die betreffenden Kollegen in Groß-Lichterfelde noch im Kaiserhof, am Kranoldplatz, melden mögen, da es so in der Mai-Versammlung durch Plakat bekannt gemacht worden ist. Im Nord-Osten gilt das Verkehrslokal, Späth, Georgenkirchstr. 85, auch als Kontrolllokal.

#### Deutsches Reich.

**Beendeter Töpferstreik in Posen.** Nach vierwöchentlicher Dauer wurde der Streik der Töpfer beendet. Die Gehilfen erhalten eine durchschnittliche Lohnaufbesserung von 7 1/2 Prozent.

Der drohende Ausstand der Zementierer und Patentbedenkler in Posen ist durch Vermittlung vor dem Gewerbegericht abgewandt worden. Die berechtigten Wünsche der Arbeiter mußte auch die Einigungscommission, die unter Vorsitz eines Stadtrates tagte, anerkennen.

#### Transportarbeiterstreik.

In Darmen und Elberfeld haben am 29. April 300 Fuhrleute und Ablader die Arbeit eingestellt, nachdem die Unternehmer auf ihre am Osterdienstag eingereichten Forderungen eine ablehnende Antwort erteilt hatten. Die Fuhrleute fordern einen Lohn von 27 M. und vom 1. Mai 1912 ab 28 M., eine Arbeitszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, Bezahlung der Ueberarbeit und jeden zweiten Sonntag frei. Die Ablader haben ähnliche Forderungen gestellt. Die Arbeitseinstellung ist in den Betrieben einmütig erfolgt und es ist zu hoffen, daß die Streitenden mit ihren berechtigten Forderungen durchkommen. Vor Zuzug von Transportarbeitern nach den beiden Wupperstädten wird dringend gewarnt.

#### Der Kampf im Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen beendet!

Unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Erdel in Mannheim tagten die Parteien in voriger Woche täglich fast ununterbrochen; Sonnabend dauerte die Sitzung bis nach 10 Uhr abends. Am Mittwoch soll die Arbeit wieder aufgenommen werden. Es kamen fünf Tarifverträge zustande mit durchschnittlicher Lohn-erhöhung von 1,50—2.— M. pro Woche auf vier Vertragsjahre verteilt. Ab 1. April 1912 tritt für die Mehrzahl der Arbeiter eine halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung pro Tag ein. Für das Maschinenpersonal der oberrheinischen Reedereien wurden erhebliche Verbesserungen erreicht in bezug auf Sonntags- und Nachtruhe sowie auch in den Löhnen.

#### Ausland.

Der Kampf der graphischen Arbeiter Finnlands, der Buchdrucker, Lithographen, Chemigraphen, Steindruckern, Buchbinder usw., an dem 2000 Arbeiter beteiligt waren, ist, wie bereits kurz berichtet, nach einer Dauer von drei Monaten und fünf Tagen beendet worden. Und zwar ist es nach erneuten Verhandlungen zu einem Tarif-

abschluß gekommen. Heute sind wir in der Lage, darüber näheres zu berichten: Die Arbeitszeit bleibt wie früher; für Lithographen und Chemigraphen täglich 8 1/2 und Sonnabends sechs Stunden; für Buch- und Steindruckern usw. täglich neun und Sonnabends sechs Stunden. Für die in zwei Schichten arbeitenden Maschinensetzer beträgt die tägliche Arbeitszeit acht und am Sonnabend sechs Stunden. Der Minimallohn der Buchdrucker, Steindruckern, Lithographen und Chemigraphen beträgt 27,54 Frank in der Woche, wozu noch ein Lokalaufschlag bis zu 25 Proz. kommt, je nach den verschiedenen Städten. Die Städte Helsinki, Åbo und Wiborg gehören zur ersten Klasse. Es ist dies eine Erhöhung von etwa 6 Proz., gegenüber den früheren Minimallohnen. Das Lehrlingsregulativ bleibt wie früher. Die Gültigkeitsdauer des abgeschlossenen Tarifes ist auf fünf Jahre festgesetzt. Ein Schiedsgericht in Tarifstreitigkeiten soll eingesetzt werden. Jeder Verband wählt drei Repräsentanten. Diese Kommission hat alle Tarifstreitigkeiten zu entscheiden. Während der Gültigkeitsdauer des Tarifes darf es weder zur Ausperrung, noch zum Streik kommen.

Wenn auch das Resultat eines 14 wöchentlichen verzweifelten Kampfes nicht dazu angetan ist, volle Befriedigung zu erwecken, so muß man aber andererseits in Betracht ziehen, daß bei den finnländischen Unternehmern die feste Absicht bestand, überhaupt kein Kollektivabkommen mehr zu treffen, und daß sich das gesamte Großkapital gegen die berechtigten Forderungen der finnischen Bucharbeiter verbündet hatte. Aus diesen Gründen können die graphischen Arbeiter Finnlands mit dem Erfolg zufrieden sein, und sie werden ihre Lehren aus dem Kampfe zu ziehen wissen. Da noch ein größerer Teil der Ausständigen arbeitslos ist, soll Zuzug nach Finnland ferngehalten werden.

#### Eisenbahnerkongress in Italien.

Rom, 20. April. (Fig. Ber.)

Das Syndikat der italienischen Eisenbahner, die stärkste Organisation des Eisenbahnpersonals, hat am 28. d. M. in Mailand ihren Kongress beendet. Soweit sich die Verhandlungen um die Stellungnahme gegenüber der Regierung drehten, wurde Ausschluß der Presse beschlossen. Es heißt, daß die Eisenbahner weitere Forderungen an die Regierung stellen und nach einem Monat, im Falle der Nichtbefriedigung, zu passiver Resistenz schreiten würden. Es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß wir hier nur ein Gerücht wiedergeben. — Der Kongress beschloß weiter, der Konföderation der Arbeit beizutreten. Auch wurde die Notwendigkeit betont, ein Organ zur Vertretung der Interessen der Eisenbahner zu haben, da die eine Zeitung in Mailand erscheinende Tageszeitung des Syndikats „La Conquista“ mit einem Defizit von 23 600 Lire ihre Veröffentlichungen einstellen mußte. Der Kongress sprach in einer Tagesordnung der republikanischen „Ragione“ für ihr Verhalten während der Eisenbahneragitation seinen Dank aus.

#### Verfammlungen.

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jahrestelle Berlin.** Der Generalversammlung, die am Sonntag nachmittag im Gewerkschaftshause stattfand, lag der Geschäfts- und Kassenbericht vom ersten Quartal 1911 vor. Zunächst berichtete Schuldt über die Tätigkeit der Verwaltung, die stark in Anspruch genommen wurde. Die Arbeitslosigkeit, die im letzten Quartal 1910 schon einen großen Umfang erreicht hatte, nahm im ersten Quartal 1911 noch weiter zu. Die Benutzung des Arbeitsnachweises ist in erfreulicher Weise gestiegen; in der Berichtszeit sind 230 Stellen vermittelt worden, darunter 200 als feste Stellen. Die Erhöhung der Verbandsbeiträge hat — wenige Fälle ausgenommen — keine nachteilige Wirkung für den Mitgliederbestand gehabt. Außer der Generalversammlung fanden im Quartal 6 Gruppenversammlungen, 101 Betriebsversammlungen (darunter eine Versammlung aller Schultheisbetriebe), 11 Sitzungen des Vorstandes und der Vertrauensleute, 3 Sitzungen des Einigungsamtes und 32 Unterhandlungen mit den Unternehmern statt. Bei diesen Unterhandlungen machten einige Mäglensbisher, die sehr anmaßend auftraten, besonders Schwierigkeiten, indem sie die Anerkennung des Verbandes verweigerten. In 71 Fällen der Agitation, in 6 Fällen vor Gericht und durch eine Bezirksleiterkonferenz wurden die Funktionäre des Verbandes ferner in Anspruch genommen, neben der großen Bureaukratie; das Bureau wurde durchschnittlich von 86 Personen pro Tag in der Berichtszeit besucht. — Schuldt ging auf die Verhandlungen des Einigungsamtes näher ein, wobei er die Frage der Sonntagsarbeit der Bierfahrer berührte und die Hoffnung ausdrückte, daß die Frage in diesem Sommer zur Erledigung kommen werde.

Den gedruckt vorliegenden Kassenbericht erläuterte Sodapp. Die Abrechnung der Hauptkasse zeigt in Einnahme und Ausgabe eine Bilanz von 28 093 M. Unter den Ausgaben stehen 9673 M. als Unterstützung für Kranke und 5046 M. für Arbeitslose, 490 M. in Sterbefällen und 50 M. in Rotsfällen verzeichnet. — Die Abrechnung der Lokalkasse zeigt ebenfalls für Arbeitslose eine Unterstützung, und zwar im Betrage von 2305 M. Die Einnahme der Lokalkasse im ersten Quartal 1911 betrug 11 579,28 M., die Ausgabe betrug 5400,95 M., mithin wäre ein Ueberschuß von 6178,33 M. vorhanden, aber dazu gehört ein Darlehen von 5000 M. aus der Hauptkasse.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, die Reiseleiter betreffend, machte Sodapp bekannt, welche Antworten von den Brauereien auf die Forderung, den 1. Mai freizugeben, eingegangen waren. Der Verein der Brauereien weist die Forderung wie bisher zurück, dagegen sind — mit einigen Ausnahmen — von einer ganzen Reihe Brauereien mehr oder weniger entgegenkommende Antworten eingelaufen. DsMier entspann sich dann eine längere Diskussion. Die Versammelten beschäftigten sich zum Schluß mit verschiedenen Verbandsangelegenheiten interner Art und beschlossen unter anderem auch eine Regelung der Entschädigung für die Einkassierer.

#### Aus der frauenbewegung.

##### Mutter- und Säuglingssterblichkeit.

Mutter- und Säuglingssterblichkeit gehören zusammen. Ein guter Mutter- und Säuglingssterblichkeit sind ein guter Säuglingssterblichkeit. Man kann daher einen Zusammenhang zwischen Säuglingssterblichkeit und Muttersterblichkeit voraussetzen. Von dieser Voraussetzung ausgehend, ist ein gewisser Fortschritt in dem Kampf von Mutter und Kind zu konstatieren. In den letzten 30 Jahren hat die Säuglingssterblichkeit in Preußen etwas abgenommen. Von 1000 lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahre durchschnittlich jährlich: in der Zeit von 1875 bis 1880 194, in der Zeit von 1881 bis 1890 194,8, von 1890 bis 1900 190,8 und von 1901 bis 1909 181,1. Diese Ziffern gelten für die ehelich geborenen Kinder. Für die unehelich geborenen ergeben sich die folgenden Angaben: 338,1, 334,7, 335,8, 312,5. In der Zeit der wirtschaftlichen Aufschwungsperiode nach der schweren Krise in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist noch eine Zunahme der Säuglingssterblichkeit ersichtlich. Im letzten Jahrzehnt, in dem auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung die Sozialdemokratie einen größeren Einfluß ausübte, sieht man ein Sinken der Sterblichkeitsziffern. Sie sind trotzdem immer noch erschreckend hoch. Aber es muß auch festgestellt werden, daß die Sterblichkeit in den verschiedenen Bezirken und Städten sehr verschieden groß ist. Während z. B. im Regierungsbezirk Breslau von 1000 lebendgeborenen ehelichen Kindern im letzten Jahrzehnt durchschnittlich jährlich im ersten Jahre 287 starben, waren es im Bezirk Aachen nur 97. Bei den unehelich geborenen Kindern kommt die Verschiedenheit der Sterblichkeit in folgenden Vergleichsziffern in die Erscheinung: Bromberg 408, Aachen 174. In geringem Maße mögen die klimatischen und die besonderen örtlichen Verhältnisse die Differenzen erklären, in der Hauptsache dürften sie jedoch auf soziale Faktoren zurückzuführen sein. Das wird bestätigt durch die Verschiedenheit in der Sterblichkeitsbewegung. Stellt man z. B. die Ziffern aus der letzten Periode nach Regierungsbezirken und Städten zusammen, so ergeben sich sehr unterschiedliche Ziffern. Von einer Parallelbewegung kann keine Rede sein. In erheblichen Abgängen stehen sogar in

der Sterblichkeit bereinzelt noch Steigerungen gegenüber. Von 1000 ehelich Geborenen starben durchschnittlich im Jahre:

Regierungsbezirk	von 1875 bis 1880	von 1901 bis 1909	Abgang in Prozent	Sterblichkeitssteigerung
Königsberg . . . . .	199	185	7	—
Gumbinnen . . . . .	203	205	—	1
Danzig . . . . .	214	207	8,2	—
Potsdam . . . . .	241	189	21,5	—
Stettin . . . . .	210	221	—	5,2
Stralsund . . . . .	180	208	—	14,4
Bromberg . . . . .	201	200	0,5	—
Erurt . . . . .	178	157	11,8	—
Schleswig . . . . .	188	138	—	1,4
Münster . . . . .	147	155	—	5,4
Münster . . . . .	208	177	14	—
Breslau . . . . .	279	214	23,8	—
Aachen . . . . .	236	193	18,6	—
Charlottenburg . . . . .	291	181	55	—
Görlitz . . . . .	318	207	34,5	—
Königsbütte . . . . .	192	205	—	6,7
Berlin . . . . .	277	169	39	—
Potsdam . . . . .	229	166	27,5	—

Es lassen sich zwei charakteristische Merkmale feststellen: In den Städten ist die Sterblichkeit heute zum Teil geringer als auf dem Lande, während früher das Land den Säuglingen hervorragend günstigere Lebensbedingungen bot. Mit Ausnahme von Königsbütte ist die Sterblichkeit in allen Städten erheblich zurückgegangen, dagegen zeigt die Vergleichung nach Regierungsbezirken teilweise eine bedeutende Steigerung. Nur der Bezirk Potsdam kann eine starke Abnahme der Sterblichkeit nachweisen. Das flache Land dürfte daran aber weniger beteiligt sein, denn die Stadt Potsdam allein hat eine Abnahme von 27,5 Proz. zu verzeichnen. Die besseren Verhältnisse in den Städten erklären auch den Unterschied der Sterblichkeitsbewegung im Regierungsbezirk und in der Stadt Münster. Jener figuriert mit einer Steigerung der Sterblichkeit von 5,4 Proz., dagegen ist in der Stadt die Sterblichkeit der Säuglinge um 14 Proz. zurückgegangen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die ganz unerkennbare Verschiebung zugunsten der Stadt, wenigstens in der Hauptsache auf die bessere Fürsorge zurückzuführen ist, die speziell die Ortskrankenkassen in den letzten Jahren den Müttern angedeihen lassen. Als weitere Ursache der Verminderung der Säuglingssterblichkeit in den Städten darf auch wohl die Säuglingsfürsorge, die sich zwar noch seiner hervorragenden, aber doch einer wachsenden Berücksichtigung erfreut, angesehen werden. Die Statistik ist eine gewichtige Stimme, die auf die Unterlassungsfünden hinweist, die in der Frage des Mutter- und Säuglingssterbes früher, und zwar besonders auf dem Lande, aber auch in den meisten Städten, begangen worden sind und auch heute noch begangen werden. Große Scharen Mütter und Kinder gehen noch immer zugrunde, die der Gesellschaft sehr gut erhalten werden könnten.

#### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Heute Mittwoch, den 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27o: Vortrag: „Die erzieherischen Aufgaben vor und nach der Schulzeit“. Referent: Heinrich Schulz. Gäste willkommen.

#### Letzte Nachrichten.

##### Die Parlamentsbill im englischen Unterhaus.

London, 2. Mai. (B. Z. W.) Das Unterhaus hat die zweite Lesung der Parlamentsbill, die das Betreten der Lords in der allgemeinen Versammlung einschränkt, mit 209 gegen 194 Stimmen angenommen. Man erwartet, daß die Diskussion über die übrigen Klauseln der Bill morgen abend zu Ende geführt werden wird.

##### Anfallversicherung der Arbeiter vor der russischen Duma.

Petersburg, 2. Mai. (B. Z. W.) Die Reichsduma erörterte heute die Regierungsvorlage über die Anfallversicherung der Arbeiter. Der Referent, Baron Tiejenhäusen, wies darauf hin, daß alle Mitglieder der Duma-Kommission für Einmischung des Staates in die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit seien. Die Regierung sei jetzt entschlossen, die in den westlichen Staaten, besonders in Deutschland erprobten Maßregeln durchzuführen. Die Vorlage sei für Rußland bedeutungsvoll und müsse auf den weiteren Entwicklungsgang des russischen Staatsgedankens einwirken. Als Redner traten meist Sozialdemokraten auf. Potrowski erklärte, die Sozialdemokraten seien für die Versicherung, doch müßten die Kosten der Vorlage durch Besteuerung der Arbeitgeber aufgebracht werden; der Arbeitslohn, das Existenzminimum, dürfe nicht geschmälert werden. Da die Vorlage die Versicherung den Arbeitgebern übertrage, würden die Sozialdemokraten dagegen stimmen. Der Redakt Stepanoff meinte, die Vorlage lasse zuviel Einmischungen der Lokalverwaltung zu und weise zu wenig Staatshilfe auf. Außerdem habe die Duma-Kommission die Regierungsvorlage entgegen den Interessen der Arbeiter umgearbeitet.

##### Vom marokkanischen Kriegsschauplatz.

Tanger, 2. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Briefe aus Alkassar, die gestern abgehandt worden sind, melden, daß die eingeborenen Soldaten in jenem Distrikt, die unter französischen Instruktoren stehen, gemutet haben, desertiert sind und sich insurrekt, unter den Franzosen Dienst zu tun. Die Nachricht, daß französische Truppen von Casablanca und Rabat nach Fes aufgebrosen sind, hat alle Stämme im Gharbgebiet in Aufregung versetzt. Die Stämme proklamieren den heiligen Krieg.

##### Unterschlagungen in einer städtischen Verwaltung.

München, 2. Mai. (B. Z.) Der „Vater Kurier“ meldet aus Durgauhausen: Eine noch nicht zum Abschluß gelangte Revision der städtischen Kassen weist seit den letzten drei Jahren Veruntreuungen in Höhe von 12 000 M. aus. Es wird befürchtet, daß die Unterschlagungen eine noch viel größere Summe erreichen. Von einer städtischen Kasse fehlen seit fünf Jahren sämtliche Belege. Außerdem zirkulieren Gerüchte, daß von den Hochwasserunterstützungen des Jahres 1899 der größte Teil unterschlagen wurde.

##### Unglücksfall beim schweizerischen Tunnelbau.

Bern, 2. Mai. (B. Z.) Beim Vortrieb des Tunnels durch den Mont d'or bei Vallorbe erfolgte heute abend ein Unglücksfall durch eine zu spät explodierende Mine. Zehn Arbeiter wurden dabei verletzt, davon drei schwer. Ein Arbeiter hat beide Augen verloren, sein Zustand ist hoffnungslos.

##### Große Brandkatastrophe.

Linsges (Frankreich), 2. Mai. (Meldung der „P. C.“) Eine furchtbare Explosion ereignete heute morgen um 10 Uhr die hiesigen Einwohner. In einer großen Schuhwarenfabrik explodierte beim Anzünden ein Gasofen, da man am Tage vorher vergessen hatte, den Gahn zu schließen, so daß sich das Zimmer vollständig mit Gas angefüllt hatte. In wenigen Sekunden schlugen helle Flammen empor, und die Fabrik verwandelte sich in ein Feuermeer. Obgleich die städtische Feuerwehr sowie die Hilfsfeuerwehr sofort zur Stelle waren, gelang es ihnen nicht, des Feuers Herr zu werden. Das Feuer griff so schnell um sich, daß 10 Minuten nach Entstehung des Brandes bereits 10 Nachbarhäuser in Mitleidenschaft gezogen waren. Erst gegen Mittag gelang es, den Brandherd einzudämmen und ein weiteres Ueber-springen der Flammen zu verhindern. Einige Feuerwehrlöcher wurden verlegt. Der Besitzer der Schuhfabrik kam in den Flammen um, und sein Leichnam wurde völlig verkohlt unter den Trümmern hervorgezogen.

Reichstag.

164. Sitzung. Dienstag, den 2. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: Delbrück.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz heißt die Abgeordneten nach der vierwöchigen Pause herzlich willkommen und gedenkt des Todes des Fürsten von Schaumburg-Lippe. (Die Abgeordneten haben sich von den Plätzen erhoben.)

Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung.

Staatssekretär Delbrück: Das Einführungsgesetz und das Gesetz betr. die Aufhebung des Hilfslasengesetzes sind notwendige Folgen der Reichsversicherungsordnung. Das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung schafft Uebergangsbestimmungen für die Zeit des Bestehens der gesetzlichen Vorschriften. Zunächst bestimmt es den Termin des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen; zum Teil wird ein Termin im Gesetz festgesetzt, zum Teil wird seine Festsetzung einer Bundesratsverordnung überlassen. Für die Hinterbliebenen-Versicherung wird der 1. Januar 1912 eingefügt werden müssen, nachdem das Pollaristgesetz entsprechend abgeändert ist; aber die Hinterbliebenen-Versicherung wird am 1. Januar 1912 nur dann in Kraft treten können, wenn die Reichsversicherungsordnung selbst erheblich früher erledigt ist. Der Redner geht dann, bei seiner leisen Stimme schwer verständlich, auf einige Uebergangsbestimmungen ein.

Abg. Trimborn (Z.): Das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung wird namentlich in den ersten Jahren von großer Bedeutung sein, als das Hauptgesetz selbst. Deshalb wird es notwendig sein, das Gesetz an eine Kommission zu verweisen, was ich beantrage. Die Hinterbliebenenversicherung kann, wie schon der Staatssekretär hervorgehoben hat, nur dann am 1. Januar 1912 in Kraft treten, wenn die Reichsversicherungsordnung erhebliche Zeit vorher erledigt ist; das ist eine ernste Mahnung an uns. — Das Einführungsgesetz enthält Uebergangsbestimmungen auch für die bisherigen Kassenbeamten. Die materielle Regelung der Verhältnisse der Kassenbeamten wird bei dem Hauptgesetz erfolgen. Das die vorhandenen Kassenbeamten der neuen Dienstordnung unterworfen werden sollen, erregt bei mir, wenigstens prima vista, keine Bedenken; erheblichere Bedenken sind dagegen erhoben gegen die Art und Weise, wie die Gehaltsverhältnisse der bisherigen Beamten geregelt werden sollen. Wir meinen, daß wohlertworbenen Rechte respektiert werden müssen; aber Verträge, die offenbar in fraudem legis geschlossen sind, um in Rücksicht auf die kommende Reichsversicherungsordnung sich Vorteile zu sichern, die bei der neuen Ordnung der Verhältnisse nicht möglich wären, können wir als mit bona fides (gutgläubig) geschlossene nicht anerkennen. (Zustimmung im Zentrum.) — Das Gesetz wird auch dem Umfange Rechnung tragen müssen, daß die Einführung der Hinterbliebenenversicherung ursprünglich zum 1. Januar 1910 versprochen war; deshalb wird eine gewisse Rückdatierung notwendig werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) — Zum Schluß ist dem Bundesrat vorzulegen, noch andere ihm erforderlich erscheinende Uebergangsbestimmungen zu treffen. Hier wird man mindestens verlangen müssen, daß sie dem Reichstage zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden. (Wabst! im Zentrum.)

Abg. Schickert (L.): Zu der Anregung, der Hinterbliebenenversicherung rückwirkende Kraft zu geben, haben meine Freunde noch nicht Stellung nehmen können; doch glaube ich, sie werden dieser Anregung aus finanziellen Erwägungen nicht zustimmen können. — Besonders stark sind die Bestimmungen angegriffen worden, welche sich mit der Regelung der Verhältnisse der bisherigen Kassenangestellten beschäftigen. Verträge in fraudem legis, Verträge, die geradezu zur Umgehung des Gesetzes geschlossen sind, werden wir nicht respektieren, und ebenso billigen wir, daß unangemessen hohe Bezüge weiter an Kassenbeamte gezahlt werden. Meine Freunde wünschen aber, daß hierbei in jedem einzelnen Falle mit Schonung und Rücksicht vorgegangen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Hoch (Soz.):

Die Bestimmungen des Einführungsgesetzes, welche die Verhältnisse der bisherigen Kassenangestellten regeln, sind von grundsätzlicher Bedeutung, sie bringen etwas Neues, noch nie Dagewesenes in die Gesetzgebung hinein, es soll ohne jeden zwingenden Grund das Geschehene, was sonst nur in revolutionären Zeiten als ein Akt der Revolution durchgeführt wird, nämlich die Entziehung wohlertworbenen Rechte. Eine Begründung dafür, daß wohlertworbenen Rechte ohne jede Entschädigung entzogen werden sollen, ist nirgends gegeben. Es handelt sich dabei um die

Aufhebung eines Rechtsgrundgesetzes

nach bürgerlicher Anschauung, der bisher als erster Grundsatz der

Staatsverwaltung gegolten hat. Alle Juristen, die bisher sich mit dieser Frage beschäftigt haben, können es gar nicht begreifen, wie die Regierung zu einem solchen Vorschlag gekommen ist. Ein so reaktionärer Jurist wie Professor Korn — um von anderen ganz zu schweigen — erklärt es für die selbstverständliche Pflicht einer jeden Regierung, die Staatsbürger nicht bloß gegen rechtswidrige Handlungen zu schützen, sondern sich auch selbst jedes ungesetzlichen Eingriffs in das Eigentum und die Rechte der Staatsbürger zu enthalten. Und ungesetzlich ist dieser Eingriff, denn die Verträge sind geschlossen auf Grund der Gesehe und im Vertrauen auf die Gesehe. Deshalb dürfen die wohlertworbenen Rechte nicht ohne Entschädigung entzogen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Grundsatz ist hier auch stets anerkannt worden. Ich erinnere an das Gesetz, durch welches die Privatposten aufgehoben wurden, ferner an das Verbot der Phosphorzündhölzer; erst kürzlich beschäftigt man sich in diesem Hause bei der Wertzuwachssteuer mit der Besteuerung der Landesfürsten, und da erklärten dieselben Herren, welche jetzt den Kassenbeamten ihre Rechte nehmen wollen, die Fürsten müßten steuerfrei bleiben aus staatsrechtlichen Gründen. Bei den Kassenbeamten haben sie staatsrechtliche Bedenken dagegen nicht. Bei der Einführung des preussischen Einkommensteuergesetzes wurden an die Reichsumittelbaren sehr erhebliche Entschädigungen gezahlt, weil ihre wohlertworbenen Rechte geschädigt wurden. Bei den Kassenbeamten, die ja nur gedehnte einfache Menschen sind, setzt man sich darüber hinweg. Dieses Vorgehen der Regierung ist so ungeheuerlich, daß selbst ein Mann wie der Amtsgerichtsrat Hahn die Frage aufgeworfen hat, wie es möglich sei, daß eine solche Gesetzesvorlage gemacht wird, und er macht für die Herren Geheimräte das

Privilegium der Dummheit

geltend und meint, sie übersehen die Tragweite ihrer Handlungen nicht. Ich meine aber, die Herren tuken sehr wohl, was sie taten, ich glaube gar nicht, daß es ihnen mit dieser Bestimmung ernst ist, ich sehe darin nur ein abgeartetes Spiel, die Regierung soll einen solchen Vorschlag machen und dann werden die bürgerlichen Parteien sich als die Verteidiger der bürgerlichen Rechte hinstellen und eine kleine Entschädigung zubilligen. (Widerspruch im Zentrum.) Ja wohl, Herr Kollege Becker, in dem langen Sommer, in dem ich mit Ihnen zusammengearbeitet habe, habe ich gelernt, auch an solche Dinge zu glauben. Wenn meine Voraussetzung richtig ist — und darin bestärken mich die ungenügenden Entschädigungsanträge, die in der Kommission gestellt sind — so muß ich doch betonen, mit Entschädigungen sind nur Einzelpersonen abzufinden, hier aber dreht es sich nicht nur um Ansprüche und Rechte der in Betracht kommenden Personen, sondern um die Leistungsfähigkeit der Krankenfürsorge, um das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter, darum, ob die Krankenfürsorge weiter ausgebaut und verbessert oder heruntergedrückt werden soll. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn eine Entschädigung für die Kassenbeamten ausgesprochen wird, wer soll sie bezahlen? Die Regierung wird sagen, das sollen die Kassen tun. Liegt denn aber irgend ein Grund zu solcher Maßnahme vor? Die Regierung, der Staatssekretär Herr Trimborn und Herr Schickert hätten doch die Pflicht gehabt, den Nachweis zu erbringen, daß eine Notwendigkeit vorliegt, die Kassen zu entlasten, sie zu bevormunden und ihnen ihre Beamten zu nehmen. In der Kommission ist Herr Becker als Wortführer seiner Partei aufgetreten und sagte, er hätte wohl Material, er wolle es aber erst im Plenum vorbringen. Im Plenum sagt jetzt Herr Trimborn, das sind Einzelheiten, das werden sie erst später vorbringen. Bei so unangelegentlichem Dingen ist man verpflichtet, das Material vorzubringen. Aber sie haben kein Material und drücken sich deshalb von einem Tage zum andern. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie müssen ja fürchten, wenn Sie mit Ihren Schauerreden kommen, daß wir in jedem einzelnen Falle die Unwahrheit nachweisen, und deshalb wagen Sie nicht, mit der Sprache herauszugehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was hat denn die Regierung für Material vorgebracht? Nur die Verträge, die hier und in der Presse wiederholt schon besprochen sind. Zu meinem Bedauern hat Herr Trimborn auch heute die Hand dazu geboten, gewisse Lügnungsartikeln über diese Verträge zu unterstützen, denn er sprach von Verträgen, die in bösser Absicht, um dem Gesetze ein Schimpfchen zu schlagen, geschlossen sind. Die Verträge reichen bis zum Jahre 1900 zurück. Damals hat bereits Regierungsrat Dr. Hoffmann, der einflußreichste Mann in diesen Dingen — er ist viel einflußreicher, als die Herren auf dem Ministertisch — geschrieben, eine Verbesserung der Verwaltung der Krankenkassen würde nur dadurch zu erreichen sein, daß die Verwaltung der Gemeindeverwaltung oder der des weiteren Kommunalverbandes angegliedert wird, wie es jetzt der Entwurf indirekt vorsieht. Weiter verlange er, daß im Streitfalle der Vorsitzende aus der Zahl

der Kommunalbeamten genommen wird, wie es ebenfalls der Entwurf vorsieht und ebenso wollte er, daß die Kassenbeamten von der Gemeinde zur Verfügung gestellt würden. Damals suchten die Kassenbeamten sich gegen solche Vergewaltigung zu schützen und traten in Berlin zusammen und verlangten den Abschluß eines Tarifvertrages, in dem sich der ominöse § 1 schon wörtlich findet. Ist das etwa böswillig geschehen gegen die spätere Gesetzgebung, und nicht vielmehr ganz loyal, um ihre Stellung zu sichern. Aus der Vorlage sehen Sie ja, wie berechtigt die Furcht der Kassenbeamten war. Und es handelt sich bei diesen Beamten nicht um Leute, die heute und gestern oder vor wenigen Jahren ihre Stellungen angetreten haben und sich ebenso leicht andere Stellungen suchen können. Die Krankenversicherung besteht jetzt 26 Jahre und wir haben Beamte, die seit 20 und mehr Jahren in ihren Stellungen sind, sich vorzüglich eingearbeitet haben, aber bei ihrem vorgerückten Alter und ihrer seitherigen einseitigen Beschäftigung für andere Stellungen unfähig geworden sind. Daß solche Leute sich in ihrer Stellung schämen wollen, ist doch selbstverständlich, und auch Herr Trimborn würde in einem solchen Falle als Familienvater diese Verpflichtung empfinden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich also nicht um eine Aufhebung des Gesetzes, sondern um einen

Akt der Notwehr

und bei der Notwehr muß man es den Leuten auch zu gute halten, wenn sie etwas über das Ziel hinauschießen. Ich trage nicht Bedenken zu sagen, daß das Geschehene ist, es sind Bestimmungen ungeachtet abgesetzt, weil die Leute sich vor Vergewaltigung schützen wollten. Mit großer Eile ist nicht vorgegangen worden, im Jahre 1900 sind die Berliner Angestellten mit ihrer Forderung aufgetreten, und erst im Jahre 1906 wurde der Vertrag angenommen, und in der ganzen Zeit ist öffentlich darüber diskutiert worden, und bei den Vertragsverhandlungen 1906 war Dr. Hoffmann und noch ein Regierungsvertreter zugegen. Aber diese fanden nichts dagegen zu erinnern und ebensowenig die Aufsichtsbehörden, die sich in den nächsten Jahren damit zu beschäftigen hatten. Erst 1910 wurde der Spandauer Fall vom Oberverwaltungsgericht entschieden, und die von ihm beanstandeten Bestimmungen sind dann sofort beseitigt worden. Schon 1907 ist der Vertrag auch im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht worden, und weder der Staatssekretär noch irgend einer der anderen Herren haben sich damals darüber geäußert. Es ist auch unrichtig, daß nur sozialdemokratische Kassen solche Bestimmungen getroffen haben. Herr B. Westarp liest freilich aus der Bestimmung, daß politische Gründe kein Grund zur Entlassung sein dürfen, heraus, daß die Kassen sogar Königsräuber anstellen wollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Solche Einwände sind natürlich nicht ernst zu nehmen. Von Kassen, deren Vorstandsmitglieder überwiegend dem Zentrum angehören, sind diese Verträge ebenfalls geschlossen worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und in einem nicht von einer Krankenkasse, sondern von der Aufsichtsbehörde geschlossenen Verträge heißt es, daß nur bei wiederholter großer Verletzung der Dienstpflicht eine Kündigung zulässig ist. Warum stellt man denn dann eine solche Aufsichtsbehörde nicht unter Arrest? (Graf Westarp [L.]: Deshalb machen wir eben das Gesetz!) Nein, Sie machen das Gesetz als

ein Ausnahmegesetz gegen die sozialdemokratischen Beamten der Ortskrankenkassen.

(Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich verteidige auf eine Zuhörerin in der „Königlichen Volkszeitung“, einem Zentrumblatt, worin Verwahrung dagegen eingelegt wird, daß bei der Aufhebung der Verträge das sozialdemokratische Parteinteresse maßgebend war. Es existieren eine große Zahl von Kassenbeamten, die nicht auf sozialdemokratischem Boden stehen und sich dagegen verwahren, daß diese Verträge als sozialdemokratische Made hingestellt werden. So urteilen politische Gegner, die von der Sache etwas verstehen, sie bestätigen, daß hier ein

Akt der Notwehr

ohne Verbindung mit irgend welcher Parteibestrebungen vorlag. Alle ansehbaren Bestimmungen in dem Verträge sind übrigens nach dem bürgerlichen Gesetzbuch ungültig, existieren also rechtlich gar nicht. Deshalb sagt Prof. Stier-Somlo mit Recht: Was will denn die Regierung, die Bestimmungen sind ja ungültig und brauchen deshalb nicht erst durch Gesetz aufgehoben zu werden.

In den Ausnahmegesetzungen gegen die Kassenbeamten ist auch vorgesehen, daß unangemessen hohe Befoldungslage gekürzt werden können. Ist denn aber nur ein einziger Fall einer ungeheuer hohen Befoldung nachgewiesen? Die Beamten behaupten im Gegenteil, sie werden ungenügend bezahlt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Geben Sie doch aber einmal an die Berufsgenossenschaften, da sind wiederholt Gehälter von 50 und soviel Tausenden von Mark nachgewiesen.

Weiter meinte Herr Trimborn, er hätte nichts dagegen

findung und Durchführung entschädigen. Lang und breit bekommt man die galanten Lumperellen eines Prinzen, den des Autors merkwürdiger Weisheit für einen ganz famosen Arz zu halten scheint, aufgetischt. Ein Theaterdämonen nimmt sich, der Ehre und des Geldes halber, seiner Erziehung in dem Maße an und beschäftigt sich außerdem zu ihrem eigenen Vergnügen mit der Verführung eines pedantisch unbesonnenen Philologiestudenten, den sie als Literaturlehrer engagiert. Sie will den guten Jüngling, nachdem er unter ihrer Leitung sich zu annähernd prinzipiellen Hummelleistungen entwickelt hat, heiraten und standesgemäß verführen. Diesem Zweck dient die Erfindung eines Prinzens, das sie angehängt erwartet. Der alte Herzog, dem sie die Komödie einer verlassenen Geliebten und künftigen Mutter vorspielt, ist gern zu jeder Abfindung bereit, und macht den Philologen, der gar nicht merkt, welche klägliche Figur er bei dem Handel spielt, zum Postbibliothekar.

Eine flotte Aufführung — Ida Wüst ließ in der Hauptrolle höchst ergötlich alle drolligen Durchtriebenheiten ihres unerschütterlichen Temperaments spielen — verhalf dem Stück trotz seiner Dede zum Applaus.

Notizen.

— Theaterchronik. Als einmalige Veranstaltung geht am Sonntagabend, nachmittags 8 Uhr, im Modernen Theater Ossip Dhymows neues Drama „Jrrwege“ in Szene. Es wird vom „Verein für Kunst“ aufgeführt.

— In der Züricher Ausstellung wurde die deutsche Abteilung für Industrie und zwar als erste am 1. Mai eröffnet.

— Die Sonnenfinsternis, die nur auf der südlichsten Halbkugel sichtbar werden konnte, wurde nach Meldungen aus Melbourne an verschiedenen Punkten Australiens beobachtet. Der Regierungsastronom Varrochi telegraphierte von Wabau, die Ergebnisse der australischen Expedition seien besser, als man erwartet hätte. Es sei gelungen, dreißig Wilder der Korona aufzunehmen.

— Radium und Diphtheriegift. Im Laboratorium Prof. Ramsdoffs in Paris sind interessante Beobachtungen über die Wirksamkeit von Radium auf die Diphtheriebazillen gebildet. Wurden diese Bazillen mit einer radiumhaltigen Flüssigkeit vermischt oder von Radiumplatten her bestrahlt und dann Tieren eingespritzt, so war ihre Giftwirkung stark herabgesetzt. Ebenso wurden gewisse Stoffwechselprodukte von Tuberkelbazillen zwar nicht völlig entgiftet, aber doch in ihrer Wirksamkeit geschwächt. Wenn es sich hierbei auch nur um Laboratoriumsversuche in geringem Maßstab handelt, so eröffnen sich doch aus ihnen wertvolle Gesichtspunkte für die Praxis.

Kleines feuilleton.

„Damen der Berliner Gesellschaft“. Man bezahlt 1 M. und bekommt sie zu sehen, nicht auf einem Fährstrecke im „Kaiserhof“, wo sie für ein Köchlein Tee mehr Geld hinlegen, als ein Peimarbeitler oder eine Köcherin an einem schweren Arbeitstag verdienen — nicht bei einer inhaltsreichen Premiere — nicht bei der Eröffnung irgendeines Vergnügungspalastes — nicht auf einem „Eliteball“ für lediglich wohlthätige Zwecke — nicht zu Hoch im Tiergarten und nicht bei Rennen im Grunewald oder Poppegarten. Man hört sie nicht maniert über Pitzelanz plauschen, sieht sie nicht gekünstelten Anitziges flirten — man bewundert nicht die vornehm-gleichgültige Eleganz, mit denen sie an den ersten Erdbeeren, Kiebigeln und Spargeln nippen, noch die feine Art, wie ihnen die parfümierten Zigaretten in den Puppenfingerchen wippen. Man riecht kein Odeur und vergöttert keine Fährstrecke — und Tausendmarkstücke — nein, man begegnet ihnen alleamt in vollster Glorie: der Frau Gräfin, der Frau Stadtrat, der Frau Kommerzienrat, der Frau General, der Frau Geheimrat, der Frau Vaudirektor, der Frau Doktor, den Schauspielerinnen und Sängerinnen, man begegnet ihnen für den Spottpreis von einer Mark im Kunstsalon von Koller u. Reiner.

Sie haben ihre Pariser Kostüme angezogen, halten den Mund geschlossen, sofern sie orientalische Lippen haben, laden jedoch freimütig, wenn die Zähne echt und nicht zu goldig glänzen, Löffeltieren mit kostbaren Ringen, Purpurgewändern und kostspieligen Güten, sind dekoriert und zu 90 Proz. auffallend häßlich. Aber das letztere ist Nebenache. Die größten Weister haben häßliche Frauen für alle Zeit bereitigt. Hier hat fast keine Malerhand etwas zu erreichen verstanden. Hier weilt man im Land der Vogel-scheuchen und empfindet Mitleid mit den Opfern. Das sind wir, die eine Mark geliebt haben, in zweiter Reihe — das sind die Maler, die Männer mit verlorenem oder verloren gehendem Talent an erster Stelle.

Diese Ausstellung ist ein normales Zeichen der Zeit. Gält man fünf Minuten darin aus, länger erträgt man es nicht, dann blüht man nach keiner Frau Vaudirektor, nach keiner Frau Eisenbahndirektionspräsident mehr, dann eilt man befreit auf die Straße und schaut mit zehnfach größerem Interesse das erste Grün der staubigen Bäume.

Um einen bestimmten Teil des Publikums heranzuziehen ist diese Ausstellung: „Damen der Berliner Gesellschaft“ benannt. Es ist keine Angelegenheit, sich darüber aufzuregen. Ich wiederhole, es ist ein normales Zeichen der Zeit, die sich der eigenen

Mißgeburten nicht schämt. Keine dieser Damen der Berliner Gesellschaft, eine einzelne Schauspielerin vielleicht ausgenommen, ist von der Hand des Malers aus Verlangen, aus innerem Drang, aus Leidenschaft, aus freiem Willen, geschaffen worden. Es ist alles bestellte Kunst, Modelleistung. Nur ein Künstler mit Talent, der z. B. die erste beste Strahpbinne in sein Atelier führt, weil in ihm die Gierde entzündet, diese Dirne ihres Gesichtsausdrucks wegen zu malen und der dabei, in glücklicher Schöpferstunde, an keinen Verkauf denkt, vollbringt etwas — der Maler, der in Person gekauft wird, tut nichts.

In einem halben Jahrhundert — den Fall gesetzt, daß dann von der Massenindustrie, die heute Gemälde, Romane, Dramen in unberechenbarer Anzahl auf den Markt wirft, etwas übrig bleibt! — wird es keinen Sterblichen interessieren, ob die Dame mit dem Schälerschen Kostüm eine Frau Geheimrat oder eine Frau Rittergebesiger der „Berliner Gesellschaft“ war. Dann wird man das Gemälde als Gemälde und den Maler nach seiner Hingabe und Begeisterung für das Werk beurteilen. Wir fragen auch jetzt nicht nach dem belanglosen Namen der gutstimmten Bürger und Philister, die sich von einem Rembrandt, einem Dürer, einem Holbein malen lassen; wir bewundern das Talent der vergangenen Jahrhunderte, nur das Talent, und ärgern uns höchstens über die vornehme Gelassenheit, mit der so eine „Frau von Ansehen“ oder so ein „Mann von Ansehen“ für den Maler jener Zeit posierten.

Die Ausstellung in der Potsdamer Straße lehrt mit zynischer Offenherzigkeit, nach welcher Richtung hin die Künstler gedrangt werden. So lange kein Name vorhanden, wird am Hungertuch gefressen. Hat man einen Namen, dann malt man Damen der Berliner Gesellschaft und saugt am Geldbeutel der Provinz. An eine Ausstellung von „Arbeiten der Berliner Jobritwelt“ würde kein Mensch mit gesundem Hirn denken. Seht hin, beschaat Euch die Porträtausstellung in der Potsdamer Straße, die Frau Kommerzienrat, die Frau Vaudirektor, die Frau Generalissimus, die Frau Wirkliche Geheimrat, Erzzeleung Somdso

Es hat seit langer Zeit keine solche lehrreiche, erhebende, von unfreier Kunst Zeugnis ablegende Ausstellung gegeben, meint Heinz Sperber.

Theater.

Trianon-Theater (Gastspiel des Neuen Schauspielhaus-Ensemble): Das Frinchen, Schwank von Robert Misch. Wieder eine jener mit wenig Witz und viel Behagen verfluchten Nachahmungen der schon in den Originaltypen bei allem aufgeschämten Uebermut meist so frostig gefühlten Pariser Schwankmanier. Klumpke Privatwelt, der nicht nur jede Kraft, auch jede Absicht zur Satire fehlt, soll für das Manis lustspielmäßiger Er-

einzuwenden, daß die Beamten der neuen Dienstverhältnisse unterstellt werden. Es kommt aber dabei die Kündigungsfrist in Betracht, auch regelt die Dienstordnung die Alterszulagen und die Pensionsbezüge. Wenn also Pensionen und Hinterbliebenenversorgung vertraglich ausgemacht ist, so kann man solche Rechte den Angestellten und ihren Witwen und Waisen doch nicht mit einem Federstrich entziehen. Deshalb ist auch das Unterstellen der Beamten unter die Dienstordnung eine sehr wichtige Frage. Um diese ungeheuerlichen Vorschläge zu recht fertigen, wird von „Nichtständen“ in den Krankenkassen gesprochen. Aber trotz trampfähtigen Suchens hat man kein Material bekommen können, um diese „Nichtstände“ zu beweisen. Die einschlägige Broschüre des Reichsverbandes, den man ja im Parlament nicht mit seinem wahren Namen nennen darf (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten), steht so unter aller Kritik, daß kein Mitglied der Kommission sich mit ihr zu identifizieren gewagt. (Lebhaftes Geklör bei den Sozialdemokraten.) Nur ein paar Stichproben von diesem „Material“ des Reichsverbandes: da soll Nepotismus geübt sein, weil eine Tochter Fräulein Fräulein in einer Krankenkasse angestellt ist. Fräulein Fräulein bezieht auch nicht einen Pfennig mehr Gehalt als irgendeine andere Angestellte. In der gemeinsamen und feinsten Weise hat der Reichsverband den Vorsitzenden der Mannheimer Ortskrankenkasse, einen angesehenen Kaufmann und bürgerlichen Demokraten, angegriffen. Der Mann ist in Mannheim allseitig als unantastbarer Ehrenmann bekannt, wie Herr Wassermann bestätigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Vorsitzende einer sächsischen Ortskrankenkasse wurde beschuldigt, einen Kassenbeamten durch Schikanen in den Tod getrieben zu haben. Die Untersuchung ergab, daß, wenn den Vorsitzenden ein Vorwurf trifft, es der ist, daß er zu milde vorgegangen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Pauli-Potsdam, der auch allerlei Schauer Geschichten von „Nichtständen“ zu erzählen wußte, vertiefte sich auf einen Gewährsmann, der nachher erklärte, daß Herr Pauli ihn völlig mißverstanden habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso hat sich die Geschichte vom Blat im Bureau einer Ortskrankenkasse, das zum Austritt aus der Landesliste aufforderte, als völlig erlogen erwiesen. (Zuruf des Abgeordneten Becker.) Gewiß steht diese Geschichte im Bericht der Kommission; aber dieser Bericht ist in einer geradezu unerschrockenen Weise zustande gekommen. (Wiederholte Zurufe bei den bürgerlichen Parteien; lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Vizepräsident Dr. Spahn bittet, alle Zwischenrufe zu unterlassen.) Wir unsererseits lehnen jede Verantwortung für den so zustande gekommenen Bericht ab. — Herr Becker wurde im vorigen Jahre in eine Kommission gewählt, die gegen die Entrechtung der Krankenkassen wirken sollte, und er nahm diese Wahl an. In der Reichstagskommission aber machte er die ganze Entrechtung der Krankenkassen mit. (Stürmisches Geklör bei den Sozialdemokraten.) Ich nehme an, daß der Abgeordnete Giesberts eine andere Stellung einnimmt. (Widerspruch im Zentrum.) Nein? Das ist ja sehr interessant zu hören. Vor einigen Jahren nahm noch Herr Giesberts gegen jede Entrechtung der Krankenkassen Stellung und sprach sich mit Entschiedenheit gegen die Rückwärtsentwicklung der Versicherungsgegebung aus. Das entsprach ja auch der Haltung, wie sie das Zentrum z. B. gegenüber der Umstrukturierung der Arbeiterkassen sah; damals noch nicht im Reichstagszentrum, aber die Interessen der katholischen Arbeiter wurden entschieden besser wahrgenommen als jetzt. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind durchaus dabei, Mißstände abzustellen. Es handelt sich aber hier nicht um die Abstellung von Mißbräuchen, sondern es handelt sich, wie Professor Franke mit Recht hervorgehoben hat, um

ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon seit 1900 sammelt man Material für dieses Gesetz; schon Herr Sülow hat ein solches Ausnahmengesetz in Aussicht gestellt, und da will man behaupten, der Vertrag von 1906 zwischen den Kassen und ihren Angestellten sei die Veranlassung dieses Vorgehens! Man sei doch offen. Man will ganz im Sinne des Herrn v. Stumm, der freilich ehrlieh genug war, diese seine Ansicht auch einzugehen, dem Zustand ein Ende machen, daß Arbeiter sich in autoritären Stellungen befinden. Darum schützt man Fehler vor, wie sie überall vorkommen, nicht um wenigen bei Berufsgenossenschaften und bei Ministern (Weiterkeit), um den Kassen ihren Stab von Beamten zu nehmen, den sie sich unter Wägen und Opfern ausgezogen haben. Mitten im Sozialistengesetz hat der Reichstag nicht gewagt, den Arbeitern das Recht auf Verwaltung ihrer Kassen abzusprechen, und Herr von Bütticher, der damalige Staatssekretär, erklärte, daß man die Versicherung auf die wertvollen Vorarbeiten aufbauen müsse, die die freien Hilfskassen geleistet haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nehi aber will man an die proletarische Selbstverwaltung der Kassen heran: man will den Arbeitermassen die Beamten nehmen, zu denen sie Vertrauen haben, man will ihnen gerade die Versicherungsform bereisteln, die ihnen auch Herz gewachsen ist. Der Arbeiter spricht von „seiner“ Krankenkasse; er wird niemals von seiner Unfall- oder Invalidenversicherung sprechen. Es ist geradezu lächerlich, wenn die Regierung die Leistungen der Berufsgenossenschaften gegenüber denen der Krankenkassen feiert. Damit wird sie nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß der springende Punkt der ist, daß die Konserwativen die Leistungen der Ortskrankenkassen herabdrücken wollen, damit diese nicht in gar zu grellem Mißverhältnis zu den jämmerlichen Leistungen der Landkrankenkassen stehen. Weil sich zu dieser Herabdrückung der Leistungen nicht Beamte hergeben, die Ehre im Leibe haben und die das Vertrauen der Arbeiter besitzen, darum will man den Kassen Militäranwärter aufzwingen, die im Tone des Kaiserenthusiasmus zu Arbeiter reden und mit völliger Unverständlichkeit an soziale Fragen herantreten. Und die Regierung zeigt sich diesen Wünschen gegenüber so willfährig, daß sie nicht einmal auf die Ausführung der Arbeitgebervertreter in den Krankenkassen achtet, die so gar nichts von ihrer angeblichen Entrechtung durch die „sozialdemokratischen Verwaltungen“ wissen. Die Regierung sagt diesen Leuten: Ihr wißt ja selbst nicht, wie entrechtet Ihr seid! (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Die Arbeiter werden es sich merken, wie leicht die sogenannten sozialerworbene Rechte hinwegschreit, wenn es sich um Erfüllung sozialerworbener Wünsche handelt. Wir aber werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um dieses Attentat auf die Arbeiterklasse zu vereiteln. (Stürmischer anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück: Der Abgeordnete Hoch stellt mich als Volkstredner der Wünsche der Industriellen hin. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den Kreisen der Industriellen selbst denkt man anders darüber. Da beschuldigt man mich im Gegenteil, den Wünschen und Interessen der Industriellen kein genügendes Verständnis entgegenzubringen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Der Abgeordnete Hoch stellt es so hin, als ob die Regierung beschlossene, alle Kassenbeamten, die irgendwie mit der Sozialdemokratie in Verbindung stehen, auf die Strafe zu werfen. Wo steht das geschrieben, daß die Regierung eine solche Absicht hat? (Stürmisches Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Zuerst: Seit wann schreibt man so etwas offen in Gesetzestexten? Die sozialerworbene Rechte sollen in keiner Weise angefaßt werden, die Verträge, die zu keinen erheblichen Bedenken Anlaß geben, sollen gesahrt werden. Aber es handelt sich bei diesen Verträgen doch nicht um Verträge rein privatrechtlichen Charakters zwischen Privatpersonen, sondern um öffentlich-rechtliche durch Reichsgesetze geregelte Angelegenheiten. Darum muß der Aufsichtsbehörde das Recht gegeben werden, die Verträge zu beaufsichtigen, unantastbare Verträge zu verhindern oder, falls solche abgeschlossen sind, rückgängig zu machen. Dieses Recht festzulegen, ist der Zweck des vorliegenden Gesetzes. Es kann doch nicht

bestritten werden, daß Verträge abgeschlossen sind, die den guten Sitten zuwiderlaufen. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben im Zusammenhang unverständlich.

Abg. Horn-Reuß (natl.): Der Abg. Hoch hat eine Anzahl Fragen angestellt, die mit dem vorliegenden Gesetze nur in sehr losem Zusammenhang stehen und auf die ich jetzt nicht näher eingehen will, weil zu ihrer Behandlung im Laufe der nächsten Wochen sehr reichliche Gelegenheit sein wird. Der Staatssekretär hat schon erklärt, daß niemand daran denkt, die sozialdemokratischen Kassenbeamten aus Pflaster zu werfen. Wir werden das Gesetz in der Kommission vorurteilsfrei und mit großem Wohlwollen gegenüber den Kassenbeamten prüfen.

Abg. Behrens (wirtsch. Bg.): Ueber Einzelheiten wird sich in der Kommission reden lassen. Wohlverworbene Rechte sollen nicht verlegt werden, aber Nichtstände, die sich herausgestellt haben, müssen beseitigt werden. Die Sozialdemokraten verwechseln immer sozialdemokratische Interessen mit Arbeiterinteressen. Sozialdemokratische Interessen mögen gefährdet sein; Arbeiterinteressen aber sind nicht durch das Einführungsgesetz und durch die Reichsversicherungsordnung gefährdet. (Bravo! rechts.)

Abg. Dove (Fortf. Bg.): Die erste Lesung ist in der Tat nicht der geeignete Ort, schon zu sehr auf alle Einzelheiten einzugehen. Es handelt sich zunächst einmal um Festlegung der Grundlinien. Getwiß muß für eine neutrale und objektive Verwaltung der Krankenkassen gesorgt werden. Es ist aber uns mehr als fraglich, ob es zu diesem Zweck notwendig ist, die Verwaltungsbehörden mit so weitgehenden Befugnissen auszustatten. Es wird die Aufgabe der Kommission sein, in ernste Erwägungen darüber einzutreten, wie die wohlverworbene Rechte der Kassenbeamten durch wirksamere Garantien zu schützen sind. Das Gesetz ist sehr verbesserungsbedürftig, wenn ich auch nicht so weit gehen möchte, es als Ausnahmengesetz zu bezeichnen. (Bravo! bei den Fortschrittlichen.)

Abg. Dr. Schulz (Rp.): Ich muß mich gegen die Angriffe des Abg. Hoch auf die Feststellung des Kommissionsberichts wenden. Ich habe als Vorsitzender der Kommission selbstredend die Förderung der Geschäfte als meine Hauptaufgabe betrachtet und in diesem Sinne auch die Feststellung des Berichts behandelt. Die Parteigenossen des Abgeordneten Hoch in der Kommission haben in keiner Weise gegen diese Feststellung des Berichts Protest erhoben. (Hört! hört! rechts.) — Zur Sache selbst habe ich zu bemerken: es handelt sich in keiner Weise um ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter, wohl aber darum, die Arbeiter gegen zu hohe Bezüge der Kassenbeamten zu schützen. Wir werden die einschlägigen Bestimmungen in der Kommission wohlwollend prüfen und nach Möglichkeit darauf Bedacht nehmen, daß wohlverworbene Rechte nicht verletzt werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Zum Studium der sehr eingehenden Berichte war eine genügende Zeit nicht vorhanden. Daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission sich gegen die Feststellung nicht gewehrt haben, liegt daran, daß wir einer kompakten Mehrheit gegenüberstanden, so daß es nicht genügt hätte. — Die Nachprüfung der Verträge wird allerdings nicht dazu führen, alle sozialdemokratischen Beamten aus den Krankenkassen zu bringen. Aber die Bestimmung, zu prüfen, ob ein Beamter die Befähigung für sein hohes Gehalt hat, ist eine Ausnahmebestimmung, weil nur gegen Sozialdemokraten davon Gebrauch gemacht werden wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) und das ist

### politischer Mißbrauch und Willkür.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hat sich dagegen gewendet, daß die Regierung eine zu enge Verbindung mit dem Zentralverband deutscher Industrieller habe. Nun in jeder Sitzung des Ausschusses dieses Verbandes ist die Regierung nicht nur durch einen, sondern durch mehrere Vertreter vertreten, und jetzt ist im Ausschuß des Zentralverbandes erklärt worden, der Referent im Reichsamt des Innern habe sich zusammen mit dem Zentralverbande sehr eingehend mit der Materie beschäftigt. Die enge Beziehung ist also gar nicht zu bestreiten, und wenn der Zentralverband jetzt erklärt, mit dem Gesetz sei er nicht einverstanden, so ist das nichts als

### politischer Theaterdonner.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Krankenkassenkongress, der am Sonntag in Berlin tagte und von 1886 Delegierten besetzt war, die 8 Millionen 879 000 Mitglieder vertreten, war die Regierung nicht vertreten. Sie hätte auf die Einladung antworten können: „Wir sind beim Zentralverband deutscher Industrieller engagiert und da hat es keinen Zweck, zu Euch zu kommen.“ Weshalb denn die Ausrede, kein Vertreter hätte Zeit. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sagen Sie doch offen und ehrlich, wir brauchen Eure Informationen nicht, wir kennen Eure Wünsche, wir können ihnen aber nicht nachkommen, weil es der Zentralverband deutscher Industrieller nicht erlaubt, und die Verbindung mit ihm und wertvoller ist als die mit den Krankenkassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Trimbom hat in seiner Rede einige Bedenken geäußert. Das waren die bekannten Bedenkenarten des Zentrums in der ersten Lesung. Er sagt, wir werden prüfen. Jawohl, soweit nämlich, wie es Graf Westarp erlaubt. Das Zentrum ist ja jetzt für die Konserwativen ein dankbares Objekt der Prüfung der politischen Folgsamkeit. Die Interessen der Arbeiterschaft hat das Zentrum überall ausgegeben. Offen und ehrlich haben auf dem letzten Kongress der christlichen Gewerkschaften auch diese sich gegen die Entrechtung der Krankenkassen ausgesprochen, aber irgend ein Einfluß der christlichen Arbeiter ist beim Zentrum jetzt nicht zu spüren. Wenn Herr Behrens behauptet, auch die christlichen Arbeiter haben sich über den Einfluß der Sozialdemokraten bei den Krankenkassen beschwert, so sage ich, wo, weilen Sie mir das nach. Giesberts hat das ausdrücklich zurückgewiesen. Wir haben den christlichen Arbeitern die Verhältniswahl konzediert, um auch ihnen eine Vertretung zu gewähren. In Frankfurt a. M. waren wir die ersten, die das taten, aber die Aufsichtsbehörde gestattete das nicht, angeblich weil es dem Gesetz widerspreche. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In ihrer Wirkung richteten sich die Maßnahmen, die wir bekämpfen, gegen die gesamte Arbeiterschaft. Wer demokratisch fühlt, muß der Arbeiterschaft das Recht geben, zu bestimmen, wen sie in verantwortliche Stellungen nehmen will, ohne daß die Aufsichtsbehörde ein Recht der Befähigung und Nachprüfung hat. Ein solches Recht bringt immer die Gefahr der Willkür und des politischen Mißbrauchs mit sich. Dagegen wenden wir uns und dagegen möchte sich jeder wenden, dem die Fortentwicklung der Arbeiterschaft am Herzen liegt. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt Abg. Hoch (Soz.), er habe nicht gesagt, bei der Vernehmung im Reichsamt des Innern seien die Arbeitnehmervertreter nach einem falschen System ausgewählt, sondern ihre Aussagen seien nicht beachtet event. vom Staatssekretär mit der Bemerkung abgetan worden, daß sie gar nicht merken, wie sie von den Arbeitnehmern terrorisiert werden.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. Aufhebung des Hilfskassengesetzes.

Staatssekretär Delbrück erklärt, daß sich Mißstände bei den Hilfskassen herausgestellt hätten, da das Recht der Aufsichtsbehörde zur Kontrolle sich nur darauf erstreckte, ob die Hilfskassen die gesetzlichen Vorschriften beachten, dagegen könne bei Gründung neuer Hilfskassen nicht kontrolliert werden, ob die Gründung auf schwindelhafter Grundlage beruhe. Deswegen sollen sie dem Reichsamt für Privatversicherung unterstellt werden.

Abg. Trimbom (B.) stellt sich auf den Boden des Entwurfs, wünscht aber seine Verweisung an eine Kommission. Hierauf wird ein Verfassungsantrag angenommen. Vizepräsident Schulz schlägt als Tagesordnung vor: Entscheidung über die Beschwerde des Abg. Becker gegen den

ihm am 4. April erteilten Ordnungsruf, Fortsetzung der heutigen Beratung und Petitionen.

Abg. Severing (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Meine Ausführungen über die „Kasseneinrichtung“ wegen der Heizerzulagen am 4. April richteten sich nicht gegen das Reichsministerium. Gegen den Staatssekretär des Reichsministeriums konnte ich den Vorwurf der verlogenen Darstellung schon um deswillen nicht richten wollen, da mir bekannt war, daß der Staatssekretär durch die Verhandlungen in der Budgetkommission und im Reichstage über den tatsächlichen Ursprung der Abstriche der Heizerzulagen unterrichtet sein mußte.

Vizepräsident Schulz: Wäre am 4. April eine so einwandfreie Erklärung abgegeben worden, so hätte ein Anlaß zu einem Ordnungsruf nicht vorgelegen.

Abg. Severing (Soz.): Nach dieser Erklärung des Präsidenten gehe ich meine Beschwerde gegen den Ordnungsruf zurück.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.  
Schluß 6 Uhr.

## Gerichts-Zeitung.

### Landdirektor Raempf als Schmiergeldspender

stand im Mittelpunkt eines Prozesses, der gestern vor dem Landgericht I Berlin verhandelt wurde. Ein „Schriftsteller“ Georg Geigel war angeklagt, mit einem Erpressungsversuch die Direktion der Bank für Handel und Industrie und den Reichstagsabgeordneten Raempf bedrängt zu haben, wozu Herrn Raempfs frühere Tätigkeit als Direktor dieser Bank ihm eine Handhabe geboten hätte. Dieser Geigel war vor einer Reihe von Jahren in den Besitz eines einst von Raempf selber geschriebenen Zettels gelangt, auf dem für die beabsichtigte Emission eines portugiesischen Papiers eine Unkostenkalkulation notiert war. Die eigenhändigen Aufzeichnungen des Herrn Landdirektors boten ein besonderes Interesse insofern, als er zu den Unkosten auch Schmiergelder für die Vordrucke gerechnet hatte. Auf dem Zettel standen Redaktionen verschiedener Blätter, z. B. der „Vossischen Zeitung“ und der „Berliner Börsen-Zeitung“, mit Gratifikationen von 7500 M. abwärts. Geigel meinte, es handle sich um die im Jahre 1888 durch Herrn Raempfs Bemühungen untergebrachte portugiesische Staatsanleihe, an der die deutschen Käufer soviel Geld verloren haben. Und weil er annahm, einem Landdirektor werde besonders im Hinblick auf jene Anleiheaffäre die Aufdeckung der von ihm getriebenen Schmiergelderei peinlich sein, so hoffte er, daß Herr Raempf den Zettel durch Kauf werde aus der Welt schaffen wollen. Herr Raempf ließ im Jahre 1904 sich zunächst auf Unterhandlungen ein, lehnte dann aber jede Zahlung ab. Ein Versuch Geigels, im Jahre 1905 durch Vermittelung des Geh. Justizrats Lessing als des Besitzers der „Vossischen Zeitung“ die aus dem Zettel geschöpfte Kenntnis in bar Geld umzusetzen, führte zu einer Beurteilung wegen Erpressungsversuchs. Im Jahre 1907 begann Geigel mit neuen Ansetzungen des Herrn Raempf, aber noch immer unternahm dieser nichts hiergegen. Erst als Geigel im Jahre 1910 den Raempfschen Zettel in photographischen Nachbildungen an verschiedene Herrn Raempf nahelebende Personen verjante und Gesuche um Kreditgewährung hinzufügte, rief Raempf die Staatsanwaltschaft an, die dann Anklage gegen Geigel erhob.

In der Verhandlung vor der Strafkammer 10 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Krüger verweigerte der Angeklagte genauere Auskunft darüber, wie er zu dem Zettel gekommen war. Er bestritt, daß ein entlassener Beamter der Bank seine Hände im Spiel gehabt habe. Der Zettel sei ihm von politisch interessierter Seite übergeben worden mit dem Auftrag, darüber eine Broschüre zu schreiben. In allererster Linie habe er im Jahre 1908 dem Stadtrat Münsterberg davon Mitteilung gemacht, und der habe ihm gesagt, er solle, bevor er etwas unternehme, sich an Raempf persönlich wenden. Das habe er getan, worauf dann zunächst Stadtrat Kalisch mit ihm (Geigel) verhandelt habe. Es sei eine Zusammenkunft zwischen Raempf und Geigel im Raempfs Wohnung zustande gekommen, bei der Raempf gebeten habe, seine Familie zu schonen. Die weiteren Verhandlungen wurden mit Justizrat Wreschner, dem Rechtsbeistand Raempfs, geführt. Geigel behauptet, Wreschner habe ihm allerlei Versprechungen gemacht und ihm eine Stelle im Ausland angeboten, weil er ihn abschieben wollte. Schließlich aber habe er ihn mit 10 M. abgesperrt, die er, Geigel, wieder zurückgeschickt habe. Den Angeklagten versichert, keine Erpressungen beabsichtigt zu haben, als er später sich von neuem an Raempf wandte. Vor der Reichstagswahl von 1907 schrieb er ihm: „Es dürfte besser sein, wenn Sie nicht kandidieren würden.“ Auch in den Briefen, die er 1910 und 1911 an verschiedene Herrn Raempf nahelebende Personen verschickte, wies er auf die politische Bedeutung der Affäre hin. In einem Brief an Stadtrat Panofsky kündigte er an, daß er schließlich den Zettel dem Reichstagsabgeordneten übergeben werde. Dem Abgeordneten Raemann schrieb er, daß er mit der Redaktion des „Vorwärts“ wegen Ankauf des Zettels verhandelt habe. Selbstverständlich ist diese Behauptung unanwahr. Herrn Raempf selbst teilte er mit, daß er, falls es ihm nicht gelinge, „rein kaufmännisch“ Geld aus dem Skriptum zu schlagen, „nach rechts abstimmen“ wolle. Unter seinen Gesuchen um Kreditgewährung war das weitestgehende ein Gesuch an die Bank für Handel und Industrie, von der er, unter Verfüzung einer photographischen Nachbildung des Raempfschen Zettels, auf das in seinem Besitz befindliche Original einen „Kredit bis zur Höhe von 1 Million Mark“ forderte.

Sogleich nach Vernehmung des Angeklagten erklärt Staatsanwalt Weismann, er habe „gar kein Bedürfnis nach weiterer Beweisaufnahme“. Aber der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, forderte, daß in die Beweisaufnahme eingetreten werde. Eine Frau Bartoschowska, bei der Geigel gewohnt hat, bekundet, daß sie in Geigels Soche im Jahre 1908 eine Unterredung mit Justizrat Wreschner gehabt und dieser ihr gesagt habe, sie solle sich bei ihm melden, ehe sie etwas unternehme. Justizrat Wreschner versichert in seiner Zeugenaussage, daß er dem Geigel, den er im Jahre 1904 zum Zweck von Unterhandlungen zu sich bestellt hatte, keinerlei Versprechungen oder Anerbietungen gemacht habe. Für die Ausfindung des Zettels sei schon deshalb keine Gegenleistung in Aussicht gestellt worden, weil das den Anschein erweckt hätte, daß Raempf sich eine unantastbare Handlung habe zu schulden kommen lassen. Raempf selber habe 1904 erklärt, daß er die Verhandlungen nicht fortsetzen und den Ankauf des Manuskripts ablehnen solle. Der Angeklagte, der nur Anlaufverhandlungen, aber keinen Erpressungsversuch beabsichtigt haben will, bemerkt hierzu: „Hätte Herr Justizrat Wreschner nur das damals sofort mitgeteilt, so stände ich heute nicht hier als Angeklagter.“

Wieder will sich der Staatsanwalt schon Schluß machen, indem er antrag, auf Vernehmung des Herrn Raempf zu verzichten. Der Verteidiger erhebt Widerspruch, und es wird dann der Reichstagsabgeordnete Raempf vernommen. Zeuge bekundet, er habe Geigel zu Wreschner verwiesen, ihn aber keineswegs gebeten, „seine Familie zu schonen“. Jener Zettel sei sehr wahrheitsähnlich von ihm geschrieben, er begreife sich aber nicht auf die portugiesische Staatsanleihe, sondern auf die schon 1886 emittierte Lissaboner Staatsanleihe, die als Kapitalanlage durchaus die Erwartungen gerechtfertigt habe. Bezüglich der auf dem Zettel vermerkten Gratifikationen an die Presse erklärt Herr Raempf: Vor 25 Jahren war die Sachlage eine andere als heute. Damals wurde der Presse für Dienste bei Emissionen Honorar bezahlt. — Vorsitzender: Zur Anpreisung! Damit ist aber nicht gesagt, daß sie unanwahr gewesen sein müssen? — Zeuge Raempf: Ich verwalte mich und meine Bank dagegen, jemals dafür gefordert zu haben, daß unwahre Berichte in die Presse kamen. — Auf die Frage des Vorsitzenden, wie denn der Zettel habe abhandeln können können, antwortet Herr Raempf, es sei damals kein Wert auf die Sache gelegt worden, weil man nichts Ungewöhnliches darin gefunden habe. Inzwischen sei durch die Verjährung bestimmt worden, daß solche Honorare nicht in einem Mißverhältnis zu den geleisteten Diensten stehen dürfen. — Der Staatsanwalt wünscht zu wissen, ob er nicht öfter kommen, daß Banken literarische Arbeiten be-

zahlen. Zeuge Raempf bejaht das. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Hier handelt es sich doch um Arbeiten, für die die Nebenkosten von ihrer Zeitung bezahlt wurden! Als der Verteidiger hinzufügt: „Wir haben es hier doch wohl mit Bestechungsgeldern zu tun!“ erfolgt zunächst von keiner Seite eine Antwort. Erst nach Schluß der Beweisnahme, während schon der Staatsanwalt sein Plädoyer beginnen will, meldet sich Herr Raempf und erwidert noch einmal das Wort. Ihm sei sodann mitgeteilt worden, daß der Verteidiger von „Bestechungsgeldern“ gesprochen habe. Gegen dieses Wort, das er überhört habe, verwahrt er sich. Verteidiger: Bestechungsgelder nach meiner Auffassung, wenn auch nicht nach damaligem Brauch. Zeuge: Der Ausdruck ist unbedeutend. Verteidiger: Ist Ihnen bekannt, daß in den Verhandlungen über die Börsengesetzgebung gleichfalls die Auffassung zum Ausdruck kam, solche Gelder seien Bestechungsgelder? Zeuge: Das kann sich nur auf Gelder bezogen haben, die unrechtmäßig gegeben wurden.

Staatsanwalt Dr. Weismann beantragt gegen den Angeklagten 3 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Er betonte die große Hartnäckigkeit, womit der Geißel immer wieder gegen Raempf vorgegangen sei. Vor der Öffentlichkeit wolle er, der Staatsanwalt, ausdrücklich feststellen, daß Raempf sich und seine Dank dagegen verweigert habe, unwahre Berichte in die Zeitungen gebracht zu haben. Die Bezeichnung „Bestechungsgelder“ sei durch- aus unbedeutend, sie seien unerlaubte Handlungen voraus. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld hebt hervor, daß dieser Prozeß denn doch einen lehrreichen Einblick in gewisse Zustände des Vorwärtens gewährt habe. Mindestens von Schmiergeldern dürfe man hier reden. Schon immer habe es Leute gegeben, die es für unfair hielten, solche Gelder für Anpreisungen zu nehmen. Diese Auffassung sei glücklicherweise durch die Börsengesetzgebung abgelehrt worden, so daß sie nun Allgemeinort werden dürfte. Ein eigenartliches Licht falle doch auch auf diejenigen, die solche Schmiergelder gezahlt haben. Für den Angeklagten beantragt der Verteidiger die Freisprechung, oder eventuell mildere Strafe, da Geißel nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit hatte, sondern regelrechte Verkaufsverhandlungen zu führen meinte. In einer Erwiderung nimmt der Staatsanwalt erneut Herrn Raempf und seine Dank in Schutz. Was sie getan, sei damals üblich gewesen, und was üblich ist, dem habe ein Bankdirektor sich zu fügen. Demgegenüber stellt der Verteidiger nochmals fest, daß vielen solche Schmiergelder schon damals als ein Krebsgeschwür des Börsenwesens gegolten haben.

Das Gericht fällt das Urteil, Geißel sei schuldig des Erpressungsversuchs und sei zu bestrafen mit 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Die Begründung des Urteils begann mit dem Satz: „Mag das Verfahren bei Ausgabe der Emision fair gewesen sein oder nicht, sicher ist, daß Geißel annahm, durch Veröffentlichung des Zettels könne er Herrn Raempf in politischer oder gesellschaftlicher Hinsicht kompromittieren.“ Herr Raempf selber ist, wenn wir seine Befindungen vor Gericht recht verstehen, nicht der Meinung, daß er durch den Zettel kompromittiert werden könne.

**Ein Sittenbild vom Lande**

solte gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung kommen. Aus der Untersuchungshaft wurde der Lehrer Georg Krenn vorgeführt, um sich wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens in etwa 20 Fällen und seiner wegen versuchten Verbrechen gegen das leibende Leben zu verantworten. — Der Angeklagte, welcher in Gabborf bei Trebbin als Lehrer angestellt war, ist verheiratet und Vater von fünf unmündigen Kindern. Er wird beschuldigt, sich an 20 seiner Schülerinnen in unsittlicher Weise

bergangen zu haben. Als bei der 10-jährigen Schülerin L. diese Beziehungen nicht ohne Folgen blieben, soll er sich an dem Mädchen im Sinne des § 218 vergangen haben. Diese Manipulation hatte jedoch eine Erkrankung des Mädchens zur Folge, welches nach dem Krankenhaus geschafft wurde. Hier erzählte die L., was mit ihr geschehen war. Krenn wurde daraufhin sofort verhaftet. Zu der geistigen Verhandlung war vom Rechtsanwalt Wahn auf das Zeugnis mehrerer Personen Bezug genommen worden, welche betonen sollen, daß L. offenbar geisteskrank ist. Medizinalrat Dr. Hoffmann stellte daraufhin den Antrag auf § 81 St.-P.-O., den Angeklagten auf die Dauer von sechs Wochen einer öffentlichen Irrenanstalt zur Beobachtung zu überweisen. Die Verhandlung fiel deshalb einer Vertagung anheim.

**Ein Stadtbahnräuber**

wurde gestern von der 4. Strafkammer des Landgerichts II auf längere Zeit unschuldig gemacht. Aus der Untersuchungshaft wurde der Schuhmacher Felix Pätzsch vorgeführt, um sich wegen Diebstahls im strafverjährten Rückfalle zu verantworten. Der Angeklagte ist der Berliner Kriminalpolizei seit Jahren als gewerkschaftlicher Eisenbahnräuber bekannt. Er ist schon wiederholt in den Stadtbahnzügen dabei abgefaßt worden, wie er eingeschlafene Fahrgäste ausplünderte. Kurz nach seiner Entlassung aus der Straf-anstalt nahm P. sein altes Gewerbe als Fleißerer wieder auf. Er war jedoch anscheinend etwas aus der Übung gekommen, denn schon bei dem ersten Coup wurde er von der Kriminalpolizei abgefaßt. In der Nacht zum 2. März plünderte er zwischen den Stationen Grunewald und Nikolassee den Hausdiener Gerde aus, der im Coupe eingeschlafen war. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf das ganz gewerkschaftliche Vorgehen des Angeklagten auf 2 Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

**Unberechtigter polizeiliche Verfügung gegen ein Plakat.**

Die Polizeiverwaltung in Memel hatte an den Fleischermeister Klein in Memel eine Verfügung ergehen lassen, durch die er aufgefordert wurde, aus seinem Laden ein Plakat zu entfernen, auf dem er ankündigte, daß seine Fleischwurst mit etwa 8 Proz. Mehl und dem dazu gehörigen Wasser versehen sei. Der Regierungspräsident und der Oberpräsident verwarfen die Verfügungen des Fleischermeisters. Sie gingen davon aus, daß ein solches Nahrungsmittel als verfälscht anzusehen sei und nicht feilgeboten und nicht angekauft werden dürfe. Sie stützten sich dabei auf Gutachten des Nahrungsmittel-Untersuchungsamts in Insterburg und Königsberg.

Das Oberverwaltungsgericht erkannte aber auf die Klage Kleins dahin, daß die polizeiliche Verfügung aufzuheben sei. Begründend wurde ausgeführt: Es handele sich hier um ein gedrucktes Plakat, das als ein Erzeugnis der Buchdruckerpresse anzusehen sei. Es frage sich nun zunächst, ob es etwa ein Plakat sei, gegen das auf Grund des preussischen Preßgesetzes (§§ 9 und 10) eingeschritten werden könne. Das sei nicht der Fall, denn es handele sich um ein eins der nach § 9 des preussischen Preßgesetzes zulässigen Plakate, nämlich um eine Nachricht für den geschäftlichen Verkehr. Somit sei die Frage, ob die Befestigung des Plakates verlangt werden könne, nur nach dem Reichs-Preßgesetz zu beantworten. Danach könne aber die Polizei keine Präventivmaßnahmen gegen Preßerzeugnisse vornehmen. Die Polizei könnte da höchstens die Befehlsgewalt bei der dafür zuständigen Behörde beantragen. Somit müsse die polizeiliche Verfügung außer Kraft gesetzt werden.

**Hat ein Schulleiter ein Schimpfsrecht?**

Herr Herbed, Lehrer an der Schule für Handwerk und Industrie in Düsseldorf, war vor Antritt der Stelle in Düsseldorf Lehrer

an der städtischen Handwerker-Schule in Dortmund. Den Direktor dieser Dortmund-Schule hatte er wegen Beleidigung verklagt. Direktor Negling wurde zum Vorwurf gemacht, er habe in einem Gespräch mit einem Kollegen des Klägers diesen einen „verloffenen Menschen“ genannt. Nachdem das Amtsgericht den Direktor zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt hatte, legte Negling Berufung ein. Nunmehr erhob die Regierung in Arnberg den Konflikt zugunsten des Direktors und verlangte die Einstellung des Verfahrens, weil der Direktor in Ausübung seiner Amtsbefugnisse gehandelt habe, als er jene Unterredung mit dem Kollegen des Klägers hatte, und weil er die Amtsbefugnisse nicht überschritten habe.

Das preussische Oberverwaltungsgericht in Berlin verwarf aber dieser Tage den Konflikt der Regierung als unbegründet, so daß das Verfahren in der Beleidigungssache seinen Fortgang zu nehmen hat. Der entscheidende erste Senat führte aus: Selbstverständlich könne der Direktor in seiner amtlichen Eigenschaft von einem ihm unterstellten Lehrer eventuell sagen, daß er dem Trunke ergeben sei, wenn er begründeten Anlaß dazu habe. Hier habe aber kein Anlaß vorgelegen, den Kläger als „verloffenen Menschen“, das heißt als vollständig dem Trunke ergeben hinzustellen. Als Tatsachen seien nur angeführt, daß Herbed bei der Kaisergeburtstagsfeier mehr getrunken habe, als ihm zuträglich war, und daß er bei einer Konferenz nach Alkohol gerochen haben solle. Das reiche nicht aus, den Untergebenen als „verloffen“ hinzustellen. Der Konflikt sei darum unbegründet.

**Witterungsüberblick vom 2. Mai 1911.**

Station	Barometerrückgang	Windrichtung	Windstärke	Temp. d. Luft	Station	Barometerrückgang	Windrichtung	Windstärke	Temp. d. Luft
Bromberg	764	SSW	3 halbb.	8	Darmstadt	766	ND	2 mollen	3
Danzig	765	SSW	1 mollen	8	Petersburg	765	WSW	1 Rebel	5
Berlin	766	SSW	2 mollen	7	Schw.	765	S	7 bedekt	10
Frankfurt	766	SSW	1 Dunst	7	Wien	765	SSW	5 bedekt	8
Königsberg	768	ND	3 beiter	8	Paris	765	S	2 mollen	9
Wien	767	WSW	3 halbb.	9					

**Wetterprognose für Mittwoch, den 3. Mai 1911.**

Etwas wärmer, vielst. heiter, bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	1.5.	30.4.		1.5.	30.4.
Remel, IJH	255	-6	Saale, Großh.	109	+13
Bregel, Insterburg	-11	-7	Havel, Spandau	100	+8
Beißel, Horn	154	-6	Havel, Stassenow	150	0
Ober, Rathor	221	+45	Spree, Spremberg	80	0
• Krossen	190	-1	• Beßten	128	-3
• Frankfurt	175	-3	• Geier, Ränden	-20	-6
• Walle, Schrumm	58	+2	• Ränden	30	+11
• Landsberg	80	-1	• Rhein, Reginmillen	416	+3
Rege, Borchmann	54	+2	• Rauh	208	+7
Elbe, Peinert	62	+4	• Rön	200	+10
• Dresden	-72	+12	• Redar, Heßdrom	92	+7
• Harz	188	0	• Rain, Berthelm	-	-
• Magdeburg	158	+4	• Rofel, Trier	101	+11

+) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterpegel.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1967.

Die für Donnerstag, den 4. Mai, geplante **Klempner-Versammlung** findet erst am **Montag, den 8. Mai,** statt, weil die Verhandlungen noch nicht zu Ende geführt sind. Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.**

Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt 4, 4787.  
Donnerstag, den 4. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr:  
**Sektionsversammlung der Lackierer mit Frauen**  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Die wirtschaftlichen Aufgaben der Arbeiterorganisationen.  
Referent: Gewerkschaftssekretär Genosse Ad. Ritter. — 2. Diskussion. — 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch der Kollegen nebst deren Frauen erwartet.  
Die Sektionsleitung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Heute, Mittwoch, den 3. Mai, im Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee 11-13:  
**General-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Die Malversperrung. 2. Beschlußfassung über die Unterstützung der Ausgeworfenen. 3. Aufstellung eines Delegiertenmandates zum Gewerkschaftskongress. Wahl des Angestellten für die weiblichen Vororte.  
Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch legitimiert.  
62/19 Die Ortsverwaltung.  
NB. In der Malversammlung im Saale der Reuen Welt hat ein Kollege ein Vortemomale mit sich 25 M. verloren. Der Finder wird ersucht, dasselbe auf dem Verbandsbureau abzugeben.

**Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.**

Mittwoch, den 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Hagenstraße 37 c.  
„Die erzieherischen Aufgaben vor und nach der Schulzeit.“  
Referent: Heinrich Schulz.  
Gäste willkommen. 55/19 Der Vorstand.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Filiale Groß-Berlin.

Freitag, den 5. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht für das erste Vierteljahr 1911. Referent: Kollege Hoffmann. 2. Der 8. deutsche Gewerkschaftskongress vom 26. Juni bis 1. Juli. Referent: Kollege Wustly. 3. Ermähl für ein Mitglied der Ortsverwaltung. 4. Aufstellung der Delegierten-Kandidaten für den Gewerkschaftskongress. 5. Verhandlungsangelegenheiten.  
 Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches!  
Die Ortsverwaltung.

Hygienische Bedarfsartikel  
Drogerie Zarenba.  
Weinbergsweg 1, dir. a. Kolonnenalder  
Zor. ☞ Billigste Bezugsquelle!  
Versuch f. zur dauernden Kundschaf!

**Verband der Schneider und Schneiderinnen.**  
Filiale Berlin II. Zuschneider.

Freitag, den 5. Mai 1911, abends 6 Uhr, bei Schulz, Königgraben:  
**Oeffentliche Versammlung**  
der Zuschneider und Zuschneiderinnen Berlins.  
Tages-Ordnung:  
Jwanzigjährige Kulturarbeit des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen, Wäscharbeiter und Zuschneider. Referent: Kollege G. Wäscher-Dannover. 163/6  
Es werden hierüber alle Zuschneider und Zuschneiderinnen (auch nicht im Verbands) aufgefordert, an dieser Versammlung teilzunehmen.  
Die Ortsverwaltung.

**Damenkonfektion! Musterbranche!**

Mittwoch, 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Rösner, Immanuelstraße 12:  
**Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Knoop. 2. Tarifberatung. 3. Verschiedenes.  
Wir erwarten von jedem Kollegen, ganz besonders aber von den organisierten Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es müssen sämtliche Werkstätten, auch solche, wo kein Tarif existiert, vertreten sein.  
163/7 Die Kommission der Kostüm- und Musterbranche.

**Steinarbeiter!**  
Heute, abends 8 Uhr  
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:  
**Kombinierte Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
Stellungnahme zur Mal-Aussperrung.  
Das Erscheinen aller, auch der nichtausgesperrten Kollegen ist dringend notwendig. 171/15 Die Ortsverwaltung.

Unentbehrlich im Haushalt  
ist  
**Dr. Thompson's SEIFENPULVER**  
Überall zu haben.

**Stoffe + Bandagen**  
Pollmanns  
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiswaren etc.  
Berlin N., Rothringstr. 60.  
Lieferant für Krankenkassen.  
Eigene Werkstatt.

Informieren Sie sich  
bevor Sie eine Parzelle kaufen und verlangen Sie kostenlos Pläne mit Terr in Karlsruh, Biedorf, Karlsruhe, Mahldorf, Karow, Versano.  
J. Kloger, Berlin, Gontardstr. 5.

Stückenfleisch, Knochenfleisch  
und alle Wurstsorten, jeden Morgen von 7-9 billiger Verkauf in der Wurstfabrik Wilhelmstr. 56, Hof rechts.

**Gartenland**  
(10 Hektar) mit Obstbäumen, Erdbeeren zu verpachten oder zu verkaufen, geringe Anzahlung. Offerten Expedition Schönborg, Martin-Luther-Strasse 51. 41002\*

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von Robert Meyer,  
anr Mariannen-Strasse 2.

**Rote Damenperücke**  
und Haarmuster: Kiegeleisen  
Sonntag, den 23. d. M., nachts in einem Auto, Bahnhof Halensee-Rargartenstraße. Gegen 10 Mark Belohnung abzugeben bei J. Bus, Karstr. 5b.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, sieht am Moritzplatz, 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

**Große Firma** vergibt  
Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren  
auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kaffeezer. Chiffre S. 100, Bismarck-Expedition, Auguststr. 30.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Strolauer Viertel.  
Bezirk 350, Teil II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Kutscher  
**Hermann Koßmehl**  
Remeler Str. 81  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 3. Mai, nachmittags  
5 Uhr, von der Leichenhalle des  
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-  
felde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
218/13 **Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Kutscher  
**Gustav Holzkamm**  
am 30. d. Mts. im Alter von  
48 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 4. d. Mts., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des alten Niederschönhauser  
Friedhofes aus statt. 67/18

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Koll-  
kutscher  
**Hermann Kaßmehl**  
am 30. d. Mts. im Alter von  
35 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 3. d. Mts., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Bezirksverwaltung.**

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Landsberger Viertel.  
Bezirk 398 II.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Galtnit  
**Fritz Teichert**  
Hörner Str. 65/66  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
218/14 **Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, die Arbeiterin  
**Meta Birke**  
am 30. v. M. an Lungenleiden  
gestorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 4. Mai, nach-  
mittags 7 Uhr, von der Leichen-  
halle des Marius-Kirchhofes in  
Wilmersberg aus statt.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Metall-  
arbeiter  
**Paul Litta**  
am 1. d. M. an Nierenleiden ge-  
storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 4. Mai, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmanus-Kirchhofes  
in Hildorf, Hermannstraße, aus  
statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
110/6 **Die Ortsverwaltung**

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung bei  
der Beerdigung meines lieben Sohnes  
**Paul Dier**  
sage ich hiermit allen meinen besten  
Dank.  
**Die trauernde Mutter.**

Allen Verwandten, Kollegen  
und Freunden die traurige Nach-  
richt, dass mein lieber Mann,  
unser guter Vater, der Schriftsetzer  
**Paul Walther**  
nach langem, schwerem Leiden im  
35. Lebensjahre am 1. Mai, vor-  
mittags 1/2 Uhr, verstorben ist.  
Um stille Beileid bitten  
**Die trauernde Witwe**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 4. Mai, nach-  
mittags 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes  
Nikolsberg in Marzahn aus statt.

Am Montag, den 1. Mai, nach  
langem Leiden unser Mit-  
arbeiter, der Schriftsetzer  
**Paul Walther.**  
Wir werden dem Verstorbenen,  
der nur ein Alter von 35 Jahren  
erreichte, ein ehrendes Andenken  
bewahren.  
**Vorwärts-Buchdruckerei und**  
**Verlagsanstalt**  
**Paul Singer & Co.**

Am 1. Mai, vormittags 1/2 Uhr,  
verstarb nach langem, schwerem  
Leiden unser lieber Mitarbeiter,  
der Schriftsetzer  
**Paul Walther**  
im 35. Lebensjahre.  
Sein kollegiales Wesen und sein  
hiesiger Charakter sichern ihm bei  
allen Kollegen und Mitarbeitern  
ein dauerndes ehrendes An-  
denken.  
**Das Personal**  
der „Vorwärts“-Buchdruckerei  
**Paul Singer & Co.**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 4. Mai, nach-  
mittags 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes  
Nikolsberg in Marzahn aus statt.

**Verband der Steinsetzer,**  
**Pflasterer u. Bernisg. Deutschlands**  
Filiale Groß-Berlin. Bez. Berlin I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege  
**Paul Habrecht**  
im Alter von 49 Jahren ver-  
storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 3. Mai, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle  
des südlichen Friedhofes in Fried-  
richsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
175/4 **Der Vorstand.**

**Verband der freien Gast- und**  
**Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlfstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Kenntnis,  
dass die  
**Frau des Geisler, Theophila,**  
geb. **Wruck,**  
Veteranenstr. 4 (Bezirk 2)  
verstorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 4. Mai, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
71/19 **Die Ortsverwaltung.**

Sonntag früh erkrankt und der  
Tod nach langem Leiden meine  
innigste geliebte Frau, unsere herzlich-  
gute Mutter, Tochter, Schwieger-  
tochter und Schwägerin  
**Selma Dominick**  
geb. Jabel  
im Alter von 35 Jahren. 1568b  
**P. Dominick** Witwer,  
Dorfstr. 27.  
Beerdigung Mittwoch, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem Kir-  
chhof Gemeindefriedhof, Marien-  
borfer Weg.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme, die mir anlässlich des  
Todes meines unvergeßlichen Mannes,  
des Restaurateurs  
**Friedrich Rosin**  
zuteil geworden sind, sage ich allen  
Beteiligten meinen herzlichsten Dank.  
**Wwe. Lina Rosin.**

**Dankfagung.**  
Für die bei der Beerdigung meines  
innigst geliebten Mannes vom Ehe-  
stand Heiter und dem Gesangsverein  
der Fabrik F. A. Schulze, Hebr-  
bellner Straße 47, bewiesene Teil-  
nahme sage ich meinen tief-  
gefühltesten Dank. 1501b  
nebst  
**Wwe. Stoltenburg** Kindern.

**Verband der Maler,**  
**Ladierer, Anstreicher usw.**  
Filiale Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Maler  
**Hermann Rogosch**  
am Montag verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 3. Mai, vormittags  
9 1/2 Uhr, von der Halle des  
nördlichen Friedhofes in Friedrichs-  
felde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
129/7 **Die Ortsverwaltung.**

**Sparverein „Viel Glück“!**  
Am Sonntag, den 30. April,  
verstarb nach langem, schwerem  
Leiden unser Mitglied,  
**Paul Habrecht** sen.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 3. Mai, nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde  
aus statt. 1589b  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, dass meine  
liebe Frau, unsere gute Mutter  
**Auguste Jentsch**  
geb. **Zik**  
am Sonntag, den 30. April, nach  
langem Leiden sanft entschlafen ist.  
Um stille Beileid bitten  
**Ernst Jentsch, Köpfer**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 3. Mai, nachmittags  
1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Wilmersdorfer Friedhofes, Ber-  
liner Straße, aus statt.

Am 20. April erkrankte nach  
schwerem Leiden meine innigst-  
geliebte Frau, unsere gute Mutter,  
Großmutter und Schwiegermutter  
**Teofila Geisler**  
geb. **Wruck**  
im 62. Lebensjahre.  
Dies zeigen mit der Bitte um  
Hilfe Teilnahme tiefbetrubt an  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
**August Geisler, Schankwirt,**  
Veteranenstr. 4.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 4. Mai, nach-  
mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt. 1570b

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise der Liebe  
und Teilnahme während der Krank-  
heit sowie bei der Beerdigung unseres  
lieben Bruders  
**Paul Giese**  
sagen wir den Arbeitern der D. B.  
und R. F., dem Wahlverein Alt-  
Dreißig-Jährigen sowie dem Agitations-  
leiter des Königl. Kreis Genossen  
Beihilfe-Berlin für die trefflichen Worte  
am Sarge unseren herzlichsten Dank.  
**Gebrüder Giese.**

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung und  
die schönen Kranzspenden bei der Be-  
erdigung unseres geliebten Sohnes  
**Paul**  
sagen wir Freunden und Bekannten,  
sowie dem Herrn Ehe- und dem  
Personal der Firma Louis Pittauer  
unseren herzlichsten Dank.  
Berlin, Hübnersdorferstraße 41.  
**Karl Schulz und Frau**  
geb. Fidler.

**Dankfagung.**  
Für die bei der Beerdigung meines  
innigst geliebten Mannes vom Ehe-  
stand Heiter und dem Gesangsverein  
der Fabrik F. A. Schulze, Hebr-  
bellner Straße 47, bewiesene Teil-  
nahme sage ich meinen tief-  
gefühltesten Dank. 1501b  
nebst  
**Wwe. Stoltenburg** Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die bei der Beerdigung meines  
innigst geliebten Mannes vom Ehe-  
stand Heiter und dem Gesangsverein  
der Fabrik F. A. Schulze, Hebr-  
bellner Straße 47, bewiesene Teil-  
nahme sage ich meinen tief-  
gefühltesten Dank. 1501b  
nebst  
**Wwe. Stoltenburg** Kindern.



## 3 Ausnahme-Tage

für

# REISE-MÄNTEL

feinsten Genres in Seide, Leinen, Bast, Sbantung,  
Loden, echt englische und deutsche Stoffe in ganz  
vorzüglichen Schnitten - für drei Tage: -

z. T. 8.- 12.- 16.- 24.- 34.- bis 120.- M.  
regulär 18.- 26.- 35.- 42.- 50.- 75.- bis 200 M.

# REISE-KOSTUME

hochelegante Ausführungen in echt englischen  
Phantasiestoffen, Leinen, Kammgarn, Bast etc.,  
pass. für Reise, Gebirge, Strasse - für drei Tage -

z. T. 12.- 15.- 18.- 25.- 36.- 48.- bis 150.- M.  
regulär 18.- 25.- 36.- 45.- 50.- 70.- 80.- 90.- bis 250.- M.

Ein grosser Posten

# DUCHESS-MÄNTEL

reine Seide, mit schwarz-weißen Aufschlägen  
bis 130 cm lang nur 26.- M. durchschnittlich.  
für drei Tage



**WESTMANN**

Mohren-Str. 37a. Gr. Frankfurter-Str. 115.

## Selowsky - Cigaretten

**Bolero**

**Caruso**

**Zenith**

als erstklassig anerkannt!



Unser  
neues  
Credit-System

**Die neue grosse Idee**

### Kredit

nicht nach Schema, sondern  
nach den Verhältnissen und  
dem Einkommen des Käufers

**Sensation für Berlin!**

### Möbel

einseln, sowie komplette  
Wohnungs-Einrichtungen

### Konfektion

für Damen und Herren, fertig u.  
nach Mass, vom einfachsten bis  
zum verfeinerten Geschmack

**Kaufhaus „Universum“**

Julius Jttmann Nfg.

**Linkstrasse 2**

Ecke Potsdamer Platz

†

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
Straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalmer Straße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große  
Frankfurt Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstraße).  
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schleier  
etc. v. einfachsten bis zum  
hochelegantem Genre zu  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
**Maßanfertigung** in  
10 bis 12 Stunden.

†

**Stempel-Fabrik**  
von  
**Robert Hecht,**  
Berlin S.,  
Cranienstr. 142.  
Liefert schnell und  
billig alle Arten  
**Stempel**  
in bester  
Ausführung.  
Kautschuk-Typen „Perfekt“  
zum Selbstanfertigen einzelner Wörter  
sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an

**Syphilis-Nachweis**  
in allen frischen u. veralteten, zweifelhaft.  
Fällen durch wissenschaftl. Untersuchung.  
sofort; besgl. Darn. (Spez. auf Gon-  
orrhoe-Fäden) u. Spatum-Analysen.  
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborant,  
Friedrichstr. 189, 20. Stockwerk und  
Nehrentage, I. 5724, Berl. Hbfstr.  
distr. u. sofort. Geöffnet von 8-8  
Sonntags von 12-1.

**Karow,**  
Qu.-R. von 12 M. an, 20 W.-  
Jahrt. J. Rieger, Gontardstr. 5.

**Mahlsdorf,**  
Qu.-R. von 8 M. an, 20 W.-  
Jahrt. J. Rieger, Gontardstr. 5.

# Kadda

## Cigaretten

Spezialmarke: Kadda Gold, beste 2 Pf.-Cigarette

Schutz-Markte. Cigarettenfabrik „Kadda“  
Berlin N. 37.

S

**teppdecken**  
**Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
**Höchste Leistungsfähigkeit**  
durch Selbstfabrikation  
aller besseren Qualitäten.  
Steppd. à 2,50, 4, 6, bis 250 M.  
Schlafdecken à 3, 4, 10 bis 50  
Echt. Kameelhaar à 10 bis 36  
**Spezialkatalog**  
mit ca. 650  
Abbildung gratis u. franko.

Unserem Genossen  
**Anton Boeker**  
nebst Frau  
die herzlichsten Glückwünsche  
zur Silbernen Hochzeit.  
Die Genossen des 298. Bezirks.  
4 Kreis 1594b

**Spezial-Arzt**  
für Haut- und Harnleiden  
Rosenthaler Str. 70.  
**Dr. Popke,** Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

**Zähne 2 M.** 10 Jahre Garant. Teils. wöchentl. 1 M. Plomben  
1,50 M. Past. vollk. schmerzlos. Zahnziehen. Um-  
arbeitung schlecht sitzender Gebisse. Reparaturen sofort.  
**Zahn-Arzt Wolf,** Potsdamer Str. 55. (Hochbahnst. Bülowstr.) 8-7.

**Möbel**  
liefert auf  
bequeme **Teilzahlung**  
bei kleinster Anzahlung in be-  
kannter Güte  
(mit größter Rücksicht bei Krank-  
heit und Arbeitslosigkeit)  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlfreid. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Willes Festsaal, Sebastiansstr. 39, der sechste Vortrag des Genossen Eichhorn statt.

Groß-Küsterfeld. Mittwoch, den 3. Mai cr., abends 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung.

Steglich. Heute Mittwoch: Flugblattverbreitung von allen Bezirks aus. Freitag, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Protestversammlung im „Wirkenwäldchen“.

Friedenau. Heute Mittwoch, den 3. Mai, von den bekannten Lokalen aus: Flugblattverbreitung.

Zur Waiseier.

Lankwitz. In der Vormittagsversammlung referierte Genosse Barth. Besuch: 100 Personen. Die Nachmittagsfeier war von 300-400 Besuchern gefüllt.

Jehlendorf. Vormittagsversammlung war von 230 Personen besucht. Genosse Ullmer referierte. Die Nachmittags- und Abendfeier wies einen Besuch von 550 Personen auf.

Reuenhagen und Petershagen. Versammlung gut besucht. Der Gesangverein von Reuenhagen leitete die Feier ein, worauf Genosse Hesse einen Vortrag über die gegenwärtige politische Situation und speziell die arbeitserheblichen Bestrebungen der reaktionären Regierung hielt.

Berliner Nachrichten.

Wenn man sein Kind der Waisenflege überlassen muß.

Die Waisenerwaltung der Stadt Berlin hält es für richtig, die in ihre Obhut gelangenden Kinder möglichst nicht in Anstalten, sondern in fremden Familien unterzubringen, und zwar meist außerhalb Berlins. Der Eifer, die Kinder allerhöchst aus Berlin hinauszuschaffen, ist so groß, daß nur zu oft solche Kinder nach außerhalb verschickt werden, bei denen die Unterbringung in Waisenflege eine nur vorübergehende sein soll.

Inüpft an die geschichtliche Tatsache an, daß am Ende des achtzehnten Jahrhunderts nach einer Periode der Laxheit in sexuellen Dingen die Meinung herrschend wurde, man dürfe über verglichen öffentlich überhaupt nicht sprechen. Demgegenüber müsse man betonen, daß auch das Schamgefühl im Wechsel der Zeiten Wandlungen unterworfen war und daß eine offene Aussprache die Vorbedingung für eine Lösung der sexuellen Probleme sei.

Der Magistrat gegen Schmiergelder. Aus dem Rathaus wird berichtet: Der Magistrat hat beschlossen, sämtlichen städtischen Amtsstellen zu empfehlen, unter den Lieferungsbedingungen der Verträge eine Bestimmung aufzunehmen, wonach jeder Unternehmer oder Lieferant sich verpflichtet, wenn er oder sein Vertreter oder sein Angestellter einem Angestellten der Stadtgemeinde Berlin eine Zuwendung direkt oder indirekt gewährt oder zuzugestehen wird, für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine festgesetzte Konventionalstrafe zu zahlen.

Die Patienten der Heimstätte Wütergoh veranstellten am 1. Mai einen Ausflug nach dem 1. Stunden entfernten Saarmund. Das dortige Hildebrandische Lokal war dicht besetzt. Genosse Gärtner aus Lindenwold warb die Bedeutung des Arbeiterfeiertages. Die Arbeiterschaft von Saarmund und Umgegend gab ihrer Freude Ausdruck über den trotz des etwas mäßigen Wetters gemachten Besuch und räumten ihren Gästen in der bereitwilligsten Weise einen großen Teil des Saales ein.

Gilgige und dringende Pakete. Bei der Beförderung von eiligen Paketen wird nach der Wahrnehmung der Postanstalten von seiten der Absender nicht immer genügend zwischen zwei Einrichtungen unterschieden, die an sich nichts miteinander zu tun haben. Unter dringenden Paketen versteht die Post solche, die mit der schnellsten Gelegenheit befördert werden. Es werden dazu auch Schnellzüge usw. benutzt. Die Absender derartiger Pakete sind nun mitunter der irrümlichen Meinung, daß dringende Pakete nach ihrer Ankunft ohne weiteres auch durch Eilboten bestellt würden.

Das Monopol-Hotel ist in Konkurs geraten.

Nationale Jugendfürsorge. In den Berliner Pflanzschulen finden zurzeit Erhebungen statt über die Mitgliedschaft der Pflichtfortbildungsschüler in national gefährdeten Sportvereinigungen. Die Jährling erstreckt sich auch auf die gelegentlichen Besucher. Diese Erhebungen werden in den Unterrichtsstunden vorgenommen und bedeuten natürlich eine Störung des Unterrichtes, die aber hier nicht schadet, da es sich um nationale Jugendfürsorge handelt. Ueberhaupt ist jetzt Jugendfürsorge Trumpf. Wenn das so weiter geht, wachsen sich unsere Pflichtfortbildungsschulen noch zu Großkinderbewahranstalten aus.

Wirkung des Schnapsbottels.

Ueber die segensreiche Wirkung des von der sozialdemokratischen Partei proklamierten Schnapsbottels äußert sich auch der soeben erschienene Rechenschaftsbericht der Ortskrankenkasse für das Berliner Buchdruckgewerbe pro 1910 in sehr anerkennender Weise. Der Bericht konstatiert nach einem Hinweis auf die großen gesundheitlichen Schädigungen des Alkoholmißbrauchs, daß die Kasse im letzten Jahre nur 4 Erkrankungsfälle an Alkoholismus mit 220 Krankentagen hatte gegenüber 13 Erkrankungsfällen mit 981 Tagen in 1909 und sagt dazu: „Vielleicht tragen zu dieser großen Besserung die wiederholten Versuche der sozialdemokratischen Parteitagung in bezug auf den Schnapsbottel das ihrige bei, denn diese Beschlüsse erweisen sich immer mehr und mehr als im Interesse der Volksgesundheit liegend.“

Auch ein bürgerliches Blatt schreibt in einer Betrachtung über die soeben zur Veröffentlichung gelangten Ergebnisse über die Brennweinbrennerei und -beseuerung im deutschen Brennweinvergiebgebiet für das Betriebsjahr 1909/10, die ein rapides Sinken des Trinkbrennweinkonsums zeigen, anerkennend: „Die rapide Abnahme der Brennweintrinkerei von 4,2 Liter auf 2,8 Liter pro Kopf ist ein hocherfreuliches Zeichen der Zeit, an dem der sozialdemokratische Schnapsbottel sicherlich ein Hauptverdienst hat.“

Das steht außer allem Zweifel, und wir können den Genossen nur immer von neuem die Mahnung zurufen: Weidet den Fiskus!

Herr v. Jagow auf dem Kriegspfade.

Herr v. Jagow arbeitet an der Jugend im Sinne des neuesten Kurfes. Um die Jugend vor Verführung mit Klassenbewußten Arbeitern zu bewahren, hat er von neuem den Versuch gemacht, den Turnverein „Nichte“ zu einem politischen Verein zu stampeln. Gelingt dem Polizeigewaltigen der neueste Streich, dann dürfen jugendliche Personen dem Verein nicht mehr angehören. Daß das der Zweck der Uebung ist, ist offenkundig. Vor kurzem hat Herr v. Jagow auch dem Berliner Arbeiter-Radsfahrerverein eine gleiche Verfügung zugehen lassen, diese lautet:

Der Berliner Arbeiter-Radsfahrerverein (Mitglied des Berliner Radsfahrerbundes „Solidarität“) ist als politischer Verein im Sinne des Reichsbereinsgesetzes anzusehen.

Der Vorstand wird hierdurch aufgefordert, binnen vierzehn Tagen die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes gemäß § 9 des genannten Gesetzes an mich einzureichen.

Die Verfügung des Herrn v. Jagow wird durch nichts gestiftet. Sie verfolgt den gleichen Zweck, wie die gegen den Turnverein „Nichte“ gerichtete, nämlich den, die Jugendabteilungen zu erdrosseln. Wie „Nichte“ so ist auch der Arbeiter-Radsfahrerverein Berlin nicht gewillt, den neuesten Jagowstreich ruhig hinzunehmen.

Spezialisten für Körperpflege. Für die Schönheitspflege der Damen hat man namentlich in Berlin eine große Reihe diskreter Institute, die eine riesige Kasse entfalten und sich eines ungemein regen Zuspruchs erfreuen. Von diesen unabhängig haben sich in neuerer Zeit Spezialisten etabliert, welche die Verbesserung des Gesichtes, die Pflege der Haut, die Verschönerung des Fußes usw. sich als Aufgabe erkoren haben, ja es gibt sogar junge Frauen, die nur die Rasenpflege kultivieren und den Besucherrinnen an Stelle eines misgestalteten Niederknien nach geeigneter Behandlung ein normales verschaffen wollen. Das Neueste auf dem Gebiete der Schönheitspflege sind die Institute zur Beseitigung schlechter Gewohnheiten. Besonderen Wert legt man, wie aus einem uns vorliegenden Prospekt hervorgeht, auf die Beseitigung des — Nagelkauen. Eine Berliner Firma ist angehtlich im Besitze eines deutschen Reichspatents für ein derartiges Mittel und garantiert die Beseitigung der schlechten Gewohnheit in zwei Behandlungen. Den Hauptverdienst haben alle diese Firmen nicht in dem gezahlten Honorar, sondern in den unzähligen kosmetischen Mitteln, die sie den Gläubigen gegen teures Geld verkaufen. Da die Damenwelt bekanntlich, wenn es sich darum handelt, dem Manne zu gefallen, nicht knausert, so machen die Schönheitsinstitute alle ein glänzendes Geschäft. Und das ist für sie lediglich der Zweck des Unternehmens.

Waldberholungststätten vom Roten Kreuz. In den ersten Tagen des Monats Mai wird der Sommerbetrieb in sämtlichen Waldberholungststätten vom Roten Kreuz wieder aufgenommen. In den Anstalten für Erwachsene erfolgt die Ueberweisung meistens durch die zuständigen Krankenkassen. Patienten, die keiner Krankenkasse angehören, stellen die Aufnahmeanträge im Bureau der Erholungststätten, Berlin, Friedrichstr. 207. In den drei Kinder-Erholungststätten Schönholz, Sadowa und Eidskamp können im ganzen ungefähr 600 Kinder täglich Aufnahme finden. Anträge hierzu sind möglichst bald an das Bureau, Friedrichstr. 207, zu richten. Zu mündlichen Besprechungen ist das Bureau werktäglich vormittags von 10-1 Uhr geöffnet.

Das verschollene Automobil des Generals. Ein verhängnisvolles Automobillück lag einer Anlage, mit der sich das Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps zu befassen hatte, zurunde. Unter der Beschuldigung des Ungehorsams unter Verführung eines erheblichen Sachteils hatte sich der Pionierkrieger von der Verleibungsabteilung der Verkehrstruppen zu verantworten. Der Angeklagte hatte eines Tages den Generalleutnant von Lynker zu einer Wanderversuchung nach dem Ostseegebiete gefahren. Als er den Kraftwagen des Generals wieder nach Berlin zurücksteuerte, befand sich als Begleitmann noch der Pionier Wöh im Automobil. W. sollte als Militärauffeuer ausgebildet werden und auf der Fahrt nach Berlin sollte ihn der Angeklagte etwas anfeiten. Hinter Stettin machte sich Krieger die Sache etwas sehr leicht. Während Wöh den Wagen steuern mußte, zog sich der Angeklagte auf den Hinterriss zurück und überließ dem Begleiter die Aufgabe, das Automobil zu lenken. Bei einer Geschwindigkeit von sechzig Kilometern raste der Kraftwagen plötzlich zur Seite und fuhr gegen einen Chausseebaum. Im nächsten Augenblick lag das Auto in den Chausseegraben, wobei es sich zweimal überschlug. Die Folgen waren recht schwere. Die beiden Chauffeure waren nicht unerheblich verletzt und das Automobil fast vollständig zertrümmert. Die Verwundeten wurden nach dem nächsten Garnisonlazarett übergeführt, von wo sie erst nach längerem Krankenlager entlassen werden konnten. Man machte nun Krieger für das Unglück verantwortlich, weil er dem Befehl des Vorgesetzten entgegen den Pionier Wöh allein auf dem Vordersteck belassen hatte. Das Oberkriegsgericht kam jedoch zu einer Freisprechung, da durch die Vernehmung mehrerer Sachverständigen als festgestellt erachtet werden mußte, daß der Angeklagte auch von dem hinteren Sitz aus die Gewalt über das Steuer des Automobils hatte.

Wegen Arbeitslosigkeit versuchte sich gestern abend der 63jährige Bauer Albert Schaumburg aus der Wallradenstraße 35 das Leben zu nehmen. Er war vor einiger Zeit schwer erkrankt und hatte infolgedessen seine Stellung verloren. Trotz vieler Bes

Die Verkehrsdeputation stimmte in ihrer gestrigen Sitzung dem Antrag der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen auf Erteilung der Genehmigung zur Weiterführung der Hoch- und Untergrundbahn über den Alexanderplatz als Untergrundbahn nach der Frankfurter Allee bis zur Stadtgrenze vorbehaltlich der vertraglichen Regelung zu. Um die direkte Durchführung sowohl der aus der Schönhauser Allee wie auch der aus der Frankfurter Allee kommenden Züge über den Alexanderplatz nach dem Westen zu ermöglichen, genehmigte die Deputation die dazu erforderliche Umgestaltung der Untergrundbahnhöfe Alexanderplatz und Klosterstraße. Die Regelung erfolgt in der Weise, daß die Frankfurter Alleenlinie über den Alexanderplatz durch die Königstraße in die Klosterstraße geführt wird, während die Linie aus der Schönhauser Allee über den Alexanderplatz durch die Gruner-Strasse in die Klosterstraße mündet.

Der Maulkorbzwang für Hunde ist am 1. Mai für den Landespolizeibezirk Berlin gemäß der Polizeiverordnung vom 15. April aufgehoben worden. Nur bissige Hunde müssen nach wie vor den Maulkorb tragen, zumal die Hundebesitzer für eventuellen Schaden, den der Hund anrichtet, haftbar sind. Die Direktion der Straßenbahn weist auf die Polizeiverordnung hin, erklärt aber, keine Verantwortung tragen zu können, wenn ein maulkorbloser Hund etwa Schaden anrichtet. Verantwortlich sei der Besitzer oder Begleiter des Hundes. Befestigungen der Fahrgäste durch den vierbeinigen Passagier dürfen nicht stattfinden.

Lebhafte Einsprüche gegen die Polizeiverordnung haben die Hersteller und Verkäufer von Maulkörben erhoben. Die Leute weisen auf die wirtschaftlichen Schädigungen besonders für das Sattlerhandwerk und für die Hundartikelgeschäfte in Groß-Berlin hin und sie erklären, der Polizeipräsident hätte wenigstens Ende November oder Dezember der Sattlerinnung Mitteilung von seiner Absicht machen sollen.

Sexuelle Fragen für Schüler und Lehrer. Ueber dieses Thema referierte dieser Tage Herr Dr. W. Reihner im Berliner Lehrerverein. Der Vortragende knüpfte an die geschichtliche Tatsache an, daß am Ende des achtzehnten Jahrhunderts nach einer Periode der Laxheit in sexuellen Dingen die Meinung herrschend wurde, man dürfe über verglichen öffentlich überhaupt nicht sprechen. Demgegenüber müsse man betonen, daß auch das Schamgefühl im Wechsel der Zeiten Wandlungen unterworfen war und daß eine offene Aussprache die Vorbedingung für eine Lösung der sexuellen Probleme sei. Man könne heute das Geschlechtsleben keinesfalls mehr bloß als eine unangenehme Beigabe des Lebens ansehen, sondern müsse es notwendigerweise in seiner vollen Wichtigkeit würdigen, insbesondere seit die Wissenschaft seine Bedeutung für die Entwicklung der Gehirnzellen festgestellt habe. Gerade letzterer Umstand bedinge eine erhöhte Beachtung der Sexualfrage durch die Schule. Unmündigen und Erwachsenen sollte eine Kenntnis der Sexualfragen vermittelt werden etwa in demselben Sinne, in dem sie über Atmung und Verdauung unterrichtet würden. Vielfache Verhältnisse der Großstadt seien besonders geeignet, zu einer vorzeitigen und ungesunden Entwicklung des Geschlechtstriebes anzuregen. Nur zweckdienliche Aufklärung könne vor Schaden bewahren. Eine glückliche Lösung der Frage der sexuellen Aufklärung werde erst einem Geschlechte möglich sein, daß selbst in seiner Jugend einigermaßen zweckdienlich über dies Gebiet aufgeklärt worden und darum fähig sei, bei diesen Fragen unbefangen und vorurteilslos zu bleiben. Eine solche Stellung, sowie ausreichende Sachkenntnis müsse sich vor allem der Lehrer zu eigen machen. Die Lehrerschaft solle darum dem sexuellen Problem volles Interesse zuzuwenden. Um der Individualität des Kindes und der großen Vielfältigkeit des Geschlechtslebens gerecht werden zu können, ist die sexuelle Belehrung am besten als erzieherische Aufgabe des Elternhauses zu lösen. Die Kommunen sollten darum zunächst durch Kurse den Erwachsenen die nötige Sachkenntnis vermitteln. Die Schule habe im naturkundlichen Unterricht die sexuelle Belehrung vorzubereiten. Auch die Fortbildungsschule müsse diesen Dingen in erstelter Weise Beachtung schenken. Der Redner weist ferner auf die tiefgehenden seelischen Veränderungen hin, die Knaben und in noch höherem Maße Mädchen zur Zeit ihrer Geschlechtsreife erleiden. Die Ausbildung der Geschlechtsorgane erfolge naturgemäß unter erhöhtem Blutandrang nach diesen Organen hin. Dies Blut würde in erster Linie den Gehirnzellen einzufließen, wodurch diese zu anhaltender geistiger Arbeit geradezu unfähig würden. Unaufmerksamkeit, hohe Ermüdbarkeit, Träumerei seien die Folgeerscheinungen. Verständnissvolle Rücksichtnahme durch Schule und Haus sei in dieser Entwicklungsperiode eine dringende Notwendigkeit. Für Mädchen fordert der Vortragende eine Beurteilung vom Schulbesuch in der Pubertätszeit für sechs bis sieben Monate. Unsere Schulmädchen aller Art, Revisoren und Projektionspädagoginnen bestreife sich jahraus, jahrein am Semesterklausur, mit der Elle das Halbfabrikat der „religiös-sittlichen Bildung“ Stück für Stück peinlichst nachzumessen und die „Verkehrskreise“ festzustellen. Was werden sie zu dieser sehr verständigen Forderung sagen?)

mühungen war es dem alten Mann nicht möglich, andertheilige Beschäftigung zu finden, und so geriet er mit seiner Familie in bittere Not. Dies nahm sich der außerordentlich fleißige Mann derart zu Herzen, daß er seinem Leben ein Ende zu machen beschloß. Er entfernte sich gestern vormittag von Hause unter dem Vorgeben, Arbeit suchen zu wollen, irrte aber in Berlin und Niddorf umher. Gegen 7 Uhr abends stürzte er sich von der Teupitzer Brücke aus in den Niddorfer Schiffahrtskanal. Der Lebensmüde wurde jedoch von Augenzeugen des Vorfalles nach längerer Vermählungen gerettet. Er wurde nach der Niddorfer Unfallstation und von dort in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft.

Ein trauriger Anblick wurde gestern nachmittag der Tochter der 60 Jahre alten Witwe Auguste Wendt, Naunhoferstraße 5, zu teil. Beim Betreten der Wohnung strömte der erkrankte ein starker Njostgeruch entgegen und, nichts Gutes ahnend, stürzte sie ins Wohnzimmer der Mutter. Dort fand sie die alte Frau leblos auf dem Fußboden liegend auf; die Greisin hatte sich mit Njost vergiftet. Das Gift hatte sie bei Begehung der Lat teilweise auf den Boden geschüttet. Ein hinzugerufener Arzt vermochte nichts mehr auszurichten. Frau W. scheint aus Furcht vor der Trennung in den Tod gegangen zu sein. Sie war bereits früher einmal in Herzberge und befürchtete nun, man werde sie wieder dorthin bringen. Um diesem Schicksal zu entgehen, zog sie es vor, Selbstmord zu verüben.

Die bestohlene Kunstausstellung. Ein dreifacher Diebstahl ist in der Ausstellung des Berliner Künstlerbundes in der Potsdamer Straße ausgeführt worden. Dort wurde eine Bronzefigur, die einen erhablichen künstlerischen Wert besitzt, von unbekannter Hand gestohlen. Als Täter kommt wahrscheinlich ein diebstahliger Besucher der Ausstellung in Betracht. Das Kunstwerk ruht auf einem Sockel und stellt einen Pinguin dar.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei nach dem Mörder der Frau Nidel in Lichtenberg gehen nach den verschiedensten Richtungen, haben aber zu einem positiven Ergebnis noch nicht geführt. Die Obduktion der Leiche der ermordeten Frau Nidel, die Gerichtsarzt Dr. Strauch gestern nachmittag von 2 Uhr an im hiesigen Schauhaufe ausführte, ergab, daß der Mörder sein Opfer sieben- bis achtmal auf den Kopf geschlagen hat. Erst nachträglich legte er der Frau den Schächerlittel ihres Sohnes um den Kopf, wahrscheinlich, um einen allzu starken Austritt des Blutes zu verhindern, vielleicht aber auch, weil er den Anblick des blutigen Stoffes nicht ertragen konnte. Beim Zuschlagen hat er vielleicht den Mittel vorgehalten, um sich nicht mit Blut zu bespritzen. Was für ein Werkzeug der Mörder gebraucht hat, läßt sich auch nach der Obduktion nicht bestimmen. Das Werkzeug scheint scharf und kantig gewesen zu sein, einige Wunden zeigen deutlich scharfe Ränder. Nach ärztlichem Gutachten hat der Mörder vielleicht ein Hadebeil benutzt. Einige Schläge sind mit der Schneide, andere mit dem Rücken des Instruments geführt worden. Mehrere Schläge haben die Schädelknochen zertrümmert, ohne jedoch das Gehirn zu verletzen. Der Tod trat infolge einer Gehirnerschütterung ein. Wahrscheinlich führte ihn gleich der erste Schlag über dem linken Auge herbei. Frau Nidel ist nach diesem Schläge gleich hingefallen und der Mörder hat nun, wie die Lage der Verletzten zeigt, weiter auf ihren Kopf eingeschlagen. Dann legte er den Schächerlittel um ihren Kopf und schleifte die Leiche, wie aus Druckflecken hervorgeht, an den Armen nach dem Schlafzimmer.

Nach der Obduktion wurden die Totenscheine ausgestellt und die Leiche zur Beerdigung freigegeben. Die Schädelknochen und die Kopf- und Gehirnhaut wurden jedoch zurückbehalten. Sie sollen präpariert werden, um als Beweismittel zu dienen, wenn man den Täter fahndet und das Mordwerkzeug ermittelt.

Die Freie Volkshöhne hielt am Freitag, den 28. April, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Quartalsversammlung ab. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Vortrage von Max Grünwald über Goethe erstattete der Vorsitzende Konrad Schmidt den Quartalsbericht. Er konnte feststellen, daß sich die „Freie Volkshöhne“ in der letzten Zeit recht gut entwickelte und daß der Spielplan allgemein Anerkennung gefunden hat. Für das nächste Spieljahr sind die Verträge mit den bisherigen Theatern erneuert worden.

Der vom Kassierer Winkler erstattete Kassenbericht wies einschließlich des am Quartalsanfang vorhandenen Kassenbestandes von 9975,44 M. eine Einnahme von 6086,59 M. auf, der eine Ausgabe von 52 517,80 M. gegenübersteht. Durch Umschlagung des Kassisteninhabers Mann hat die „Freie Volkshöhne“ einen Schaden von 504 M. erlitten. Auf Antrag der Redigoren wurde Entlastung erteilt.

Der zweite Vorschlag wurde unterbreitet der Versammlung einen Antrag des Vorstandes, des Ausschusses und der Obleute, in Berlin ein eigenes Bureau einzurichten und zur Entlastung des Geschäftsführers Winkler eine weitere Kraft einzustellen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sind auf 3000 M. veranschlagt. Nach kurzer Diskussion wird dieser Antrag einstimmig angenommen.

Metropolktheater. Weifall beim Aufgehen des Vorhanges für die schönen Bühnenbilder, Applaus schon beim ersten Auftreten der beliebten Metropolk-Stars, Handklopfen für Pointen, Gesangsnummern und Tänze in die Szene hinein, Wiederholungen der Schläger und mehr oder weniger stürmische Hervorrufe sämtlicher Beteiligten am Schluß der Akte — dies alles spricht für einen besonders glücklichen Verlauf des Abends, der vielleicht zum letztenmal vor dem großen Ausfliegen des sogenannten „Ganz Berlin“ mit seinen bekannten Premieren-Erscheinungen, mit seinen schönen Frauen, modernen Toiletten, allermodernsten Hüten und kostbarsten Brillanten im Zuschauerraum eines Theaters vereinigt hat.

Also schildert der „Vol.-Anz.“ den Eindruck der neuen Sommeroperette „Gohet amüsiert sich“. Text von J. Freund (nach zahlreichen französischen Vorbildern), Musik von R. Nelson (Anleihen bei Liszt o. S.) — die vom letzten Sommerabend ab auf ein halbes Jahr das lustigste Berlin und die noch viel lustigere Provinz unterhalten wird. Und zweifellos stimmte der verehrliche Stimmungsmacher in seinem Urteil durchaus mit seinem Publikum überein.

Das Metropolk-Theater ist ja für die wirkliche und eingebildete Welt und noch mehr für die unzähligen Spieler, die hier Haut-gout wittern, das Dorado höchsten Kunst- und Lebensgenusses. Glanzvolle Inszenierung, eine äppige Toiletenschau, erotische Tänze, Paraden von Damen mit und ohne Hofenröcke, verhäßte Kubitäten im Text, Berlinisch-jüdische Weisheit — das Ganze dargeboten in irgend einem Ragout von Handlung und begleitet von einer bald süßlich schwächelnden, bald im Zingel-Tanzelton rhytmisierenden „Original“-Musik — das ist Metropolkkultur, und die Metropolkkultur ist ein Symbol einer gewissen Berliner Kultur überhaupt.

Man will doch leben, nicht wahr! Man will sich amüsieren, ein paar Ein- bis Zweideutigkeiten hören und schile Kokotten (in der Pause) anschauen. Was kommt es da so genau darauf an, ob dieser erotische König, der sich in Paris in der Lebenswelt auf-toben will (das Vorbild aller Metropolk-Donjuans), eine schlechte Imitation und das ganze Genre eine Offenbahrung, aber ohne Offenbahrung freien Geistes und ohne seine Ammut ist. Wenn nur Giampietro seine Scherendertrolche hat und als temperamentvoller Hengst losgelassen werden kann und Friji Raffary durch ihre pikanten Chanons und ihre (beinahe) pariserischen Galanterien entzünden kann. Für die aber, die Haus-musik vorziehen, sorgt L. H. I. S. C. als unverwundlicher Natur-bursche, der hier als gemeiner Soldat und Zufallsgeliebter der die Dohet im Feinnetzen (vorübergehend natürlich) verknäuelnden Sängerin (Maffary) alle seine Pöhye und Einfälle anbringen kann. Schließlich tritt er in Unterhosen und zu guter Letzt sogar als Charleys Tante auf. Dazwischen aber entwirrt Madge V. Essing und Will W. H. P. ein ganzes Langreperoire von der Krokodille bis zum Apochentong, und immer gibt es etwas zu sehen. Be-

sonders wenn regnet oder das Bühnenkorps andere Veranlassungen hat, Waden zu zeigen. . . .

Da sage noch einer, daß man sich in Berlin nicht zu amüsieren wisse und daß das Bürgerium keine Kultur habe. „Ganz Berlin“ und die übrige Provinz geht ins Metropolk.

Von Kleinsten Berliner Verkehr ist soeben die Sommerausgabe zum Preise von 40 Pf. erschienen. Bedeutend erweitert sind die Eisenbahnpläne. Außer sämtlichen Haupt- und Nebenbahnen der Provinz Brandenburg sind auch die Verbindungen nach den wichtigsten Badeorten und Sommerfrischen sowie den größeren Städten Nord- und Mitteldeutschlands aufgenommen. Ein Kärtchen des Berliner Vorortverkehrs und der Stadt- und Ringbahn sind neu hinzugekommen. Bei den Straßenbahnlinien sind außer der Gesamtfahrzeit auch die Fahrzeiten bis zu wichtigen Verkehrspunkten angegeben.

Eine neue Pantomime hat die Direktion des Jirkus Busch trotz vorgerückter Saison und trotzdem das Konkurrenzunternehmen in der Karlstraße Berlin schon verlassen hat, heraufgebracht. „Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.“ betitelt sich das neue Manège-Schaustück. Es führt an den Hof des französischen Sonnen-königs und bietet Gelegenheit, großen Glanz und Pomp zu entfalten. Prachtvolle Ballettaufzüge wechseln ab mit Jägergesängen und einer Varenjagd. Die letztere gibt besonders Veranlassung, die jirgenische Kunst zu zeigen. Jüngst Meier hoch müssen die von der Meute verfolgten Varen ins Wasser springen; ihnen folgen kühne Reiter und Reiterinnen und stürzen in das Wasser. Eine ganze Weile währte diese tolle aufregende Jagd, wobei ein Pferd sich überflügelt, ohne aber Schaden zu nehmen. Reizende Wasser-künste beschließen die groß angelegte Pantomime, die durch glänzende Kostüme und feenhaft Lichteffekte zu einem Schaustück ersten Ranges gestaltet worden ist.

Die Radrennen zu Zehlendorf, 30. April und 1. Mai waren nicht wie das Osterrennen vom Wetter begünstigt, denn sie mußten am Sonntag des gegen 6 Uhr einsetzenden Regens wegen abgebrochen und konnten auch am Montag noch nicht beendet werden, so daß der Endlauf des Goldenen Rades erst am Mittwoch abend 5 1/2 Uhr ausgefahren wird. Eingeleitet wurden die Rennen des Sonntags durch ein Hauptfahren über 2000 Meter (200, 100, 50 M.), das nach vier Vor- und drei Zwischenläufen folgenden Endlauf brachte: 1. Schilling, 2. Lehmer, 3. Carapezzi; nicht placiert endeten Peter, Arend und Einzelberg. Das Goldene Rad (Gesamtpreis 5000 M.) wurde von 7 erst-klassigen Fahrern und zwar Bruni (Italien), Günther (Köln), Hall (England), Jacquelin (Frankreich), Nyher (Schweiz), Theile (Berlin) und Vanderslucht (Belgien) bestritten. Den ersten Vorlauf über 50 Kilometer beendete Vanderslucht in 49 Min. 20 1/2, Sel. vor Nyher (700 Meter) und Günther (1600 Meter zurück). Jacquelin hatte beim 25. Kilometer, nachdem er drei Runden verloren hatte, aufgegeben. Bis zum 39. Kilometer hatte Nyher die Führung, wurde dann aber von dem sehr gut fahrenden Belgier überholt. Der zweite Vorlauf wurde von Theile, Hall und Bruni gefahren. Theile hatte die Spitze vor Hall und Bruni, als nach dem 22. Kilometer der ein-setzende Regen dem Fahren ein Ende machte; am Montag fortgesetzt, legte Theile die 50 Kilometer in 45 Min. 20 1/2, Sel. vor Hall (460 Meter) und Bruni (1700 Meter) zurück. Der Endlauf mit Hall, Nyher, Theile und Vanderslucht verspricht am Mittwochabend einen spannenden Kampf. Am Sonntag kam noch ein Mannschafst-Verfolgungrennen, das Peter, Schilling, Kubela, Lehmer gegen Arend, Carapezzi, Labewald, Pawle nach sechs Runden ge-wannen, zum Austrag; die siegende Mannschaft erhielt 200 M. — Am Montag bildete ein Prämienfahren über 5000 Meter den Schluß. 1. Lehmer in 7 Min. 34 1/2, Sel. 2. Labewald, 3. Pawle, 4. Carapezzi. Aufgegeben: König, Hause, Peter und Kubela. Prämien nach jeder zweiten Runde gewonnen König, Hause, Kubela (2) und Pawle (3). Die Rennen verliefen bei sehr gutem Besuch ohne Unfall.

## Vorort-Nachrichten.

### Lichtenberg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden für den Schieds-mannsbezirk 1a, umfassend den ganzen nördlich der Frankfurter Chaussee liegenden Teil Lichtenberg, als Schiedsmann Herr Lehrer A. Martens, Möllendorferstraße 46, und als Stellvertreter Herr In-genieur F. Schüller, Frankfurter Chaussee 66, für den Schieds-mannsbezirk 1b, umfassend den ganzen südlich der Frankfurter Chaussee und östlich der Ringbahn gelegenen Teil Lichtenbergs, Herr H. Warffow, Frankfurter Chaussee 16, als Schiedsmann, sowie Herr Klunker, Eichelstraße 18, als dessen Stellvertreter gewählt. — Als Waisensatz für den 22. Bezirk (Scharnweberstraße 9-32) wurde Herr Lehrer Heldt, Scharnweberstraße 13, und als Waisensatz für den 10. Bezirk, umfassend Pfarrstraße und Berl. Leisingstraße, Herr Lehrer B. Schiele, Pfarrstraße 72, gewählt, desgleichen als Armenkommissar für denselben Bezirk Herr Tischlermeister Reber, Rummelsburger Straße 3. — Alsdann nahm die Versammlung Stellung zu den eingegangenen Petitionen betreffend Erlaß eines Orisinalaus über die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Genosse G r a u e r schilderte eingehend, wie notwendig es sei, die Sonntags-arbeit überhaupt zu verbieten, während der Petitionsausschuß und der Magistrat sich auf die Bestimmungen Berlins, Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen in der Zeit vom 1. Mai bis 30. Sep-tember auf die Stunden von 8-10 Uhr vormittags, vom 1. Oktober bis 30. April auf die Stunden von 12-2 Uhr mittags festzulegen, beschränken. Daß hierbei die Herren Plath und Schachtel sich gegen die Sonntagsruhe wandten, angeblich um die kleinen Geschäftskreise vor dem gänzlichen Ruin zu be-schützen, soll besonders hervorgehoben werden; den Herren wurde jedoch auch von unseren Genossen Spießermann und K e r c h s e r die richtige Antwort zuteil. Alsdann wurde dem An-trag des Petitionsausschusses zugestimmt. — Zu besonders heiteren Zwischenfällen kam es beim folgenden Punkt, betreffend Neu-pflasterung der Frankfurter Chaussee und Ausschmückung der Mittel-promenade zwischen Berliner Ringbahn und Rathausstraße. Wie notwendig die Neu-pflasterung der Frankfurter Chaussee ist, dürfte jedem einleuchten, der gezwungen ist, dieselbe zu passieren. Troz-dem hielten es die Mehrzahl der bürgerlichen Vertreter nicht für angezeigt, der Neu-pflasterung jetzt schon zuzustimmen. Die Gründe hierfür waren bei den meisten Herren so durchschlagende, daß schließlich die Versammlung bei diesen Ausführungen in allgemeine Heiter-keit verfiel. Die Herren Hausbesitzer, welche nicht in der Frank-furter Chaussee anständig sind, hielten es nämlich für notwendig, der Reihe nach ihre Gründe gegen die Neu-pflasterung der Frankfurter Chaussee geltend zu machen. Diese Gründe befanden nun aller-dings bei allen in dem Verständnis: erst muß die Straße, wo wir wohnen, neu gepflastert werden, dann wollen wir weiter sehen. Herr T h u r m e r wies u. a. auch auf die schlechte Beschaffenheit des Jaunes vor dem Herrmannschen Grundstück in der Rummelsburger Straße hin und schilderte, wie auf eine An-zeige bei der Polizei hin ein Leutnant einem Wachtmeister anwies, den Fall zu notieren und den Eigentümer zur Weisung zu bringen. Als nun aber auf die Frage des Leutnants: „Wem gehört denn der Jaun?“ geantwortet wurde: „Herrn R i t t m e i s t e r Herrmann, da habe der Leutnant an den Wachtmeister die Weisung gegeben, noch mit dem Notieren zu warten. — Die Magi-stratsvorlage wurde alsdann mit den von Herrn Schachtel be-antworteten Abänderungen, wonach die Pflasterung der ganzen Chaussee etwa 14 bis 20 Jahre dauern dürfte, ange-nommen. Die Anlegung von Sammelstreifen wurde abgelehnt. — Alsdann wurden noch Staatsüberdrehungen für 1910 in Höhe von insgesamt 36 302,83 M. bewilligt. — Weiter wurde beschloffen, das am Eingang zur Kasaniall stehende Kademeister-Wohngebäude in ein Arbeiterhaus umzubauen. Der Umbau, welcher einen Speisesaal usw. vorsieht, wird 8600 M. Kosten verursachen.

Bei der Reise in Schwarz-Tablissement wurde eine Damen-tasche, enthaltend Schlüssel und Portemonnaie, gefunden. Selbige kann bei E. Werner, Lichtenberg, Wilhelmstr. 77, abgeholt werden.

### Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung ist zu berichten, daß zunächst die Wahl eines Stadtbaurats für das Tiefbauamt statt-fand. Von 50 abgegebenen Stimmen wurde Stadtbaurat N o e m e r -Dagen mit 46 Stimmen gewählt. — Die Sommerferien der Stadt-verordnetenversammlung wurden für Juli und August festgesetzt. — Das Projekt und der Kostenschlag über die Kanalreinigung des Geländes nördlich des Stadtparks zwischen der Freiherr-vom-Stein- und Bartsburgstraße, sowie zwischen der Bilmersdorfer Ge-marmungsgrenze und Junsbruder Straße in Höhe von 175 000 M. wurden angenommen. — Die Beschaffung von sechs neuen Motor-wagen hat sich durch die stärkere Inanspruchnahme der Unter-grundbahn als unbedingt erforderlich herausgestellt. Während der Hauptverkehrszeiten sind die Wagen derartig überfüllt, daß es sehr häufig nicht möglich war, alle Fahrgäste aufzunehmen. Ferner soll während der Hauptverkehrszeiten eine Betriebsverfärlung durch Umwandlung des 5-Minuten-Betriebes in einen 3 1/2-Minuten-betrieb eintreten. Für einen Motowagen sind jetzt 20 000 M. in Ansatz zu bringen, während der frühere Preis 44 000 M. betrug. Der Auftrag ist den Bergmann-Elektrizitätswerken für Motoren-bau übertragen worden. Bevor dieser Beschluß zustande kam, war erst eine scharfe Auseinandersetzung erforderlich, da bekannt ge-worden war, daß die ausführende Firma ihren Angestellten und Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert und Deputationen einfach abweist. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieses Gebaren schon in der Verkehrsdeputation scharf gekennzeichnet. Es wurde inzwischen schleunigst mit der Firma Bergmann in Verhandlung getreten. Diefelbe hat sich nun verpflichtet, das Koalitionsrecht in vollem Umfange anzuerkennen, ebenfalls Deputationen der An-gestellten und Arbeiter zu empfangen und vorhandene Uebelstände zu beseitigen. Derauf beschloß die Mehrheit, den Auftrag in Höhe von 174 000 M. den Bergmannwerken zu übertragen.

Gegen die Reichsversicherungsordnung nahm die von Ver-sicherten und Arbeitgebern besuchte Generalversammlung der hiesigen Ortskrankenkasse Stellung. Eine Resolution, die sich ganz ent-schieden gegen die Aufhebung des Selbstverwaltungsrechts aus-spricht, fand einstimmige Annahme.

### Niddorf.

Vor den Augen der Seinen Selbstmord verübt hat am Montag der 40-jährige Zigarrenmacher Höpfer aus der Hallstr. 7. S. hatte sich nach dem Einnehmen des Kaffees auf dem Sofa nieder-gelegt, als er plötzlich einen Revolver aus der Tasche zog und sich eine Kugel in die rechte Schläfe jagte. Der von der Unfallstation in der Steinmehltrasse herbeigerufene Arzt legte dem Schwerver-wundeten einen Notverband an; Höpfer verstarb jedoch schon nach wenigen Minuten. Das Motiv zu der Tat ist völlig unbekannt.

### Steglitz.

Mysteriöser Leichenfund. Am Dienstag abend 6 Uhr wurde an der Wirtshausbrücke im Steglitzer Hafen des Zeltowkanals die Leiche eines circa 35-jährigen Mannes aufgefunden. Der Tote, der an-scheinend dem Arbeiterstand angehört, wies im Gesicht und an den Händen mehrere größere Verletzungen auf. Ob die Wunden von Bootschrauben herrühren oder ob sie dem Manne schon bei Lebzeiten beigebracht waren, soll erst durch eine Untersuchung festgestellt werden.

### Pantow.

Bei der Maiseier im „Kurfürsten“, Berliner Straße 102, ist eine goldene Uhrkette (doppelte Schalenkette) verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, weil es sich um ein Andenken handelt, dieselbe in der „Vorwärts“-Expedition, Pantow, Nühlen-straße 30, abzugeben.

### Friedrichshagen.

Bei der Maiseier in Verdes Würgerfälen ist ein Porten-portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Abzuholen bei E. Mielz, Kaiserstr. 8.

### Weißensee.

Ein Seminarist verschwunden. Seit dem vergangenen Sonn-abend ist der 19 Jahre alte Seminarist Otto Werdermann von hier, der das königliche Lehrerseminar in Cöpenick besucht, verschwunden. Er wurde zuletzt auf einem Spaziergange in der Nähe der Müggel-berge gesehen. Auf diesem Spaziergange soll ihm ein junges Mädchen, mit der er ein Verhältnis hatte, in Begleitung eines anderen Seminaristen begegnet sein. Seit diesem Augenblick fehlt jede Spur von ihm.

### Wilhelmsberg-Hohen-Schönhausen.

Der am 27. April gegründete Arbeitergesangsverein „Männerchor Harmonie“, welcher sich zur Aufgabe macht, bei gewerkschaftlichen sowie politischen Veranstaltungen mitzuwirken, hält seine regelmäßigen Uebungen jeden Donnerstag bei Fr. Meyer, Berliner Str. 83, von 9-11 Uhr ab.

### Spandau.

Nach einem Beschluß der kirchlichen Körperschaften soll ödn jetzt ab auch jeder Sonntag eingeleitet werden, bisher war dies nur an den Feiertagen der Fall. Man hat aus diesem Grunde eine Änderung zum Glodenziehen vorgenommen. Bisher waren drei Mann dazu nötig, jetzt soll ein kräftiger Knabe genügen, um die drei Gloden in Bewegung zu setzen. Nebenfalls ist der kräftige Schulknabe bedeutend billiger, als die bisherigen drei Läutemänner. Die Kranken des in der Nähe der Lutherkirche liegenden Kranken-hauses werden übrigens nicht gerade erbau von der vermehrten Winnelei sein. Die Stadt hat dort geräuschloses Straßenpflaster machen lassen, damit die Kranken nicht zu sehr gestört werden, die Kirche aber vermehrt die Läutetage.

## Aus aller Welt.

### Schreckenstat eines Wahnsinnigen.

Der am 1. April nach Marienburg verlegte Zahnmeister Legath zeigte Spuren geistiger Ummachtung und sollte am 1. Mai in das Marienburger Diakonissenkrankenhaus eingeliefert werden. Als die Wärter ihn in den Keller führten, um dort eine Untersuchung vorzunehmen, zog der Wahnsinnige sein Taschenmesser und stieß blindlings auf die Wärter ein. Der Tob-süchtige verletzte zwei der Wärter so schwer, daß an ihrem Auf-kommen gezweifelt wird.

### Ein Riesenbrand.

Durch eine Feuerbrunst ist ein großer Teil der Stadt Wang o r im nordamerikanischen Staat Maine vernichtet worden. Das Feuer brach in einer Kohlenmiederlage aus und wurde anfänglich für un-bedeutend gehalten. Mit großer Schnelligkeit jedoch züngelten die Flammen weiter und zerstörten etwa 100 Geschäftsgebäude, 275 Wohnhäuser und 7 Kirchen. Auch die städtische Bibliothek, die höhere Schule, das Feuerwehrgebäude und ein Theater wurden ein Raub der Flammen. Zwei Personen sind bei dem Brande umgekommen, mehrere andere wurden schwer verletzt.

Wachtreife von Berlin am 1. Mai 1911, nach Ermittelung des königlichen Polizeibehörden. Marktallienpreise (Kleinstab) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-35,00. Weizen, weiße 30,00-35,00. Weizen, rote 30,00-35,00. Roggen, 1. 30,00-35,00. Roggen, 2. 25,00-30,00. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schmalzfleisch 1,20-1,90. Kalbfleisch 1,50-2,40. Hammelfleisch 1,40-2,20. Butter 2,20-2,80. 60 Stück Eier 2,50-3,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,10-2,40. Kals 1,20-3,00. Jander 1,40-3,60. Dohle 1,20 bis 2,80. Barche 0,70-2,00. Säge 1,20-3,40. Hefe 0,80-1,60. 60 Stück Rache 2,20-3,00.



Mein Kind vergiß mir nie „**HUMOR**“,  
Denn sonst kommt Dir das Leben  
So ungeputzt und schmutzig vor,  
„Glans kann „Humor“ nur geben“.



**Humor**  
Putzt alle Metalle  
sauber und geruchlos.

Überall zu haben in **Flaschen** von 10 Pf. an.  
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

**Persil**

**Einzig dastehend**

ist Persil als selbsttätiges  
**Waschmittel,**

denn es vereinigt denkbar höchste  
Wasch- und Bleichkraft mit geringster  
Arbeitsleistung und größter  
Billigkeit im Gebrauch. Dabei  
absolut unschädlich für das Gewebe,  
da frei von scharfen Stoffen.  
Echtlich nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.  
Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

**Henkel's Bleich-Soda**

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor,  
Berlin N. 4, Tieckstr. 11.

**Sicherheits-Zündhölzer**  
anerkannt  
bestes deutsches Fabrikat  
Schutzmarke  
Union Augsburg  
Niederlage und Vertretung für Berlin:  
G.F. Müller, Berlin SW. 68, Markgrafentstr. 91, Telefon IV 10302.

**Erstklassige, schicke  
Ulster und Paletots**

nach Maß von Mark 83—58.  
Als **Spezialität**  
empfehle meine 3 wunder-  
vollen

**Schlager-Anzüge**

nach Maß zum Preise von  
Mark 48,00—58,00—68,00 in  
künstlerischer Vollendung des  
Sitzes.  
Große Lager in deutschen und  
englischen Stoffen.

Teilzahlung nach Uebereinkunft.

**M. KATZ**

Schneidermeister  
Dresdener Str. 76 II.  
Tel. Amt IV 12170  
nahe Thalia-Theater  
II. Geschäft:  
Schöneberg, Hauptstr. 158 I.  
Telephon VI 14278.

**CREDIT**

in Deutschlands allergrößtem Credit-Institut von

**B. FEDER**

I. Filiale:

Zentrale:

II. Filiale:

Frankfurter Allee 89 | Brunnenstrasse 1 | Kottbuser Damm 103

**Herren-Konfektion**

Das beste in Qualität! Das höchste in Eleganz!

Denkbar billigste Preise!

**Anzüge u. Paletots**

Jackett-, Rock-, Gehrock-Form

Mark 25, 33, 38, 45, 52, 55, 60, 68, 75 usw.

**Anzahlung** nach Uebereinkunft

**Spezial-Abteilung:**

Herren-Westen  
Beinkleider  
Gummi-Mäntel  
Lodenpelzinen  
Bozener Mäntel  
Luster Jacketts  
Herren-Stoffe

**Grösste Auswahl  
in Burschen- und Knaben-  
Bekleidung**



Jeder Arbeiter,  
jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit  
die Lederhose  
**Herkules**



tragen.  
Unerreichte  
Leistungsfähigkeit.  
**Allein-Verkauf.**

Sehr starkes Leder  
in grauen u. braunen  
Streifen, auch ein-  
farbig. Am Bund  
aus einem Stück ge-  
arbeitet, wodurch  
besondere Haltbar-  
keit bedingt ist.  
Sehr feste Kapp-  
nähten, stark. Gumm-  
schuhe.

Schwere Leder-Pilot-Verzahn.  
Große Flecken unsonst.  
Trotz dieser vielen und  
anderer Vorzüge kostet  
die Herkules-Hose für  
normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung  
für alle Zweige der Gewerbe u.  
Industrie, Sanitätsdienst usw.

**BAER SOHN**

Spezial-Haus größten Maßstabes  
Chausseestr. 30-32 — Brückenstr. 22  
Gr. Frankfurterstr. 30  
Schöneberg, Hauptstr. 10.  
Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verboten

**Reste**

Damenstoffe, schwarz und  
farbig, Kostüm-Stoffe, neueste  
Muster, Trikots-Stoffe, Seiden-  
Flüsch, Sammet, Seide etc.

**Konfektion**

Paletots, Jacketts, Regen-  
mäntel, Kostüme und Kostüm-  
röcke in grosser Auswahl.

**C. PELZ**  
Kottbuserstr. 5.

**Neu erschlossen!**

ca. 600 Morgen

Seeparzellen  Ruto von 10 Mark an  
Fließparzellen " " 4 " "  
Waldparzellen " " 3 " "  
Ackerparzellen " " 2 " "  
Kaufamt und Büro kostenlos.  
**J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.**

**1 Mark**

wöchentliche  
Teilzahlungen  
lieferantfertig

**Herren-  
Garderoben**

Gerat für Mess  
Anfertigung, n. Mass  
Tadellos, Ausfüh-  
**Julius Fabian**  
Schneidermeister  
Gr. Frankfurter  
Strasse 37, II  
Eingang Straus-  
berger Platz  
II. Geschäft:  
Turmstr. 18  
nur erste Etage,  
kein Laden.

**H. Pfau, Bandagist**

Berlin **Direksenstraße 20**  
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und  
Polizeipräsidium. — Unt VII, 13700.  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Befreier für alle Krankenkassen.

**Unsere Qualität macht's!**

301 Kilometer **Berlin — Hamburg** 23. April 1911  
: : Klassische Fernfahrt des Deutschen Radfahrer-Bundes : :

**Continental**

**Pneumatik**

18 von den 20

Ersten, darunter

**der Sieger**

fuhren auf Continental-Pneumatik



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover

**Kufeké**

-Kinder-  
nahrung  
-Kranken-  
kost.

Hervorragend bewährte  
Nahrung.  
Die Kinder gedeihen  
vorzüglich dabei  
u. leiden nicht an  
Verdauungsstörung.

**Ohne jede Anzahlung**

verkauft  
ich **Pianos**

erstklassigen Fabrikat  
(5mal prämiert Staats-  
medaille) in allen Holz-  
und Stilarten von  
wunderbarer Tonfülle.  
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,  
ohne jeden Preisaufschlag.  
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.  
Berlin, Ansbacher Str. 1  
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürststr. Tel. Charl. 10410.  
Auch Sonntags geöffnet.

**Warnung!**

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit  
Nachahmungen meines **Kapitän-Kautabak** in  
Umlauf.

Der **Kapitän-Kautabak** ist nur  
echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:

**Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak**

(ges. geschützt 75 659).

Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kau-  
tabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzu-  
weisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzutheilen, da-  
mit ich dagegen einschreiten kann.

**Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,  
Grüner Weg 112. (VII. 3561.)**

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom Dienstag, den 2. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Ministertische: v. Dallwitz.

Das Haus ehrt das Andenken der inzwischen verstorbenen Abgg. Vorgmann (Soz.), v. Regelein (L.) und Reinde (L.) in der üblichen Weise.

Novelle zur Gemeindeordnung für die Rheinprovinz.

Abg. Ling (Z.) bedauert, daß das Herrenhaus die in der Regierungsvorlage vorgesehene Einführung der beschränkten Öffentlichkeit für die Gemeinderatssitzungen abgelehnt hat und wünscht, daß die rheinischen Landbürgermeister nicht wie bisher erannt, sondern gewählt werden sollten.

Minister v. Dallwitz wendet sich entschieden gegen die Wählbarkeit der rheinischen Landbürgermeister.

Abg. Dehenroth (L.) schließt sich den Bedenken des Ministers gegen die Wählbarkeit der rheinischen Landbürgermeister an.

Abg. Dr. Gottschalk (natl.): Wir haben die Vorlage seit langem gefordert und sie regelt auch die wichtigsten der Änderung bedürftigen Punkte. Ob die Änderungen des Herrenhauses über das Richtige treffen, wird in der Kommission zu prüfen sein.

Abg. v. Wogna (L.): Die Vorlage geht, wie das nach unserer Meinung bei Verfassungsänderungen durchaus geboten ist, nicht weiter als durch die Entwicklung der Verhältnisse unbedingt geboten ist. Dem können wir uns nur anschließen und halten es nicht für angebracht, jetzt schon weitergehende Wünsche, wie sie Herr Ling geäußert hat, zu erfüllen.

Abg. Eichhoff (Sp.): Die Vorlage ist notwendig geworden durch das Anwachsen der Industrie im Rheinland, die entsprechend der von ihr zu tragenden Lasten auch größere Rechte in der Gemeindeverwaltung erhalten mußte. Entschieden werden müssen wir uns gegen die Beseitigung der Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen.

Abg. Girsch (Soz.):

Für uns bedeutet die Vorlage keine Enttäuschung, denn wir haben nach dem Gang der früheren Verhandlungen über diese Materie von der Regierung und von diesem Hause eine grundlegende Reform nicht erwartet. Wenn man die Gemeindeverwaltung wirklich reformieren wollte, hätte man ganze Arbeit machen müssen. Die Vorlage aber bedeutet nur Flickwerk. Der plutokratische Charakter der rheinischen Gemeindeverwaltung wird aufrechterhalten. Dabei gab es in den Jahren 1850—1856 schon eine im wesentlichen demokratische Gemeindeverfassung in der Rheinprovinz, durch die alle persönlichen Privilegien beseitigt und die Wahl der Bürgermeister durch die Gemeinderäte zugestanden war. Also damals waren die Forderungen zum Teil schon erfüllt, die heute von neuem erhoben werden müssen, ein Beweis, wie rückständig unsere Gesetzgebung in den letzten 50 Jahren gewesen ist. (Sehr wahr! S. d. Sozialdemokr.) Der plutokratische Charakter der rheinischen Gemeindeverwaltung wird noch verstärkt durch das System der Meistbegünstigten, die heute in einer Reihe von Gemeinden schon die absolute Mehrheit haben. Vor einer grundlegenden Reform scheut sich die Regierung aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Diese Furcht vor der Sozialdemokratie hat auch das Herrenhaus veranlaßt, die in der Vorlage vorgesehene beschränkte Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen zu beseitigen. Welche Gefahr aber der Ausschluß der Öffentlichkeit in den Gemeinderatssitzungen mit sich bringt, dafür möchte ich Ihnen ein Wort des verstorbenen Oberbürgermeisters Zweigert von Essen anführen, das aus einem Artikel in der „Zeitschrift für Wohnungspflege“ vom 25. Februar 1904 stammt. Da heißt es: „Die geheimen Gemeinderatssitzungen in den rheinischen Landgemeinden sind die Ursache so mancher verfehlten nur im Interesse der im Gemeinderat sitzenden Grundbesitzer aufgestellten Bebauungspläne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen nicht nur die Beschränkung, sondern die volle Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen. Die Steuerzahler haben ein Recht darauf zu erfahren, wie ihre Steuern erhoben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Bezug auf das Wahlrecht hat das Herrenhaus eine Bestimmung hineingefügt, wonach weibliche Personen in gewissen Sinne ein Wahlrecht bekommen sollen, insofern sie Grundbesitzer sind. Wir haben wiederholt das Wahlrecht für alle Frauen gefordert. Aber eine solche Teilreform nur im Interesse der Besitzenden, ein solches neues Verrechtlichungsmittel mit aller Schärfe bekämpfen. Angesichts der herberogenden Verdienste, die sich schon heute Frauen in der Armenpflege, in der Waisen- und Wohnungspflege erworben haben, sollte man endlich mit dem alten Popf brechen und sollte auch den Frauen das volle Wahlrecht einräumen, wie das in anderen Ländern bereits geschehen ist. Wir verlangen überhaupt die

Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in den Gemeindevertretungen.

Dieses Wahlrecht wollen Sie dem Volke nicht geben, wiederum aus Furcht vor einem größeren Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeinden. Dabei haben sich doch gerade sozialdemokratische Gemeindevertretungen sehr gut bewährt. Wenn heute eine Reihe preussischer Gemeinden wegen ihrer Leistungen auf sozialem Gebiete sogar im Auslande als musterhaft angesehen werden, so ist das doch in erster Linie dem fortgeschrittenen Drängen der Sozialdemokratie zu verdanken. Das erkennen auch unparteiische Leute an. Wir haben schon vor zwei Jahren eine freie Gemeindeverfassung für ganz Preußen beantragt. Dieser Antrag wurde aber nicht einmal in der Kommission beraten. Das beweist,

wie wenig Aussicht wirkliche Reformen in diesem Hause haben. Aber Sie mögen sich sträuben, so sehr Sie wollen, auf die Dauer werden Sie dem Volke das volle Wahlrecht nicht vorenthalten können. So wie die Vorlage jetzt beschaffen ist, ist sie nur eine Karikatur auf eine wirkliche Gemeindeverfassungsreform. Deshalb lehnen wir die Vorlage ab. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Eder-Winien (natl.) wendet sich gegen die Einführung des Wahlrechts bei den Landbürgermeistern.

Abg. Dr. Bell (Z.) kritisiert scharf die Vorlage, die keine wirkliche Reform der Landgemeindeordnung bedeutet, da durch sie der Einfluß des Mittelstandes in vielen Gemeinden völlig ausgeschaltet werde.

Damit schließt die Besprechung, die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Ausführungsbestimmungen zum Reichsbeschuldengesetz, Initiativanträge. Schluß 4 1/2 Uhr.)

Die Bäcker vor dem Einigungsamt.

In der am Dienstag abgehaltenen zweiten Sitzung wurde noch mehrere Stunden im Beratungszimmer über den Arbeitsnachweis verhandelt. Dann erklärte der Vorsitzende, das Einigungsamt sei sich jetzt über seine Stellung zu diesem Punkte einig; der Schiedsspruch könne aber erst nach Abschluß der ganzen Verhandlungen insgesamt verkündet werden.

Hierauf wurde über den zweiten Punkt der grundsätzlichen Forderungen verhandelt: Beseitigung des Kost- und Logiszwanges. Die Vertreter der Meister erklärten, sie seien für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes, das heißt, die verheirateten Gesellen sollen außer dem Hause des Meisters essen und schlafen, den Unverheirateten solle es dagegen freistehen, auch ferner beim Meister zu essen und zu schlafen. Es gebe viele Gesellen, namentlich die von außerhalb kommenden, die durchaus vom Meister Kost und Logis haben wollen. Deren Freiheit dürfe nicht beschränkt werden, indem man ihnen verbiete, im Hause des Meisters Kost und Logis zu nehmen. Die zureisenden jungen Leute seien ja gar nicht in der Lage, sich Kost und Logis selbst zu besorgen. Die Meister erkennen an, daß sich der Kost- und Logiszwang auf die Dauer nicht mehr aufrechterhalten lasse, sie seien deshalb im Prinzip für die Abschaffung desselben, aber die eigenartigen Verhältnisse im Bäckergewerbe bedingen die Beibehaltung der geforderten Ausnahmen.

Die Vertreter der Gesellen führten hierzu aus: Das sei doch ein sonderbarer Begriff von Freiheit, wenn die Meister erklären, den Unverheirateten stehe es frei, in Kost und Logis zu bleiben, den Verheirateten aber ist es verboten. Im Interesse der Freiheit könne also der Standpunkt der Meister nicht begründet werden. Wenn den Meistern gestattet werde, die unverheirateten Gesellen im Hause zu behalten, dann würde die Folge davon sein, daß auf dem Arbeitsnachweis nur noch Unverheiratete verlangt werden und die Verheirateten überhaupt keine Arbeit mehr bekommen. Das könnten die Vertreter der Arbeiter unter keinen Umständen annehmen. Es liege doch im Interesse des ganzen Gewerbes, daß die älteren, geübten Gesellen dem Bäckergewerbe erhalten werden und nicht in einen anderen Beruf überzugehen gezwungen seien, wenn sie eine Familie zu erhalten haben. Die gänzliche Abschaffung des Kost- und Logiszwanges sei die Vorbedingung für die Schaffung eines Stammes von älteren zuverlässigen Bäckergesellen. Schon die durch die Tätigkeit der Organisation veranlaßte teilweise Beseitigung des Kost- und Logiszwanges habe den Sinn für Sauberkeit im Bäckergewerbe wesentlich gefördert und den kulturellen Tiefstand der Bäcker gehoben. Wenn auch ein großer Teil der elendesten Schlafräume durch die Tätigkeit der Organisation, teils auch durch Eingreifen der Polizei beseitigt seien, so gebe es doch noch viele Schlafräume, die nicht als menschenwürdig gelten könnten. Der Einwand, junge Leute von außerhalb könnten sich in Berlin nicht selbst ein Unterkommen beschaffen, sei hinfällig. Die Gesellen müßten doch, ehe sie in Arbeit treten, und später, wenn sie arbeitslos sind, auch selbst für Unterkunft und Kost sorgen. Ihre Zukunft seien dann die beruhtigten Bäckerpennen, wo dem Spiel und anderen Lasten Gelegenheit geboten werde. Auch in dieser Hinsicht sei es ja durch die Tätigkeit des Verbandes schon viel besser geworden. Aber es beständen immer noch Uebelstände genug, die nur durch gänzliche Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beseitigt werden könnten. Was die Meister jetzt vorschlagen, sei das selbe, was bereits 1906 vereinbart worden sei und die Wirkung gehabt habe, daß auf dem Arbeitsnachweis nur noch unverheiratete Gesellen mit Kost und Logis verlangt wurden und die Verheirateten arbeitslos blieben. Nach diesen bitteren Erfahrungen könnten sich die Arbeiter nicht wieder auf eine Festlegung dieses Zustandes einlassen.

Zu der Forderung: Gewährung eines Ruhetages in jeder Woche erklärten die Meistervertreter, diese Forderung könne zurzeit nicht durchgeführt werden, jedoch seien sie für ein gesetzliches Verbot der Arbeit in der Nacht vom Sonntag zum Montag. Dieses Verbot könne durch behördliche Verordnung eingeführt werden, wenn sich zwei Drittel der Bäckermeister dafür erklären. Eine Zweidrittelmehrheit sei tatsächlich vorhanden; die gesetzliche Einführung der Sonntagsruhe stehe also für absehbare Zeit bevor.

Die Gesellenvertreter erklärten sich durch diese Ausführungen nicht befriedigt. Die Sonntagsruhe, welche die Meister in Aussicht stellen, lasse sich aus praktischen und technischen Gründen gar nicht durchführen. Dagegen sei es bei gutem Willen der Meister sehr gut durchführbar, daß auch ohne gesetzlichen Zwang jeder Geselle seinen regelmäßigen Ruhetag erhalte. Schon jetzt haben, ledig-

lich auf Grund freier Vereinbarung, 1564 Gesellen alle Woche, 89 Gesellen alle 10 Tage, 516 Gesellen alle 14 Tage, 63 Gesellen alle 3 Wochen, 761 Gesellen alle 4 Wochen einen freien Tag. Also 2963 Gesellen haben bereits in regelmäßiger Turnus ihren Ruhetag. Das sei der beste Beweis dafür, daß diese Forderung bei gutem Willen allgemein durchgeführt werden könne.

Nach mehrstündigen Beratungen verkündete der Vorsitzende, daß das Einigungsamt, da die Parteien nicht einig geworden sind, auch über die Abschaffung von Kost und Logis, sowie die Gewährung eines Ruhetages zu einem Schiedsspruch gekommen sei, der aber erst nach Schluß der ganzen Verhandlung verkündet werden kann.

Die weiteren Verhandlungen wurden auf Donnerstag, 10 Uhr, vertagt.

Aus aller Welt.

Ein grauenhafter Fund.

Einem schweren Verbrechen ist man in der oberschlesischen Stadt Zabrze auf die Spur gekommen. Schornsteinfeger, die in einem Hause des Besitzers Gläzsmann die Ramine reinigten, fanden in einem Schornstein den hineingepreßten Leichnam eines jungen Mädchens. Nach der Untersuchung handelt es sich um ein etwa 20jähriges Mädchen, an dem ein Lustmord verübt worden war. Dem Körper fehlten die Beine; die übrigen Körperteile waren mit Petroleum begossen und angezündet worden, so daß der Körper stark verkohlt war. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden, wann und an wem die Tat verübt worden ist.

Sozialdemokratische Lebemannner.

Die sozialdemokratische Begehrlichkeit nimmt immer unerträglichere Dimensionen an. Besonders die Obergenossen sind der proletarischen Lebensweise so vollständig entwöhnt, daß sie nicht mehr in den Herbergen zur Heimat, sondern in erstklassigen Hotels absteigen. Aber Knuten-Dertels „Deutsche Tageszeitung“ sieht unseren Führern gehörig auf die Finger und von Zeit zu Zeit wird einer der genußsüchtigen Obergenossen als abschreckendes Beispiel vorgeführt. Diesmal ist es Stadthagen, den Dertel auf Abwegen entdeckt. Unter der Überschrift „Nach ein Entertainer“ entnimmt sein Blatt der „Kugsburger Abendzeitung“, daß im Grandhotel Kajano, welches heuer von einem erstklassigen Publikum bebought wurde, der k. k. bayrische Ministerpräsident Erzherzog Dr. Graf Bodewits-Darnitz mit Gemahlin und Reichstagsabgeordneter Stadthagen zu längerem Aufenthalte eingetroffen sind.

Wie immer schwindelt die „Deutsche Tageszeitung“. Stadthagen wäre zwar gern nach Italien gefahren, es ist ihm jedoch zu Dren gekommen, daß er dort unten wahrscheinlich Herrn Georg Dertel von der „Deutschen Tageszeitung“ mit weiblicher Begleitung treffen würde. Das hat auf Stadthagen so eingewirkt, daß er lieber in Berlin bliebt.

Töblicher Absturz eines deutschen Militärfliegers.

Oberleutnant R o s e r vom 1. Oberbayerischen Feldartillerie-Regiment Nr. 15 in Saarburg, der erst vor wenigen Tagen das Fliegerexamen abgelegt hatte, unternahm am Dienstag früh bei prächtigem Wetter einen Flug, wobei er zweimal das Dorf G a b s h e i m kreuzte. Beim Nehmen einer Kurve über dem Gabsheimer Bahnhof stürzte er nach halbstündiger Fahrt aus einer Höhe von sechzig Meter herab. Er wurde bewußtlos aufgehoben. Sein Zustand erscheint hoffnungslos. Der Apparat ist vollständig gertrimmert.

Kleine Notizen.

Der Offizier als Revolverheld. Das Oberkriegsgericht in Wilhelmshaven verurteilt Dienstag die Verurteilung des Leutnants Popolski, der am 17. März vom Kriegsgericht wegen versuchten Totschlags zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. P. hatte seinerzeit in einem Nachtloft nach einem Streit auf einen Reisenden mehrere Revolvergeschüsse abgegeben.

Liebesdramen. In Bonn erschof der 20jährige Student der Medizin Leonhard Schaps seine Frau und dann sich selbst. Das Motiv der Tat ist Eifersucht. — In Ludwigshafen wurde in ihrer Wohnung ein 19jähriger Fräulein Rosa Wagner mit drei Schüssen in der Brust tot aufgefunden. Neben ihr lag der 19jährige Küfer Klemens Thiesen in bewußtlosem Zustande. Die beiden unterhielten seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis. — In Marseille drang der Schiffsleutnant R a u v i n in die Wohnung seiner von ihm geschiedenen Frau ein und gab mehrere Revolvergeschüsse auf seine Frau, sein Kind und seine Tante ab. Hierauf verübte R a u v i n Selbstmord. Frau und Kind sind schwer, die Tante tödlich verletzt.

Schwerer Unfall auf einem Stüttenwerf. Auf dem Stüttenwerf W i s m a r d h ü t t e wurden durch schlüssiges Eisen sieben Mann verbrannt. Vier davon wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Drei Personen verbrannt. In der letzten Nacht brach in einer Färberei der Brüsseler Vorstadt Schaerbed eine Feuersbrunst aus, bei der eine Frau und zwei Kinder in den Flammen umkamen.

Die Cholera in Petersburg. Nach einem Telegramm aus Petersburg sind in den letzten Tagen dort vier Fälle von choleraverdächtigen Erkrankungen zu verzeichnen.

Haben Sie schon Ihren Sprech-Apparat mit unzerstörbaren nadellosen Pathé-Platten?

So fragen wir Sie heute, denn ein Sprech-Apparat darf in keinem Hause, in keiner Familie fehlen. Der Sprech-Apparat deklamiert, singt, lacht, weilt, spielt, gibt die herrlichsten Konzerte wieder und erfreut durch seinen Vortrag jung und alt, arm und reich. Was man auch hören mag: die beliebtesten Opern und Operetten, Märche, Wäizer, Phantastiken, Duvertüren und andere effektvolle Orchester-Vorträge, auch Compiets, humoristische Vorträge und Gesänge, alles das trägt uns der Sprech-Apparat in naturgetreuer Wiedergabe vor. Heberall, wo der Sprech-Apparat zu Hause ist, herrscht eitel Freude und Wohlgefallen!

Unbedenklich sind die von uns gelieferten Pathé-Platten, die im Gegensatz zu den allgemein bekannten Nadelplatten nahezu unzerstörbar sind und ferner mit einem niemals auszuwechsellernen vollsten Edelstein geölt werden. Viele Kaufleute, die von uns bisher einen Sprech-Apparat mit nadellosen Pathé-Platten bezogen haben, preisen dieselben. Täglich gehen uns ungezählte Anerkennungen unaufgefordert zu!

Um auch Ihnen Gelegenheit zu geben, sich von der Güte unserer Apparate sowie unserer Pathé-Platten vor endgültigem Kaufe im eigenen Heim zu überzeugen, erklären wir uns bereit, Ihnen einen Spezial-Vorlesungs-Apparat mit echter Pathé-Schalldose und 20 ausgewählte Stücke aus zehn doppelseitig bespielten 29 cm großen Pathé-Platten auf Verlangen ohne Anzahlung, ohne Nachnahme, ohne Einzahlungsberechnung und ohne jede Kaufverpflichtung 5 Tage zur Probe zuzulassen. Sie werden entzückt sein von den Leistungen des herrlichen Apparates und werden uns danken, daß wir Ihnen dieses außergewöhnliche Angebot machten.

Haben Sie sich dann, also nach vorangegangener Probe, zum Kaufe entschlossen, so begnügen wir uns mit einer monatlichen Zahlung von 3 Mark, welcher Betrag einer täglichen Ausgabe von nur 10 Pfennigen gleichkommt. Der Apparat kostet einschließlich der ersten Pathé-Schalldose nur 45.— Mk., während wir die Platten zu dem von der Fabrik vorerklärten Verkaufspreise von 3.00 Mk. pro Doppelplatte (also für zwei Stücke) in Rechnung stellen.

Machen Sie also einen Versuch, der Sie nichts kostet als die ganz minimalen Spesen für die Post und eventuelle Rücksendung und werden Sie den eingebrachten Bestellschein, den Sie nur mit Ihrer Unterschrift zu versehen brauchen, in den nächsten Briefkasten. Unsere Adresse ist: Bial & Freund, Breslau 11, Postfach 120/33.

Bestellschein 120/33. Hierdurch erlaube ich die Firma Bial & Freund in Breslau 11, mit den angebotenen Luxus-Sprech-Apparat mit echter Pathé-Schalldose sowie 20 Stücke auf doppelseitig bespielten Pathé-Platten ohne Anzahlung, ohne Nachnahme, ohne jede Einzahlungsberechnung, insbesondere ohne jede Kaufverpflichtung zur Probe zuzulassen. Ich verpflichte mich, diese Sendung, falls ich sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb 5 Tagen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, franco zurückzusenden, andernfalls behalte ich sie und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechtes monatlich 3 Mk. vom Ablauf der Probeprobe beginnend, bis der Wert des Apparates von 45.— Mk. und der der 10 Doppelplatten à 3.00 Mk. beglichen ist. Erfüllungsort ist Breslau.

Ort und Datum: Vor-, Name und Beruf:

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance...

Berliner Credit-Haus...

Credit-Haus Moabit...

Lubascher, S. Spandau...

Wolter, Carl, Weinmeister...

Alkoholfreie Getränke...

Sinalco (Bilzbrause)...

Gen. Vertret. Otto Starick...

Franz Abraham...

Dece Brause...

Si-Si...

Arbeiter-Bekleidung...

F. Falk!

Rohnen & Jöring...

Bäckereien, Konditor...

Blottner's Großbäckerei...

Arnold Bouter's...

Engel's Brotfabrik...

Willy Engel...

Buehl & Sohn...

Engel's Landrot...

Willy Engel...

Gaedicke's Bäckerei...

Fischer, Götterstr. 56...

Feronia...

O. Fritsche...

Oskar Hanke's Brotbäckerei...

Herberg, Paul, Am Hof...

Oscar Hildebrandt...

Carl Kappler...

Raempfl, Bäckerei, Köpenick...

Landrot-Großbäckerei...

Rich. Liebenow...

Mache, Carl, Rixdorf...

Bandagen, Gummw...

Wende, A., Optik...

Reiche, A., Optik...

Eschke, Ernst, Sargm...

Max Fuchs...

Landrot-Großbäckerei...

Rich. Liebenow...

Mache, Carl, Rixdorf...

Bandagen, Gummw...

Wende, A., Optik...

Reiche, A., Optik...

Max Fuchs...

Erscheint 2 mal wöchentlich

Paul Müller, Danzigerstr. 31...

Bäckerei „Nordstern“...

Peter's Großbäckerei...

Conrad Richter...

Otto Scillat...

Schütt, G., Berlin O. NO...

P. Springer...

Ulrich, 30 Filialen...

Bad Bürger-Bad...

Bad Canitz...

Erstes Lohtannin-Bad...

Bad Nord-Ost...

Bad Ostend...

Bad Passage-Bad...

Bad Römer-Bad...

Bad Schiller-Bad...

Bad Silesia...

Bad Viktoria-Bad...

Bad J. Zaruba & Comp...

Bandagen, Gummw...

Wende, A., Optik...

Reiche, A., Optik...

Max Fuchs...

Landrot-Großbäckerei...

Rich. Liebenow...

Bezugsquellen-Verzeichnis

Oskar Beck...

Buntrock, W. Rixdorf...

Carl Franke...

F. Hagen 22...

August Holtz...

W. Adelung & A. Hoffmann...

Bergbrauerei...

Berliner Bock-Brauerei...

Brauerei Königstadt...

Brauerei Pfefferberg...

Brauerei Tivoli...

Brauerei Weißensee...

Groterjans...

Maas-Brauerei...

C. Habels Brauerei...

Brauerei Engelhardt...

Goldbier...

Kuranstalt...

Köhn's Samariter-Bad...

Münchener Brauhaus...

Norddeutsches Brauhaus...

S. D. Moewes...

Wagner, P., Damenm...

Westmann...

Wolf...

Oskar Beck...

Buntrock, W. Rixdorf...

Carl Franke...

F. Hagen 22...

August Holtz...

W. Adelung & A. Hoffmann...

Bergbrauerei...

Berliner Bock-Brauerei...

Brauerei Königstadt...

Brauerei Pfefferberg...

Brauerei Tivoli...

Brauerei Weißensee...

Groterjans...

Maas-Brauerei...

C. Habels Brauerei...

Brauerei Engelhardt...

Goldbier...

Kuranstalt...

Köhn's Samariter-Bad...

Münchener Brauhaus...

Norddeutsches Brauhaus...

S. D. Moewes...

Wagner, P., Damenm...

Westmann...

Wolf...

Franz Fischer...

Föhse, O. Fruchtstr. 62...

Alfr. Götting...

Knesebeck-Drog...

Lemcke...

Maeding, J. Markthalle...

Momodern...

W. Riesner...

Schröter, R. 35...

A. Talman...

Uhly & Wolfram...

Vereingte Pommersche...

Georg Wunder...

Cacao, Chocolate...

Cyliax, G., Stadthallen...

Die Fabrikate der "Sarotti"...

Seiffert, Erich...

C. Seufft...

Teichmann, H. Welfenose...

Helme, Fritz...

Alb. Kasulke...

Klein, Wilh. Müllerstr. 184...

Moses...

Pappelbaum...

A. Selowsky...

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Färberelen, Wäcker...

D. Ohne Chlor...

Dampfwascherei...

Reiches...

Gebr. Erbguth...

O. Naefe...

Taubert, J. Sebastianstr. 58...

Fischhandlungen...

C. Ahlers & Co....

C. Dittmann...

Kahl...

Chr. Kroog...

Winkler & Barthold...

Fleischer u. Wurst...

Wilhelm Behr...

August Blenert...

Bramer, Franz...

P. Buchwitz...

Robert Bludschus Nachflg...

Danziger Fleisch-Centrale...

Rich. Deckert...

Anton Fehlaw...

Wurst- und Fleischwaren...

August Haller...

Fleisch- u. Wurst-Centrale...

Lebensmittel-Großhandlung

Ernst Höne...

Albert Jähnert...

Fritz Jentsch...

Franz Jördy...

Jul. Kempe...

Oskar Klähn...

Max Knaat...

August Koch...

Linke's Fleischzentrale...

Herm. Leudt...

Wilhelm Liebherr...

Merker, P. Mariannenstr. 36...

Gottfr. Meussling...

Adolf Nagel...

Karl Petrich...

Jul. Pyttlik...

Peter Rechel...

O. Rosemann Nachf....

Wilhelm Röder...

E. Schauer...

Max Schubert...

Albert Schucht...

W. Tauche...

Fr. Thiel...

Wurst, Speck, Schinken...

Haus- u. Köchengeräte
D. Böhle, Cassar, R. Kappert
Gähner, O.
Hammick, Spandau, Schönw. 21. 31

Küchen-Schreier
Lindner, Nachf., Perlebergerstr. 23
Messow, M., Reichenbergerstr. 29

Rockstroh, Karl
Sandow, Rad., Spandau
Sandow, F., Lampen u. Geschirre

„Stottern“
beseitigt gründlich und dauernd
bei jedem der stotterfrei singt.

Herren-Artikel
Anton, Schönhauser Allee 114
Felix Brügge, Köpenick

Magazin England
Dittmer, Köpenick, 61a, Nutzschrift
Martin Orsael, Alt-Moabit 113

Herren-u. Knaben-Mod.
Amerikan. Verkaufshaus
R. Bensch, Bellealliancestr. 4 P.

J. Baer
Bergstr. 28, Ecke
Prinzen-Allee

Besser
Friedrichshagen,
Friedrichstraße 100

Hamburg-Steglitz
Hirschfeldt
Reichenbergerstr. 65

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 90

Max Kaplan
Friedrichstr. 1
Große Auswahl fertiger Kleidung

S. Walm
H. Koppel
Rummelsburg

D. Perleberg
Berl. N., Chausseestraße 63,
Ecke Liesenstraße

S. Posner
Heinr. Frester
Reinickendorferstr. 8

Bazar Norden
Berl. N., Chausseestraße 63,
Ecke Liesenstraße

L. Lohrer
Mandel's Hutfabrik
Oscar Ortman

Prager, Hutfabr.
Pulvermann, Grüner Weg 54
C. Rettig, Schönhauser Allee 178

Rieck, Em.
Ring, A., Rosenthaler-Str. 19
Wilhelm Rother, Bergmannstr. 94

Vereinigte Hut-Compagnie
Wolner, H., Großwälderstr. 22
Wirtschaftsstr., Nebf., Brunnenstr. 167

Vester, E.
„Zur Flora“
Kaffee-Spezialgesch.

A. Kobbelt
Oskar Krösche
Kaffee-Surrogat

M. Bathke
Kartoffeln, Gemüse
Paul Henkel

L. Alexander & Co., Badstr. 55
Geschw. Blank, Eckstr. 17
L. Konsum-

C. Kurtzahn
Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide
Holz & Ascher

Adolph Lewinski
Alfr. Kirschner
Kaufh. Herm. Levy

Kaufhaus
Gebr. Preuß
Berl. NW, Deussel, E. Hottent.

Gustav Levy, Spandau
Lutz, Fr., Baumgärtenweg
Eduard Rohm, Ob.-Schöneweide

H. Weib & Co., Friedrichshagen
Kautabfabrikon
Kemper Kautab nur Kautabak von H. Carl Hagenbrech

Kinematograph-Theater
Gromadski, F.
Reform-Kino, Reinickend. -St. 20/27

Kohlen, Koka, Briketts
Rud. Deiler & Co.
Gerslberger & Müller

Perd. Gräning
Aug. Grimberger
M. F. Leyke

J. Ferdinand Leyke sen.
P. Hante
Loebell, L.

Gebr. A. & J. Podzuweit
Paul E. Maass
Marnholz, W.

Hermann Elias, Stephanstr. 13
Arthur Eake, Amsterdamerstr. 10
Walter Fähr, Obeliskstr. 10

A. Flebach Nachf.
A. Fiedler, Kippen, Nippelsstr. 41
C. E. Fink, N. Fankstr. 7

Rudolf Fink
Rud. Fink Nachf., Barthelemystr. 11
C. Fink, Rixdorf, Domstr. 118

H. Fricke
Herm. Garlipp
A. Ganke, Gieselerstr. 55

M. Goetsch, Ernst
Oranitz, Breslauer Str. 4
Oranitz, Emil, Riechhofstr. 25

W. Habets, Franz
C. Hannemann
Otto Hampe, N. Wiesenstr. 15

Herrfath, Eug.
Herm. Hermsdorf
Herrmann, Alfr.

Paul Hermann
Rich. Hübner
Fritz Hübner, Schlemmerstr. 11

Janik, L.
Georg Jonas, Bismarckstr. 7
Oscar Just, Pastorenstr. 41

Paul Just
Kaseltz
Max Kastarke, Liegnitzer Str. 18

Willy Knobe
W. Koch, Nachf. Wissmannstr. 27
Max Koblitz, Stralsunderstr. 24

Krankebedarfsartikel
Fischer, W. H., Gieselerstr. 114
Lange, A. E., Brunnenstr. 167

Lederwaren
Gg. Engnath
Carl Fessel
Glatz & Langner

Paul Kratky
Adolf Mehr, Stralauer Allee 44
O. Probst, Frankfurter Allee 57

M. Rector
Rob. Voigt, Bismarckstr. 67, 68, Fabrik
Sattlermeister

Otto Wehner
Lohranstalten
Zuschnelde-Schule des
Deutsch. Zuschnelde-Verbandes

Rudolf Maurer
Dir. Hörsner
Strahlendorffs
Handels-Akademie

E. Rottig, Stralsunderstr. 15
F. O. Richter
Max Richter, Löwstr. 2
Otto Rieckheim, Dresdenstr. 70

Willy Röhne
Fritz Rose, Gollnowstr. 38
Franz Rosenow, Yorkstr. 39

W. Schwarze
Scheffler, Carl, Badstr. 16
Scheffler, Eugen, Grünerweg 120

C. Oscar Schwarz
Joh. Schulze
Curt Seeling
P. Simund, Rixdorf, Zietenstr. 46

O. Stubbenhagen
Gustav Stiller, Nogestr. 23
Tiedemann, H., Wühlstr. 29

Heinrich, R.
Gustav Henschel, Siemensstr. 16
Herrfath, Eug.

Herrmann, Alfr.
Paul Hermann
Rich. Hübner

Fritz Hübner
Janik, L.
Georg Jonas, Bismarckstr. 7

Paul Just
Kaseltz
Max Kastarke, Liegnitzer Str. 18

Willy Knobe
W. Koch, Nachf. Wissmannstr. 27
Max Koblitz, Stralsunderstr. 24

Krankebedarfsartikel
Fischer, W. H., Gieselerstr. 114
Lange, A. E., Brunnenstr. 167

Lederwaren
Gg. Engnath
Carl Fessel
Glatz & Langner

Paul Kratky
Adolf Mehr, Stralauer Allee 44
O. Probst, Frankfurter Allee 57

M. Rector
Rob. Voigt, Bismarckstr. 67, 68, Fabrik
Sattlermeister

Otto Wehner
Lohranstalten
Zuschnelde-Schule des
Deutsch. Zuschnelde-Verbandes

Rudolf Maurer
Dir. Hörsner
Strahlendorffs
Handels-Akademie

W. Bachmann, Charl., Fabrikstr. 11
R. Baumgärtner, Fankow, Mühlstr. 20
Bethke, Georg, Mühlstr. 44

Bock, Paul, Stralauer-Allee 29b
Bordasch G. R., Kais-Frdr-Str. 29
C. Bosse, Reinickendorferstr. 99

Fritz Brosius
Kranoldplatz, Berl., Grünerweg 43
Alt Glinicke, Rudow

O. Erhardt
Friedrichshof
J. A. Fürstberg

Gaage, Otto
Paul Gaage, Spandau
Hugo Gessler

Grossien, Gebr.
Joh. Günther, Graefestr. 49
Emil Günther, Westg. 114-116

Hammerstadt, G.
Herm. Hecht, Wilhelmstr. 96
Hörner, H., R. Hermannstr. 172

Heinrich, R.
P. Herrguth Nachf., Reichenstr. 71
Hesse, Kolonial- u. Maschinenfabrik

E. Hoffmann
Gebr. Horn, Spandau
Karl Huhn, Schererstr. 9

Janicke, F.
Kocher, J., Köpenickerstr. 91
Hans Kory, Bismarckstr. 16

Korn, Hugo
E. Krüger, Schönw., Hauptstr. 153
E. Kunze, Charl., Knobelsdr. 16

Kurzleben, H.
Gebr. Lange
Lau, W.

Lenz & Jagmann
Rob. Linde
Lütke, H., Fruchtstr. 67

Manke, M.
W. Marx, Charl., Osnabr. Str. 27
Gus. Meyer, Schick-Str. 11, Wittl-Str. 1

Helmar Mühlberg, Chorinerstr. 5
C. Neugebauer, Ober-Schöneweide
Skalitzerstr. 74

C. D. Neumann
Nietsch & Rabahl
Otto Nowack, Nachf. Spandau

Jul. Penner
A. Plaetrich
F. Pflugmacher, Colonenstr. 45

H. Gebert, Rickenstr. 44
Grill, Reinickendorf, Schwarzenbergstr. 11
Harnack

Herm. Heinrich, N. Badstr. 68a
Hertel, R.
M. Hinrichs, Bitterstr. 18

Gehr. R. & C. Homann
Hopp, Jul., Brunnenstr. 139
Janitzkow, F.

König, A., R. Berlinerstr. 102
Herm. Kogel
Krauss & Co., Frankl.-Allee 176

Ernst Krämer
A. Küster-Wfg
Lange, Max

L. Lazarus, Petersburger Str. 62
Lüdtke, R., R. Bergstr. 4
Möbel-Eberhardt, Friedenstr. 195 a

Misch
Möbel-Kamerling
Möbel-Fabrik

Nagott, R., Richardstr. 5, Alt. Neu.
Oranienstr. 209
Neumann, M.

Neukirch, Gebr.
Rebsch, E., Spandau
Rehfeld, A., Bismarckstr. 25

Gustav Richter, Möbel-Fabrik
Kastanien-Allee 80
Köpenick, Grünauer Str. 9

O. Schöneweide, Wilhelmstr. 23
Paul Lehmann, Friedrichshagen
J. Lowy, Schönw., Hauptstr. 142

Schmidt, Otto
A. Schuster, Ob. Schöneweide, Mühlstr. 59
Schwank, Rixd., Hermannstr. 229

Rob. Seelisch, Möbel-
Fabrik
Klein & Müller, W. Wühlstr. 11

Stiebig, W., Gieselerstr. 15
eig. Tischlerei, Tapetierwerkst.
Neue Königstr. 25

Stargard, O.
Skaymann, Erdmann & Co.
Möbel-Fabrik

K. Thomas
Wendland, Ernst
Herm. Wendland

Jos. Werner
Werthers
W. Witt, Wilhelmshagenstr. 64

Bertha Mierzwa
Spezialhaus für Damenhüte
Schmalz, R., Bergstr. 161, Pütz, Pappert

Restorhandlungen
Lieserfeld, Großwälderstr. 159
Carl Joch, NO, Pallasadenstr. 107

Ascher,
R. Bickers
H. Billig, Stiefel, Sickingenstr. 6

Benedik
Damaschke, Invalidenstr. 144
J. Denz, N. O., Chausseestr. 28

Ed. Drechsler
Engel, W., Königsberger Str. 12
Fier, Friedr., Sparr-Str. 17

Formanowitz, E., Yorkstr. 11 an Pfl.
Otto Grätzsch, Chausseestr. 120/17
Goldmann, Spandau, Schönwälderstr. 54

Holm, H., Badstr. 59
Hering, C., Petersburger Str. 90
O. Hoffmann, Charl., Jacobsstr. 31/35

Janke, Hermann, Holmstr.-Str. 60
Janke, F., Stralauer-Allee 17 a
Herm. Jentsch, Charl., Bismarckstr. 11

H. Jettlaff, Badstr. 54
Juhnke, E. S., Prinzenstr. 108
Kautaus für Schuhwaren

Kossowski, Pappel-Allee 57
Herm. Körner, Copenick
St. Nieme, Charl., Dänkelstr.-Str. 13

Otto Kopp, Karl-Friedrich-König-Str. 63
G. Kramer, Wilm., Berlinstr. 131
F. Lauer, N. O., W. Wühlstr. 11

Paul Lehmann, Friedrichshagen
J. Lowy, Schönw., Hauptstr. 142
Lieserfeld, Schönwälderstr. 159

Locke, Herm., Waldemarstr. 63
E. Löffel, Lieberknecht-Str. 4
Rich. Moeder, Charl., Bismarckstr. 123

Mausch, Otto, Pallasstr. 14, 5, Eckstr.
Paul Müller, Stralauerstr. 25
Neuring, Charl., Kais.-Augusta-Allee 110

Neumas, Emil, Schönw. Allee 111
C. Neumann, Falkensteinstr. 37
Oesterling, O., Grünauer Weg 107

Ortmann, Rich., Alt-Boxhagen 41
Petersohn, Osk., Mühlstr. 145
P. Piemann, Jagowstr. 19, 20, 21

Fr. Quatschalla, O. Schönwälderstr. 12
Reitz, Max, Spandau, Schönwälderstr. 12
G. Reichenberg, Bismarckstr. 11/12

Fr. Rogesch, Mariendorf,
Chausseestr. 196
Santhoff, F. R., Hermannstr. 66

Schubhaus, Fortuna-Friedrichstr. 15
Schub. Vorwärts, Hermsdorf,
Haus des Westens, 11/12

Schulz, W., Schönw. Allee 110-111
Schwenzler, Tarnstr. 48
Alf. Seeger, W., Lortzingstr. 6

Sommer, Wilm., N. Schönw. Allee 11

Sporkel's Weltstiefel
Einheitspreis 7,50 M.
Stolz, F., Warschauerstr. 61, E. Boxh.
Thewald, W., Bismarckstr. 11, E. Kna-

Tarnow, Franz, Tegel, Berl.-Str. 14
A. Trebb, Friedrichshagen, Friedrichstr. 11

Wilm., Augustastr. 11
Tugendreich, Alte Schönw. Str. 68
Ad. Uehrich, Goltzstr. 21
H. Westedt, W. Liesen (Eckstr.) 118

Schirmfabrik
Berliner Schirm-Fabrik
Eugen Lichtenslein
Lagestr. 78, Müllerstr. 11

Karl-Friedrichstr. 211, Wilm. Str. 45
Bismarckstr. 11/12, Schönw. Allee 111
Tegel, Berlinstr. 4

Müller, Wellensow, Langhauserstr. 4
G. Babiner, Rixd. Kais.-Friedrichstr. 16
Reparatur, Beidige billigst

E. Grod, F., Spandau, Putz, Str. 15
Franz Hanel, Prinzen-Allee 7
Joh. Jung, Reichenbergerstr. 25

M. Lerche, Alte Jakobstr. 57-58
Arth. Plesker, Chorinerstr. 61
G. Schleussner, Warschauerstr. 92

Seifen
Gustav Gumbel, Kantstr. 64
Heldke, Paul, Burggrafenstr. 12

Momeler Str. 49 a
Alte Hasenbühl-
straße
H. Senrau, Wrangelstr. 118
Ficklerstr. 26, Eisenbahnstr. 26

Teppiche u. Gardinen
Frankenstein & Co., R. Bergstr. 149
Carl Gehring, Teppiche, Bismarckstr. 67

Gr. Frankfurterstr. 87, Gieseler, Liesenbr.
Weberhoff, M., Gr. Fickl. Str. 5, Pfl.

Trauer-Magazin
Westmann
Mohrenstr. 27 a, Gr. Fickl. Str. 118

Uhren u. Goldwaren
Abel
Goltzstr. 30
Albert, Alfred, Manteuffelstr. 98

Oscar Aida, Charl., Krummstr. 29
Art. Herm., Manteuffelstr. 118
Joh. Baggerow, Charl., Tegel Weg 104

J. Behrendt, Wrangelstr. 22
Arnold Bayer, Oberschöneweide,
Fr. Heese, Charl., Krummstr. 61

Otto Bruner, Müllerstr. 164
Briese, Ernst, Rixd., Berl.-Str. 61
Rixdorf, Borgstr. 191

Brückmann,
Tascheg.
Burger, Jul., Müllerstr. 6
Brunnenstr. 173/177

Emil Dippe, Schönwälderstr. 100/123,
via a Vis der Gieselerstr.
Hutterstr. 28

Ebert, Otto,
Herm. 67
Bruno Eichner,
Schönhauser
Allee 184 b

R. Eichler, Reinickend., O. Wilm. 114
W. Eisolt, Charl., Wilm. 111
Ella Hausen, Gebr., Gieselerstr. 98

F. Fenske, S. O., Mühlstr. 11
F. Fischer, S. O., Mühlstr. 11
F. Filgenschmidt, M., Bismarckstr. 4

Christiansburg
J. Gohardt, Berlinstr. 124

Fortsetzung siehe nächste Seite.

George, Adolph, Radstr. 65. Carl Giesen, Oranienstr. 165. Ernst Gröber, Brunnenstr. 78. P. Hoffmann, Hohenfriedb. St. 4. Hofeld, E., Andrasstraße 21. Hummel, A., Reichenberg-Str. 74. Jarchow, A., Bergmannstr. 21. Paul Jüttner, 50., Grünauerstr. 9. H. Kammler, Charl., Krummstr. 22. M. Kariol, Brunnenstr. 118. E. Klönka, Oranienstr. 35. Martin Klein, Neue Hoehstr. 25. Knebusch, W., Frft. Chaussee 61. E. Knuth, Buchsage, Saatzg. 1. J. Körner, Reinickd., Markt 14. B. Lechermann, Dreyz-E-Wiltschkestr. Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49. Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23. Leisegang, Now., Lindenstr. 81. Lewin, Adolf, Königsstr. 43/44. Lüders, H., Schöneberg, Kalsenstr. 53. Fr. Meschke, Warschauer Str. 85. G. Neumann, Charltdg., Wallstr. 59. Nolte, K., Brunnenstr. 112. Rudolf Plunz, Brunnenstr. 81. Emil Quade, Schöneberg, Hauptstr. 148. Qeltzow, Joh., Mollerstr. 14.

Rampmaler, F., Skallitzstr. 23. Karl Beichel, Hermannsplatz 7. RiedelNchl., Reinickendorf, St. 74. A. Roß, Bismarck, W., Eilb. 91. Joh. Schallau, Schick, Allee 188 a. Taz. Alfred Schoer, Turmstr. 49. Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4. R. Schmelz, Reichenbergerstr. 143. Schöemann, G. H., Berl.-Str. 72. F. Schönwä, Berl. O., Gesslerstr. 27. W. Schultze, Neue Bahnhst. 23. Rich. Schramm, Turmstr. 32. Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 58. Schulz, Osw., Frankf. Allee 24. T. Stolz, Chaussee 83. Carl Sturm, Dresdenstr. 134. Sturm, Erich, Tegel, Hermsd.-St. 1. Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32. Tribes, Alfred, Falkensteinstr. 4. Truxa, W., Frankf. Allee 188. Adolf Völkcl, Frankf. Chaussee 150. Brunnenstr. 163. Otto Wartig, Triftstr. 2. Wilmersdorf, Wedermann, O., Augustastr. 14. R. Welsch, Nowawes, Priesterstr. 7. Rixdorf, Wirrig, Ad., Berlinstr. 44.

Wutke, Karl, Traskwstr. 7. Invalidenstr. 18. Versicherungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung - Schützen-Sterblichversicherung, Straße 3. „Friedrich Wilhelm“ Berlin W. Behrenstr. 58-61 Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterverf. Mit u. ohne Erst. Untersuchung. Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge. Warenhäuser Bernhard, G., Ober-Schönweide. Bieher, Nt., Yorkstr. 27, am Bf. Warenhaus Max Codik 80., Wrangclat. 20. Ecke Ficklerstr. Max Blumenreich, Sekwda Str. 1. Julius Loewenberg Nachf. 19. a. 4. Schickaler-Allee. Heinze, Partiewar., Langhausstr. 101.

Leopold Jacobsohn, Nostitzstr. 36. Weibe, W., Hermannstr. 160. Wein-Vertriebs-Gesellsch. v. Malottki Wermuth, Oswald, Kenigsb.-Str. 1. Waschmittel Verlangen Sie „Edelweiß“ Krone aller Waschmittel. Wolf-, Wollw., Trikot. Abscher, Gust., Chorinerstr. 75. Max Bach, Mühlenstr. 42. H. Barts, Schönhauser Allee 107. Bredow, Otto, Rl. Hermannstr. 56. Otto Erdmann, Mirbachstr. 36. Beusselstraße 76. M. Gardels, Tauroggenstr. 19. Kraut Str. 51a. Georg, Ernst Grüngr. Weg 26. Hugo Hecht, Chorinerstr. 60 a. Hirschfeld, Chorinerstr. 63. Hoffmann, Carmen Sylvastr. 52. Hoppe, E., Scharnweberstr. 52. Lortzingstr. 9. Julius John, Dunkerstr. 2.

Jonas, Hermann, Kästner-Pl. Rixdorf, Rixdorf, Hermannstr. 172. Kaufh. Katski, Rl. Kalk. Friedr.-St. 243. Carl Klein, Höchststr. 16, N. O. 18. Robert Kutsche, Gubenstr. 54. Adolf Kusch, Rl. Bergstr. 84 a. R. Lehmann, Iah. Wlster, Kipsdick. Rixdorf, Bergstr. 12/53. Ch. Loewy, vis-a-vis der Kirche. A. Lüdek, Rixdorf, Kals.-Friedr. St. 177. Luster, C., Reichenbergerstr. 61. Thaeerstr. 46. Müller, E., Wilsche eig. Fabrikant. Meyer, Bernsira 12, (Arbeiterhaus). Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 205. Pietschmann, Marie Jagowstr. 25. Schaefer, Husslenstr. 43. M. Schaefer S.-W. Hollmannstr. 43. W. Maassenstr. 17. Schrom, Lina, Mirbachstr. 31. A. Radloff, Reinickd., Kalk. 1 a. 50a.

Rachmer, C., Andreasstr. 69. Hermann Meyer, Schirelauer Str. 27. A. Nitschman, Bergmannstr. 118. Sigmund Simon Nt., Kipsdickstr. 123. Stawenow, Charl. Gardes-Str. 110. Stein Reinickd. W. Scharsweberstr. 116. Thurov, O., Charltdg., Cauerstr. 14. L. Vierarm, Zionskirchstr. 34. E. Volgt, Reinickd., Amsdelerstr. 191. Urbanstr. 31. Albert Vogt, Rixdorf, Bergstr. 63. Wollhaus Lucas, Wild u. Gellwagel. C. Dittmann, Rixdorf, Berlinstr. Str. 42. O. Grimm, Landsberger Allee 23, auch Plsche. Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19. Zimmer, H., Prinzenstr. 12. Zahn-Atelier E. Bode, N. Kastanienallee 100, 1. Hollbruch, Herm., Paakst. 5. geg. 1573. A. Jahnke, 59. Eberstr. 54, L. 10-1-3-6. Jordan, Alfr., Fenzstr. 41, geg. 1888. Vorzeiger dieses 10% Rabatt. Alfr. Rau 10%, Wrangclat. 86 I. - Gegr. 1886.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
Gardinen: Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Wallstraße 13 - Gardinenfabrik. 28479.  
Portieren: Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Wallstraße 13 - Gardinenfabrik.  
Tüllbettedecken: Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Wallstraße 13 - Gardinenfabrik.  
Teppiche: Gardinenhaus Bernhard Schwarz, Wallstraße 13 - Gardinenfabrik.  
Damenmäntel, Mädchenmäntel, Labencapes, Einzelverkauf zu Engrospreisen, auch Maßanfertigung. Dieck, Neue Königsstr. 58 I. 26282.  
Geschichte der Revolutionen, von H. Conrad, nehmlich ein Heft a 20 Pf. Bestellungen nehmen die Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.  
Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Braun, Hadericher Markt 4, Bahnhofstraße. (Leiter des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!  
Herrengarderobe ohne Geld bei keiner Anzahlung in reicher Auswahl. Der ganze Osten kauft bei uns. Streifmann u. Co., Koppenstr. 4 (Schleifischer Bahnhof).  
Vorwärtsleiter erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.  
Teppiche, farbigerhaft, spottbillig.  
Schlafdecken, Schülerplaid 1,15. Steppdecken, Similseide 3,75.  
Teppich-Thomas, Oranienstr. 160, Dramenplatz; Holentalerstraße 54.  
Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, neue Aussteuerbetten, Aussteuerwäsche, Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, große Auswahl, spottbillig. Pfandleihanst., Rixdormerplatz 7. 250068.  
Drehrollen, bestes Fabrikat, Federdruck, Luftdruck, Metall, leistungsfähigste Fabrik. Franz Thiele, Berlin, Kochstraße 19. Rixdorf, Friedelstraße 27. 281358.  
Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Reichhaltigen „Kontingenter Tor“, Niemiensstraße 203/4. Ede Kontingenterstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Betten, Wäsche, Gardinen, Portieren, Freizeitsport, Bilder, Uhren, Gramophone, Ständeleger, Schindler, Petersburgerstraße 23. 247248.  
Vorjahre (sowie zurückgesetzte Herrenanzüge und Paletots, teilweise aus besten Stoffen) 15-40 Mark. Abonnementhaus, Ragerstraße 11.  
Zurückgesetzte Bekleidungs-12-12 Mark. Bestellung von Bekleidungsanzügen jeder Art. Abonnementhaus Ragerstraße 11. Bitte genau Damennummer beachten! 242438.  
Wohlfühlen ohne Anzahlung, insbesondere 1,00. Nietenlager Louis Böcker (schl.), Betriebsleitung Boxgängerstraße zweimündend (Hochbahn, Straßenbahn: Barfüßnerstraße). Filiale: Rixdorf, Rixdormerplatz 247. 228668.  
Teppiche (Gardentische), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettedecken, Übergardinen, Sofa, Sofastühle spottbillig. Fabriklager Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Rixdormerplatz. Vorwärtsleitern zehn Prozent Sonntags geöffnet. 248888.  
Wohlfühlrichtung Bahnamtstraße 2.

**Möbel.**  
Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, am Rosenbaler Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riechen-Kustwahl. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren, Böden, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Lieferer auch nach auswärts. Vorgezigt dieses Inserat erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.  
Möbelangebot! Sofa, Garnituren, Kleiderstühle, Vertikals, Schreibtische, Spiegel, Bestellen, Küchenmöbel, Pianinos, ganze Einrichtungen spottbillig, große Gelegenheit, Preisenauswahl, 5 Etagen. Möbelgeschäft Neue Königsstr. 5/6, Friedrichstraße. Sonntags geöffnet. Teilszahlung gestattet. 240/19.  
Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilszahlung gestattet. Vorkaufsstelle 3 Prozent Rabatt. 250388.  
Rehfeld, Badstraße 49 (Gefundenbrunnen), liefert ein Zimmer und Küche für 165,-, auch außerhalb.  
Rehfeld, Badstraße 49, liefert Englische Bettstellen, Maträtze für 39,-.  
Rehfeld, Badstraße 49, liefert gedruckte Bettstellen, Maträtze für 12,-, 15,-, 18,-, 21,-.  
Rehfeld, Badstraße 49, liefert Rüstschelkränze für 27,-, gedruckte 12,-, 15,-, 18,-.  
Rehfeld, Badstraße 49, liefert komplette Schlafzimmer, hell für 200,-. 253188.  
Rehfeld, Badstraße 49, liefert nagelneue Plätz-Sofa für 45,-.  
Gneisenaustr. 10, Ede Rostigstr. S. Frau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilszahlung.  
Metallbetten, zwei, modern, spottbillig - verkauflich. Postenstraße 10, Hugelstraße. 65/17.  
Gelegenheit! Bett 85,-, Trummeu 28,00, Kleiderstühl mit Hutboden, Stange, echt nurbaum (orniert) 40,00, Stube und Küche 198,00. Möbel-Büchlein, Gravelstraße 34. Auf Wunsch Zahlungsvereinbarung.  
Auf Teilszahlung liefert komplette Wohnungseinrichtungen, sowie einzelne Möbel unter kulantesten Zahlungsbedingungen. Tischlermeister Holte, Plöndrichstraße 39. 150778.  
Vordruckschrank! hervorragend schön angefertigt, extra schmerzlich preiswert. Möbelfabrik R. Dietzsch, Schillerstraße 25, an der Kochbahn.  
Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“  
Berlin C. N. Gubisch, Auguststr. 60, Eingang Joachimstraße.  
W. G. Schmidt, Rixdormerstr. 14.  
O. R. Haderich, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppenstr. 83. R. Dengels, Gr. Frankfurter Str. 120.  
NO. 2. Rucht, Zimmernstraße 12. J. Reul, Barnimstr. 42.  
N. W. Baumann, Bernauer Str. 9. F. Trapp, Steiner Str. 10. Karl Mars, Lützenstr. 123. Karl Weiche, Ragerstr. 49.  
S. Vogel, Lortzingstr. 37. H. Riez, Invalidenstr. 124.  
S. Dechand, Rixdormerstr. 24.  
NW. Karl Anders, Salzburgerstr. 8. Decker, Oglowstr. 29.  
SW. G. Berner, Gneisenaustr. 72. Dehn, Hugelberger Str. 27.  
S. St. Fris, Prinzenstr. 31. G. Gussmann, Rixdormer Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Lützenstr. 14/15. B. Horst, Engelstr. 15.  
Adlershof, Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.  
Baumschulenweg, G. Gornig, Marienbaderstr. 13, I.  
Borsigwalde, Paul Kienast, Rixdormerstr. 10.  
Charlottenburg, Gustav Scherzberg, Eisenheimer Str. 1.  
Friedrichshagen, Ernst Werthmann, Adlerstr. 18.  
Grünau, Frau Klein, Friedrichstr. 10.  
Johannisthal, Victoria, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.  
Karlshorst, Richard Rüter, Rixdormerstr. 9, II.  
Köpenick, Emil Wlster, Rixdormerstr. 6, Laden.  
Lichtenberg, Otto Seifert, Kronprinzstr. 4, I.  
Nieder-Schönweide, Max Priebke, Triftstr. 14, II.  
Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.  
Ober-Schönweide, Alfred Bader, Büchelminnenstr. 17, II.  
Pankow, Otto Rihmann, Rixdormerstr. 30.  
Reinickendorf, F. Gurich, Provostr. 56, Laden.  
Rixdorf, W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.  
G. Röh, Siegfriedstr. 28/29.  
Rummelsburg, N. Rosenkranz, III-Borsigagen 56.  
Schöneberg, Wilhelm Bäumler, Martin-Ruffer-Str. 51 im Laden.  
Spandau, Köppen, Breiterstr. 64.  
Steglitz, G. Bernsee, Schloßstr. 119.  
Tempelhof, Alder Thiel, Berliner Str. 41/42.  
Treptow, Robert Gramenz, Rixdormerstr. 412, Laden.  
Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, König-Chaussee 39a.  
Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 26, Hof parterre.

**Warenhaus M. Hirsch Spandau**  
Weine, Liköre u. Fruchtsäfte  
**Hugo Boling**  
50 Filialen in allen Stadtteilen.  
Bettlinger, Eug., Wald-Edel, Wlster  
**Conrad, Großdeftillation**  
Oranienstr. 307.  
Deunhardt & Schultze, Kreuzstr. 33.  
Eile m. Weyle, Likörfabrik, Gerichstr. 16.  
Grödd, „Zur Sonne“, P. Freudenberg.  
K. Lehmann, Nowawes, Größelstr. 29.  
Martin, Bruno, Rl. Hermannsplatz 5.  
Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.  
Ries, Fritz, Rl. Hermannsplatz 5.  
Sello, Hermann, Fil. Lalk, Stadtdt.  
Einzelverkauf zu Engrospreisen.  
G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.  
Bitte Preisl. zu verl. Tel. 111, 9123, auch Liköre u. Säfte, Brauereistr. 16 a. Filial Einzelverk. & Engros.  
Schwendy, H., Rosenbalerstr. 67.

**Wäsche.**  
Wäsche ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben. Bettdecken und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisermäßigung. Der ganze Osten kauft bei uns. Streifmann u. Co., Koppenstr. 4, Schleifischer Bahnhof. 19518.  
Billig verkäuflich diverse gut erhaltene Möbel, als Schlafzimmer, Salon, Plätzgarnitur, Vertikal, Sofa, Sojannbau, Tische, Stühle, Gasstrone, Kleiderstühl, Bettstelle, Waschtollette, Bilder, Teppich, Schreibtisch und vieles mehr. Lindenstraße 13 I, Grabe. 15926.  
Verkäuflich (Händler werden): Elegantes Plätzsofa, Umbau, prachtvoller Schreibtisch, 2 englische Bettstellen, Kaffeeeschrank, Spiegel-Waschtollette, Kuschelstühl, Kleiderstühl, Spiegel-Vertikal, Schlafsonne, Trummeu, Wandbilder, Gasstrone. Königsbergerstraße 11, vorn I rechts, Fischer. 19518.  
Chaiselongue 20,-, Lederstuhlfel 70,-, Umbau sofa 88,-, Musterstühle, Zagro, Ritterstraße 80. 67/20.  
Verwalter verkauft nurbaum-Plätzgarnitur, fast neu, mit hochlegierten Plätzgarnitur, 2 Teppiche, Schreibtisch, prachtvolle Küchenschränke, 190,-, verkauft nur Privatleuten. Weinmeisterstraße 1b-2. 67/14.  
Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Bettstelle, Schreibtische 45, Sofa 45, Garnituren 65, Trummeu 87, Schränke, Vertikals 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Kleiderstühl, Lederstühle, Umbau, Lederstühle usw. spottbillig. Lemmer's Möbelgeschäft, Lortzingstraße 55, Rosenbaler-Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 258388.  
**Bilder.**  
Fertigergerahmte Bilder, Iose Blätter, Delgemälde, Leisten und Rahmen kaufen Sie heute am billigsten direkt in der Fabrik bei Bilderdogdan, Berlin, Weinmeisterstraße 2. Verlangen Sie nach dem Einkauf 5 Prozent. 236088.  
**Fahrräder.**  
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,-, Holz, Blumenstr. 20b. 210888.  
Herrenfahrrad, elegantes, 25,00, Witte Friedenberg, Schwedterstr. 17.  
Damenfahrrad, Torpedofreilauf 35,-, Damenfahrrad 28,-, Winter, Sophienstraße 11, hochparterre.  
Freilauf, Damenfahrrad 20, 15965.  
Herrenfahrrad verkauft billig Anhalt, Ebelingstraße 14 II. 1132 258088.  
**Vertrauensposten.**  
Wir suchen einen erfahrenen Kaufmann als Kassierer, der die doppelte Buchhaltung durchaus beherrscht und befähigt ist, einem größeren Bureaupersonal vorzusehen. Angebote mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften und Lebenslauf erbeten. 290/10.  
Leipziger Buchdruckerei Altiengeellschaft, Verlag der „Leipziger Volkszeitung“.  
Tüchtige Absteck-Direktrien für unsere Damenkonfektion bei hohem Gehalt sofort gesucht. Meldungen von 11-12 Uhr vormittags oder 7-8 Uhr abends. G. m. b. H. Kaufhaus des Westens Tauentzienstr. 21-24. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

**Musik.**  
Klavierkurs. Erwachsenen Schnellmethode. Monatspreis 3,00. Klavierrollen frei. 20 Klavier. Musikakademie, Oranienstraße 147, Moritzplatz, Uniontheater. 67/10.  
245388.  
Platinabfälle, Silberabfälle, Rückstände, Jahrgebisse, Cuedsilber, Reststoffe höchstehend, Goldsilbermehl, Kupfer, Röhrenstr. 20a (gegenüber Rantenselstraße). 299688.  
Kunstkopiererei von Frau Rosoff, Schloßstr. 8 III.  
Platina, Gold, Silber, Staniol, Jahrgebisse, Druckrollen kauft höchstehend Edelmetall-Einkaufsbureau, Goldsilbermehl, Weberstr. 31, Landsbergerstraße. 245388.  
Vandfleibe Markstraße 27.  
Kaufkind nimmt tagsüber in Pflege Köppl, Bildenowstraße 5 IV.  
Waschanstalt Palm, Köpenick, Dorotheenstraße 18, liefert bei schonender Behandlung im Freien getrocknete Wäsche, Latex, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Abholung Donnerstags. 258288.  
Allen Freunden und Genossen hier Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage ein Restaurant eröffnet habe. Um freundlichen Besuch bittet Emil Dietrich, Rixdorf, Siegfriedstraße 21.  
Platina, alte Goldsilber, Druckgold, Silber, Doubleabfälle, Treffer, Gebisse, Reibgold, Goldwatten, Goldgummis, Staniolabfälle, sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Brod, Goldsilbermehl, Köpenickstraße 29. Telefon IV. 6958.  
Patentanwalt Bessel, Blüchenerstraße 9a.  
Patentanwalt Müller, Gellwagelstraße 81. 242988.  
Hierdurch nehme die Beileidigung gegen Herrn Emil Jüttner, Wienerstraße 53, jurd. B. Krüger, Schillerstraße 14. 117.  
Jahrgebisse, Zahn bis 80 Pfennig, Goldsilber, Plätzgarnitur höchstehend, Rohn, Neue Königsstr. 76. 212/20.  
Goldsilber, Jahrgebisse, Zahn bis 70 Pfennig, und Altkleider kauft Staniolwerke, Rixdormerstr. 14, Berlin.  
Handwäscheri. Wäsche wird schonend gewaschen, freies getrocknet, Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Latex 0,10. Kein Verlangen. Abholung Donnerstags. Frau Kuback, Köpenick, Flemingstraße 9. 258088.  
Jahrgebisse, Goldsilber, Silber, Plätzgarnitur höchstehend, Rixdormerstraße 9, Hochbahn. 15965.  
Achtung! Am ersten Osterfest Paletot in Hand gelassen, Lokal weit nicht wo. Redlung erbetet Romantisch, Weberstraße 22. 67/11

**Vermietungen.**  
Bäckerei, Liebigstraße 15 zu vermieten. 3 Monate mietefrei. 15676.  
**Wohnungen.**  
Vordortwohnungen von 2 und 3 Zimmern mit Bad und Warmwassererwärmung sofort oder 1. Oktober. Marienbaderdamm 16, Ecke an Stadtbahnstation. 252488.  
**Zimmer.**  
Möbliertes Zimmer mit Schreibtisch zu vermieten. Frau Jacobsen, Bismarckstr. 10, vorn II. 15196.  
Möbliertes Zimmer vermietet. Koth, Schreinerstraße 18, vorn II.  
Kleines möbliertes Zimmer. Sebastianstraße 6, Hof parterre. 67/19.  
**Schlafstellen.**  
Schlafstelle, Herrn, mit Kasse 13,00. Herrmann, Baumstraße 10, Rixdormerplatz vorn IV. 117.  
Freundliche Schlafstelle bei Witwe Kahlbaum, Putzmeisterstraße 34, vorn III.  
Schlafstelle Sebastianstraße 6, Hof parterre. 67/18.  
Schlafstelle. Diercke, Dresdenstraße 30. 67/19.  
Möblierte Schlafstelle für zwei Herren. Adlerstraße 87, zweiter Hof, Seitenflügel I links. 1600b.  
Schlafstelle vermietet. Grönerweg 115, vorn IV. 1599b.  
**Arbeitsmarkt.**  
Stellengesuche.  
Schreibeier, Genosse, 20jährig, dreijährig, sucht Kunst. Offerten „Kunst“, Friedland, Bezirk Breslau.  
**Stellenangebote.**  
Schlosser, tüchtiger, selbständiger Gelbfarbenbauer, verlangt Lindener, Gollnowstraße 43. 1549.  
Kassierer verlangt. Jellmer, Weihenring, Lichtenbergstraße 95.  
Möbel-Schlosser verlangt. Grob, Friedrichstraße 57/58. 1128.  
Ein Kuchmacher auf gute Beddingen sucht Wilhelm Bartel, Kochstraße 30. 25018.  
Hausdiener, tüchtiger, Vater, dessen Frau sauber und schmadhaft lohen und in der Personalfantime mitwirken kann, woße sich schriftlich mit uns melden. Bessel, Schulte u. Cie., Volkstr. 5. 68/1.  
Tüchtige Barockgoldarbeiter bei gutem Lohn. Lange, Focherstraße 7.  
Stoffschneiderei. Tüchtige Arbeiterinnen finden dauernde, lohnende Beschäftigung. Marienbaderdamm 43/44. 15935.  
Rüchensola., Tülltragen. Arbeiterinnen außerdem Hause verlangt. Riese, Oberwallstraße 19. 15016.